

# **Arbeitspapiere**

zu Problemen  
der Internationalen Politik  
und der Entwicklungsländerforschung

---



**Sanam Kröger**

**Die politische und sicherheitspolitische Dimension  
von Friedenskonsolidierungsprozessen:  
Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel der  
Entwicklung in Nicaragua und El Salvador**

**Nr. 55/2008**

---

LEHREINHEIT PROF. DR. MIR A. FERDOWSI

---

Geschwister-Scholl-Institut  
für Politische Wissenschaft der  
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz**

**Sanam Kröger**

**Die politische und sicherheitspolitische Dimension von Friedens-  
konsolidierungsprozessen: Eine vergleichende Untersuchung am  
Beispiel der Entwicklung in Nicaragua und El Salvador**

**Nr. 55/2008**

Die vorliegende Untersuchung ist die überarbeitete Fassung einer im Oktober 2007  
bei Prof. Dr. Mir A. Ferdowsi am GSI der LMU München eingereichten Magisterarbeit.

ISSN 1861-6437

**Oettingenstraße 67, 80538 München, Telefon (089) 2180-9094/9099**

## Inhaltsverzeichnis

|   |       |
|---|-------|
| 1. Einleitung   | S. 5  |
| 1.1 Problemhintergrund und Themenwahl   | S. 5  |
| 1.2 Politikwissenschaftliche Relevanz und Konzeptualisierung                        | S. 5  |
| 1.3 Quellenlage und Forschungsstand   | S. 7  |
| 1.4 Leitfrage und Hypothese   | S. 8  |
| 1.5 Vorgehensweise  | S. 9  |
| 2. Das Konzept der Friedenskonsolidierung   | S. 10 |
| 2.1 Die Entstehung des Konzepts   | S. 10 |
| 2.2 Die vier Dimensionen der Friedenskonsolidierung                                 | S. 12 |
| 2.2.1 Die sicherheitspolitische Dimension   | S. 13 |
| 2.2.2 Die politische Dimension  | S. 15 |
| 2.2.3 Die sozioökonomische Dimension  | S. 16 |
| 2.2.4 Die psycho-soziale Dimension  | S. 18 |
| 2.3 Probleme und Herausforderungen  | S. 19 |
| 3. Geschichtlicher Überblick  | S. 22 |
| 3.1 Nicaragua   | S. 22 |
| 3.1.1 Die sandinistische Revolution und der Contra-Krieg                            | S. 22 |
| 3.1.2 Die Beendigung des Contra-Krieges und die Wahlniederlage der Sandinisten 1990 | S. 25 |
| 3.2 El Salvador   | S. 29 |
| 3.2.1 Der Bürgerkrieg von 1981 bis 1992   | S. 29 |
| 3.2.2 Die Friedensverhandlungen und das Abkommen von Chapultepec                    | S. 33 |
| 3.3 Fazit   | S. 36 |
| 4. Vergleich der Friedenskonsolidierung in Nicaragua und El Salvador                | S. 39 |
| 4.1 Sicherheitspolitische Dimension   | S. 39 |
| 4.1.1 Demobilisierung der staatlichen Armee und der Guerilla                        | S. 39 |
| 4.1.2 Reintegration der ehemaligen Kämpfer und Soldaten                             | S. 43 |
| 4.1.3 Demilitarisierung und Umstrukturierung von Armee und Polizei                  | S. 48 |
| 4.1.4 Fazit   | S. 52 |
| 4.2 Politische Dimension  | S. 55 |
| 4.2.1 Übereinkunft der ehemaligen Kriegsparteien über die Neuverteilung von Macht   | S. 55 |
| 4.2.2 Stärkung der Demokratie durch Verfassungsreformen                             | S. 60 |
| 4.2.3 Saubere Wahlen sind nicht gleich Demokratie                                   | S. 65 |
| 4.2.4 Die Entwicklung der Parteien  | S. 73 |
| 4.2.5 Fazit   | S. 79 |

|                                  |       |
|----------------------------------|-------|
| 5. Zusammenfassung und Bewertung | S. 81 |
| Literaturverzeichnis             | S. 89 |
| Abkürzungsverzeichnis            | S. 96 |

## **1. Einleitung**

### **1.1 Problemhintergrund und Themenwahl**

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und mit der Beendigung der langjährig wütenden Bürgerkriege durch ausgehandelte Friedensverträge wurden den zentralamerikanischen Staaten gute Chancen attestiert, ihre ökonomischen und politischen Probleme zu lösen. Denn diese haben sich teilweise entlang der kapitalistisch-sozialistischen Konfliktlinie gebildet und sollten mit dem Untergang der Sowjetunion obsolet geworden sein.

In der Tat gab die anfängliche Entwicklung in Nicaragua und El Salvador Anlass zur Hoffnung, als die Konfliktparteien in einen konstruktiven Dialog miteinander traten, in beiden Ländern unter Aufsicht der internationalen Staatengemeinschaft demokratische Wahlen abgehalten wurden und die Demobilisierung der ehemaligen Streitkräfte einsetzte. Die Bevölkerung hoffte, das Ziel der sozialen Gerechtigkeit auf demokratischem Wege erreichen zu können, nachdem die sozialistischen Revolutionen mit ihrer Strategie gescheitert waren.

Doch heute, eineinhalb Jahrzehnte nach der Beilegung der bewaffneten Konflikte und der Etablierung eines „negativen Friedens“, ist es um das Schicksal breiter Bevölkerungsschichten nicht viel besser gestellt, trotz Wirtschaftswachstum leben zwei Drittel der Bevölkerung in Armut. Die Kriminalität nimmt vor allem im Rahmen von Jugendbanden wieder zu und wird von den Staaten nicht ursachengerecht bekämpft. Das Vertrauen in die politischen Institutionen sinkt zusammen mit der Wahlbeteiligung und der Sieg des ehemaligen Sandinistenführers Ortega bei den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua offenbart die Verzweiflung des Volkes nach 16 Jahren liberaler Politik.

### **1.2 Politikwissenschaftliche Relevanz und Konzeptualisierung**

Vor diesem Hintergrund ist es Anliegen der Arbeit, die Prozesse der Friedenskonsolidierung in Nicaragua und El Salvador vergleichend zu untersuchen und zusammenfassend einerseits die erfolgreichen Faktoren zu bestimmen und andererseits die Probleme und Schwierigkeiten bei der Implementierung des Konzepts Friedenskonsolidierung zu analysieren.

Eine vergleichende Untersuchung der beiden Staaten bietet sich an, da hier nach dem Ende der Bürgerkriege ähnliche Ausgangsbedingungen vorzufinden waren, die soziale Struktur der Bevölkerung auf beiden Seiten von großen Asymmetrien gekennzeichnet war, die historische Entwicklung und die Ursachen für den Ausbruch der Bürgerkriege erhebliche Parallelen aufwiesen und die Abhängigkeit beider Staaten von der regionalen und einzig verbliebenen Supermacht USA außer Frage stand.

Die Arbeit basiert auf dem Konzept der Friedenskonsolidierung. Unter Zuhilfenahme dieser Theorie soll die Entwicklung in den Nachkriegsgesellschaften El Salvadors und Nicaraguas analysiert und bewertet werden. Das Konzept umfasst vier Dimensionen, um den komplexen Prozess der Friedenskonsolidierung aus unterschiedlichen Perspektiven zu beschreiben und

Erfolge bzw. Misserfolge auf den verschiedenen Ebenen besser bewerten zu können. Die Arbeit wird sich jedoch auf zwei Dimensionen beschränken, und zwar die sicherheitspolitische und politische, da die Entwicklungen hier grundlegend für das Gelingen des ganzen Prozesses sind.

Dabei umfasst die sicherheitspolitische Dimension vor allem die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, um die Sicherheit der Bürger zu garantieren und einen erneuten Gewaltausbruch zu verhindern. Des Weiteren sind die Demobilisierung und Reintegration der Kämpfer und Soldaten von großer Bedeutung, da diese Gruppen während des Krieges einen mehr oder weniger sicheren Arbeitsplatz hatten und bei fehlschlagender Wiedereingliederung in die zivile Gesellschaft erneut zu den Waffen greifen könnten. Die Umsetzung dieser Dimension gestaltete sich bei den beiden Fallbeispielen nicht ohne Probleme, obwohl die UN im Rahmen von ONUCA (United Nations Observer Group in Central America) und ONUSAL (United Nations Observer Mission in El Salvador) die Demobilisierung und Entwaffnung koordiniert hatte. Da hierbei jedoch nur partielle Erfolge erzielt wurden, konnte die Verstärkung der Kriminalität nach dem Kriegsende nicht verhindert werden. Der Entwaffnungsprozess und die möglichen Fehler werden in der Arbeit genau untersucht.

Die politische Dimension zielt in erster Linie auf die Übereinkunft der Kriegsparteien über die Neuverteilung von legaler politischer Macht, wobei abgewogen werden muss, inwieweit ehemalige Guerillaführer daran beteiligt werden. In diesem Punkt haben Nicaragua und El Salvador nach dem Friedensabkommen von Esquipulas 1987 unterschiedliche Wege eingeschlagen und es wird untersucht, wie erfolgreich die jeweiligen Konzepte waren.

Darüber hinaus gehört zu dieser Dimension der (Wieder-) Aufbau rechtstaatlicher Institutionen, die für die Kontrolle der Macht verantwortlich sein werden und deren Tätigkeit grundlegend für das Vertrauen der Bevölkerung in das neue politische System ist. Beide Länder waren beim Vollzug der Maßnahmen der politischen Dimension weitgehend auf sich allein gestellt und wurden von der internationalen Gemeinschaft höchstens durch die Konditionierung der Hilfgelder an demokratische Reformen beeinflusst. Aufgrund der fehlenden praktischen Unterstützung beim Aufbau starker und unabhängiger politischer Institutionen durch die westlichen demokratischen Staaten, aber auch durch den fehlenden politischen Willen seitens der politischen Eliten der Länder, die entsprechenden Reformen durchzuführen, sind die Ergebnisse der Friedenskonsolidierung in diesem Bereich nur wenig überzeugend.

Ebenso gehört die Abhaltung demokratischer Wahlen zur politischen Dimension der Friedenskonsolidierung. Hier wird der gesamte Zeitraum seit Anfang der 1990er Jahre betrachtet, sodass auch die Entwicklung der Parteien und ein möglicher Wandel der politischen Eliten untersucht werden kann. Aber auch die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem gewandelten politischen System kann an ihrer Wahlbeteiligung gemessen werden.

### 1.3 Quellenlage und Forschungsstand

Bei der Quellenlage muss angemerkt werden, dass nach der Beendigung der Bürgerkriege in den 1990er Jahren das journalistische, aber auch wissenschaftliche Interesse für die zentralamerikanische Region deutlich zurückgegangen ist. Es gibt zahlreiche Aufsätze und Bücher, die sich mit dem Kriegsverlauf und seinen Ursachen, aber weniger mit den Folgen befassen. Nun dominieren Artikel und Beiträge, die sich mit aktuellen politischen Ereignissen, wie zum Beispiel Wahlen beschäftigen oder einzelne Problemfelder, wie die Bandenkriminalität thematisieren, jedoch nur selten die gesamte Entwicklung seit dem Kriegsende betrachten.

Darauf hat sich im Wesentlichen das Forscherteam der Hemisphere Initiatives spezialisiert, das seit Jahren die demokratische und politische Situation in den Nachkriegsgesellschaften analysiert.<sup>1</sup> Im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen gibt es einige Publikationen, die sich schwerpunktmäßig der wirtschaftlichen und sozialen Situation Zentralamerikas widmen<sup>2</sup>, ein weiteres Projekt befasst sich mit der Entwaffnung im Rahmen von Friedensprozessen und behandelt dabei Nicaragua und El Salvador<sup>3</sup>. Ebenfalls werden die beiden Staaten als Fälle in zahlreichen Sammelbänden zur Friedenskonsolidierung analysiert<sup>4</sup> oder in Publikationen, welche die demokratische Situation von ganz Lateinamerika im Auge haben<sup>5</sup>. Auch wenn es darum geht, die Rolle der Vereinten Nationen bei Prozessen der Friedenskonsolidierung zu bewerten, wird auf die Erfahrungen der beiden zentralamerikanischen Staaten zurückgegriffen.<sup>6</sup>

Nach dem anfänglichen Optimismus zu Beginn der 90er Jahre bezüglich der Entwicklungs- und Demokratisierungschancen der zentralamerikanischen Länder, mussten die allzu positiven Prognosen im Laufe des Jahrzehnts revidiert werden, da die erhofften Fortschritte ent-

<sup>1</sup> vgl. Dye, David R./Butler, Judy/Abu-Lughod, Deena/ Spence, Jack: *Contesting Everything, Winning Nothing: The Search for Consensus in Nicaragua, 1990-1995*, Hemisphere Initiatives, Massachusetts, 1995; Spence, Jack; Dye, David R.; Lanchin, Mike; Thale, Geoff: *Chapultepec Five Years Later. El Salvador's Political Reality and Uncertain Future*, Hemisphere Initiatives, Massachusetts, 1997; Dye, David R.: *Patchwork Democracy: Nicaraguan Politics Ten Years After the Fall*, Hemisphere Initiatives, Massachusetts, 2000; Spence, Jack: *War and Peace in Central America: Comparing Transitions toward Democracy and social Equity in Guatemala, El Salvador, and Nicaragua*, Hemisphere Initiatives, Massachusetts, 2004. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/hemsreports.htm>

<sup>2</sup> vgl. UNDP, *Country Reports, Nicaragua und El Salvador, 2004*, *La Democracia en America Latina, 2006*, über: <http://democracia.undp.org/Informe/Default.asp?Menu=15&Idioma=1>

<sup>3</sup> vgl. Wrobel, Paulo S.: *Managing Arms in Peace Processes: Nicaragua and El Salvador*, United Nations Publication, New York and Geneva, 1997

<sup>4</sup> vgl. Stedman, Stephen J./Rothchild, Donald S./Cousens, Elizabeth M. (Hrsg.): *Ending civil wars: the implementation of peace agreements*, Boulder, 2002; Cousens, Elizabeth, M./ Kumar, Chetan (Hrsg.): *Peacebuilding as Politics, Cultivating Peace in Fragile Societies*, London, 2001, Ferdowsi, Mir A./ Matthies, Volker (Hrsg.): *Den Frieden gewinnen*, Bonn, 2003, Kumar, Krishna (Hrsg.): *Rebuilding Societies after Civil War, Critical Roles for International Assistance*, London, 1997 u.a.

<sup>5</sup> vgl. Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hrsg.): *Politische Gewalt in Lateinamerika*, Frankfurt am Main, 2000; Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Demokratisierung in Mittelamerika*, Münster, 1998; Córdova Macías, Ricardo/Kurtenbach, Sabine/Maihold, Günther (Hrsg.): *Pasos hacia una nueva convivencia democracia y participación en Centroamérica*. San Salvador, 2001, u.a.

<sup>6</sup> Ball, Nicole/Halevy, Tammy: *Making peace work: The role of the international development community*, Washington, 1996; Doyle, Michael W., Johnstone, Ian, Orr, Robert C. (Hrsg.): *Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador*, Cambridge, 1997; MacLeod Hall, Lisa A.: *Constructing Peace, Lessons from UN Peacebuilding Operations in El Salvador and Cambodia*, Lenham, 2006

weder nicht eingetreten sind oder gar zu Rückschritten wurden. Der aktuelle Tenor der Forschung klingt daher wenig optimistisch, was die Etablierung eines positiven Friedens in den zentralamerikanischen Nachkriegsgesellschaften betrifft. So kommt Perthes<sup>7</sup> zu dem Ergebnis, dass die mangelnde Reintegration ehemaliger Guerilla-Kämpfer ein großes Risiko für die innere Stabilität El Salvadors darstellt, Probleme der sozialen Ungerechtigkeit aber auch noch nicht gelöst sind. Diese Tatsache wird von Kurtenbach<sup>8</sup> auch für Nicaragua bestätigt, wo die verschiedenen Reformen im Bereich der Landwirtschaft und bezüglich der Verfassung nicht zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung beitrugen. Im Gegenteil konnte in der Nachkriegszeit in beiden Ländern die Macht der früheren Eliten zementiert werden, weil es nicht zu einem grundlegenden Wandel in der Gesellschaft in Richtung Demokratisierung und friedliche Konfliktlösung gekommen ist. Auch Close und Deonandan<sup>9</sup> bewerten die politische Situation in Nicaragua, vor allem nach der Regierungszeit Alemáns, als wenig demokratisch und geben die Verantwortung dafür dem machtorientierten Handeln der politischen Führungsspitze. Eine Reihe von Autoren (Paris, Walker, Spalding<sup>10</sup>) gibt auch den externen Akteuren einen Teil der Verantwortung für die noch nicht gelösten Probleme, in erster Linie die noch immer grassierende Armut und die vorherrschenden sozioökonomischen Ungleichheiten. Keiner der Autoren geht jedoch davon aus, dass die beigelegten Konflikte wieder ausbrechen könnten.

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, anhand der zwei Fallbeispiele aus dem zentralamerikanischen Raum die Friedenskonsolidierungsprozesse zu vergleichen und die Erfolgsbedingungen bzw. Probleme zu bestimmen, die auch bei der künftigen Anwendung des Konzepts auf anderen Nachkriegsgesellschaften von Nutzen sein können.

#### 1.4 Leitfrage und Hypothese

Aus der oben geschilderten Themenstellung ergibt sich die folgende Leitfrage für die Arbeit:

Wie weit konnten die sicherheitspolitische und politische Dimension im Prozess der Friedenskonsolidierung der beiden Staaten implementiert werden und welche Faktoren und Akteure haben dabei mitgewirkt?

Die Hypothese, die im Laufe der Arbeit überprüft werden soll, lautet:

Obwohl es gelungen ist die Bürgerkriege auf Dauer zu beenden, bleiben die grundlegenden Probleme in beiden Ländern bisher ungelöst.

<sup>7</sup> vgl. Perthes, Volker: Wege zum zivilen Frieden. Nachbürgerkriegssituationen im Vergleich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4, 2000

<sup>8</sup> vgl. Kurtenbach, Sabine: Nicaragua und El Salvador: Frieden mit schwachem Fundament. In: Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker (Hg.): Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften. Bonn, 2003

<sup>9</sup> vgl. Close, David/Deonandan, Kalowatie (Hrsg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, 2004

<sup>10</sup> Walker, Thomas W.: Nicaragua. Living in the shadow of the eagle, Boulder, 2003; Spalding, Rose J.: From Low-Intensity War to Low-Intensity Peace: The Nicaraguan Peace Process. In: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative peace processes in Latin America. Washington, DC, 1999, S. S. 31-64; Paris, Roland: At war's end. Building peace after civil conflict, Cambridge, 2004

## 1.5 Vorgehensweise

Im Anschluss an die Einleitung soll das Konzept der Friedenskonsolidierung vorgestellt werden, auf dessen Grundlage im Hauptteil der Arbeit die Untersuchung der Fallbeispiele erfolgt. Dabei werden alle vier Dimensionen des Konzepts dargestellt und anschließend die Beschränkung auf die politische und sicherheitspolitische Dimension erläutert (2.2). Unter Punkt 2.3 wird auf die Probleme und Herausforderungen der Theorie eingegangen, die für die Fallstudie von Bedeutung sein können.

Für ein besseres Verständnis der Ausgangslage für die Friedenskonsolidierungsprozesse wird im dritten Kapitel der Arbeit ein kurzer historischer Überblick über den Konfliktverlauf und die Kriegsursachen in beiden Ländern gegeben. In diesem Punkt soll auch die wichtige Rolle der USA als Geldgeber und Unterstützer der konservativen Eliten Zentralamerikas betrachtet und ihre Bedeutung für den gesamten Prozess veranschaulicht werden.

Nachdem die konzeptuellen und historischen Grundlagen für die Untersuchung gelegt worden sind, wird im Hauptteil der Arbeit (Kap.4) die Implementierung der gewählten Dimensionen in den Friedenskonsolidierungsprozessen der beiden Länder analysiert. Dabei wird die Studie, um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen und unnötige Wiederholungen zu vermeiden, nicht nach Ländern, sondern nach den jeweiligen Maßnahmen und ihren Ergebnissen unterteilt. Im Anschluss an die Behandlung jeder Dimension erfolgt eine kurze Zusammenfassung der Faktoren, die für die Bewertung der stattgefundenen Prozesse herangezogen werden können.

Im ersten Abschnitt der Untersuchung widmet sich die Arbeit der sicherheitspolitischen Dimension, indem die Vorgehensweise von Nicaragua und El Salvador in den Bereichen Demobilisierung (4.1.1), Reintegration der Kämpfer und Soldaten (4.1.2), Demilitarisierung der Gesellschaft und Umstrukturierung von Armee und Polizei (4.1.3) dargestellt und die Mitwirkung der Vereinten Nationen untersucht wird.

Der zweite Abschnitt der Studie beschäftigt sich mit der Implementierung der politischen Dimension und analysiert im Einzelnen die Neuverteilung der Macht nach dem Konfliktende (4.2.1), die verabschiedeten Verfassungsreformen, die zur Stärkung der Demokratie in beiden Ländern beitragen sollten (4.2.2), die Abhaltung demokratischer Wahlen und ihre Bedeutung für das politische System (4.2.3), und die Entwicklung der politischen Parteien in beiden Ländern (4.2.4).

Am Schluss der Arbeit werden die Friedenskonsolidierungsprozesse zusammenfassend bewertet, die Faktoren benannt, die für den Erfolg bzw. Misserfolg der Maßnahmen ausschlaggebend waren und die Grenzen und Möglichkeiten des Konzepts der Friedenskonsolidierung im Allgemeinen aufgezeigt.

## 2. Das Konzept der Friedenskonsolidierung

Im Folgenden wird das der Arbeit zugrunde liegende Konzept der Friedenskonsolidierung dargestellt. Dabei wird im Einzelnen auf die Entstehung des Konzepts, seine Auffächerung in vier Dimensionen sowie abschließend auf die Probleme und Herausforderungen bei der Implementierung in der Praxis eingegangen.

### 2.1 Die Entstehung des Konzepts

Das Konzept der Friedenskonsolidierung, das maßgeblich nach der „Agenda for Peace“ des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit geriet, entstand als Antwort auf die zahlreichen innerstaatlichen Konflikte, die nach dem Ende des Ost-West Konflikts die primäre Bedrohung von Sicherheit und Frieden darstellten. Diese Konflikte bedurften neben einer Regelung der Kriegsbeendigung, die durch friedensschaffende - *peacemaking* und friedenserhaltende - *peacekeeping* Operationen der UN gewährleistet wird, „der konstruktiven Gestaltung von Nachkriegszeiten, der Kriegsfolgenbewältigung, dem Wiederaufbau kriegszerstörter Länder und (...) der Friedenskonsolidierung“<sup>11</sup>. Anderenfalls könnte es schnell zu einem Wiederaufflammen der beendet geglaubten Konflikte kommen, da bei innerstaatlichen Kriegen eine räumliche Trennung der Konfliktparteien nur schwer möglich ist und daher die Kriegsbeendigung ohne die Behandlung von Kriegsursachen nicht ausreichend für eine stabile Nachkriegsordnung ist. Somit gehört *peacebuilding*, neben den anderen oben genannten Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen und der präventiven Diplomatie, zu den entscheidenden Instrumenten zur Sicherung und Wahrung des Weltfriedens.

Eben dieser Zusammenhang zwischen Friedensschaffung, Friedenserhaltung und Friedenskonsolidierung wird von Boutros-Ghali in der „Agenda für den Frieden“ dargestellt: Während die ersten beiden beim Ausbruch des Konflikts ins Spiel kommen, können nur friedenskonsolidierende Maßnahmen, vom Ex-Generalsekretär als „post-conflict peace-building“<sup>12</sup> bezeichnet, die sich der Bewältigung der zugrunde liegenden ökonomischen, sozialen, kulturellen und humanitären Probleme widmen, eine dauerhafte Grundlage für den Frieden aufbauen.<sup>13</sup> Somit beinhaltet die Friedenskonsolidierung auch ein Element der Vorbeugung gegen einen erneuten Ausbruch der Gewalt.<sup>14</sup> Dies ist besonders wichtig, da statistische Erhebungen belegen, dass Nachkriegsgesellschaften in einer so genannten „Konfliktfalle“ sitzen.

---

<sup>11</sup> Matthies, Volker: Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden - ein vernachlässigtes Forschungsfeld. In: Ders. (Hrsg.): Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen: Edition Temmen, S. 18

<sup>12</sup> Boutros-Ghali, Boutros: An Agenda for Peace, Second Edition, New York, 1995, S. 61

<sup>13</sup>vgl. ebd.

<sup>14</sup> nach Roland Paris ist dies sogar das wichtigste Ziel der Friedenskonsolidierung in Staaten, die einen Bürgerkrieg durchlebt haben, vgl. Paris, Roland: Broadening the Study of Peace Operations, in: International Studies Review, Nr. 3, 2000, S. 33 vgl. ebn. Boutros-Ghali, 1995, S. 62, Ferdowski./Matthies, 2003, S. 33

Dies bedeutet, bei ihnen ist das Risiko eines neuerlichen „gewaltsamen Konflikts zehnmal höher, als es noch vor dem Krieg war“<sup>15</sup>.

Die Weiterentwicklung der Friedensoperationen der UN, die im Rahmen friedenskonsolidierender Maßnahmen das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten regelmäßig überschreiten würde, war nur mit dem Ende des Kalten Krieges möglich geworden, da die internationale Staatengemeinschaft sich nun wieder in der Lage sah für das Ziel der internationalen Sicherheit einzutreten, ohne dass dafür notwendige UN-Mandate durch Vetos der Sicherheitsratsmitglieder blockiert wurden.<sup>16</sup>

Des Weiteren bekannten sich die Staaten zu Demokratie und Menschenrechten und waren bereit für den Schutz dieser Werte, Einschnitte in das bis dahin grundlegende Prinzip der Vereinten Nationen – das Souveränitätsprinzip zu tolerieren. Diese neue Rolle der UN machte es möglich, dass in kriegszerrütteten Gesellschaften internationale Unterstützung bei der Implementierung von Friedensverträgen geleistet wurde sowie für den Aufbau von demokratischen Institutionen, die Abhaltung fairer und freier Wahlen und die Umstrukturierung von Armee und Polizei – allesamt genuin innerstaatliche Aufgaben.<sup>17</sup>

Demnach umfasst das Konzept der Friedenskonsolidierung einerseits kurzfristige Maßnahmen, die auf die Behebung der kriegerischen Gewalt abzielen und dem negativen Friedensbegriff entsprechen, andererseits aber auch langfristige Maßnahmen, deren Ziel es ist, die tiefer liegenden Ursachen des Konflikts zu lösen und damit dem positiven Friedensbegriff gerecht zu werden.<sup>18</sup> Um dieses Ziel zu erreichen ist es wichtig, die lokalen Strukturen zu berücksichtigen, mit den Akteuren vor Ort zusammen zu arbeiten und nicht zuletzt auch genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Obwohl ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe der finanziellen Aufwendungen für einen Einsatz und dem Erfolg der Mission verneint werden kann.<sup>19</sup>

Diese Merkmale des peacebuilding-Ansatzes lassen den Schluss zu, dass hier sowohl sicherheitspolitische Interessen, als auch entwicklungspolitische Aspekte miteinander verbunden sind. Denn nicht selten ist es vorgekommen, dass „milliardenschwere Entwicklungsanstrengungen in (Bürger-) Kriegen zunichte gemacht worden sind“<sup>20</sup>. Daraus folgte auch die Erkenntnis, dass Entwicklung und Frieden einander bedingende Faktoren sind und das eine ohne das andere keinen Bestand haben kann. Für die Entwicklungspolitik ergeben sich daher neue Aufgabenfelder, die zudem noch in Zeiten ungesicherten Friedens vollzogen werden müssen.<sup>21</sup> Dieses schwierige und zeitaufwändige Projekt ist ohne eine konstruktive Zu-

<sup>15</sup> Schneckener, Ulrich: Frieden Machen: Peacebuilding und peacebuilder, in: Die Friedens-Warte, Nr. 80, 2005, S. 17

<sup>16</sup> vgl. Boutros-Ghali, 1995, S. 41ff

<sup>17</sup> vgl. MacLeod Hall, Lisa A.: Constructing Peace, Lessons from UN Peacebuilding Operations in El Salvador and Cambodia, Lenham, 2006, S. 5

<sup>18</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 20

<sup>19</sup> vgl. MacLeod, 2006, S. 7

<sup>20</sup> Matthies, Volker: Nicht mehr Krieg und noch nicht Frieden, in: Der Überblick, Nr. 1, 1995b, S. 94

<sup>21</sup> vgl. Matthies, 1995b, S. 91

sammenarbeit der unterschiedlichen internationalen und regionalen Organisationen mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und lokalen Akteuren nicht möglich.<sup>22</sup>

Da das Gros der heute auftretenden Konflikte innerstaatlicher Natur ist und meist weitreichende Zerstörungen der staatlichen Institutionen und des staatlichen Gewaltmonopols mit sich bringt, ist das Konzept der Friedenskonsolidierung mit dem Ansatz der Staatsbildung verwandt. Unter Umständen muss auch auf zivil-gesellschaftliche Strukturen Bezug genommen werden, da diese im Zuge von Bürgerkriegen oftmals schwerwiegenden Belastungen ausgesetzt werden und die Nation im Nachhinein tief gespalten ist. In diesem Fall muss die Gesellschaft re- oder neu konstruiert werden, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.<sup>23</sup> Von daher lässt sich auch eine Ähnlichkeit zwischen Friedenskonsolidierung und Nationenbildung feststellen.<sup>24</sup>

Es gibt dennoch Unterschiede, da die Konzepte jeweils andere Schwerpunkte in den Vordergrund rücken. Während nation-building die Entwicklung einer Gesellschaft zur Nation und die Genese einer nationalen Identität betont, berücksichtigt state-building die eher formalen Bestandteile eines Staates und widmet sich daher dem Aufbau von Institutionen und Strukturen auf den unterschiedlichen Ebenen der vertikalen und horizontalen Gewaltenteilung. Das Konzept der Friedenskonsolidierung schließt Aspekte beider Ansätze mit ein, ist jedoch auf Nachkriegssituationen beschränkt und hat aus diesem Grund noch andere Funktionen zu erfüllen.<sup>25</sup>

Um die unterschiedlichen Aufgaben des Konzepts besser vor Augen führen zu können, werden im Folgenden die vier Dimensionen vorgestellt, in die sich die Maßnahmen von peacebuilding unterteilen lassen.

## **2.2 Die vier Dimensionen der Friedenskonsolidierung**

Da der Prozess der Friedenskonsolidierung als vielschichtig und gesamtgesellschaftlich zu verstehen ist, unterscheidet die wissenschaftliche Literatur in der Regel zwischen vier Dimensionen der Friedenskonsolidierung: der sicherheitspolitischen, politischen, sozioökonomischen und psycho-sozialen Dimension.<sup>26</sup> Diese sollten sich im Idealfall ergänzen und ihnen sollte gleichgroße Bedeutung von Seiten der internationalen Gemeinschaft, die durch die Vereinten Nationen, regionale Organisationen oder global agierende NGOs in den Prozess der Friedenskonsolidierung eingebunden ist, und den betroffenen Gesellschaften beigemessen werden.

---

<sup>22</sup> vgl. Schneckener, 2005, S. 27

<sup>23</sup> vgl. Matthies, Volker: Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, in: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts, München, 2004, S. 162

<sup>24</sup> vgl. Cousens, Elizabeth, M./ Kumar, Chetan (Hrsg.): Peacebuilding as Politics, Cultivating Peace in Fragile Societies, London, 2001, S. 16

<sup>25</sup> vgl. Schneckener, S. 20f

<sup>26</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 23, Perthes, 2000, S. 446

### 2.2.1 Die sicherheitspolitische Dimension

Die Bearbeitung der sicherheitspolitischen Dimension steht im chronologischen Ablauf der Friedenskonsolidierung an erster Stelle. Denn sie muss eine Demilitarisierung des Konflikts erreichen, die Waffen also zum Schweigen bringen, um überhaupt die Implementierung einer friedlichen Ordnung zu ermöglichen. Dies ist einer der Bestandteile der wichtigen Aufgabe der (Wieder-) Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols.

Um dieses gewährleisten zu können, müssen vor allem die Kämpfer der Bürgerkriegsparteien demobilisiert und ihre Waffen eingezogen werden. Aber auch die Stärke der regulären Truppen muss reduziert werden, um die Armee an Friedenszeiten anzupassen. Dieser Punkt kann problematisch werden, da die Rebellen sich mit der Abgabe ihrer Waffen einer wichtigen Druckmöglichkeit bei Verhandlungen berauben und es für einen Kämpfer im schlimmsten Fall lebensgefährlich sein kann unbewaffnet auf seinen Gegner zu stoßen. Auf der anderen Seite führt die Entlassung der Soldaten dazu, dass das Militär in seinem Machtpotenzial eingeschränkt wird. Die Demobilisierung kann sich daher als langwieriger Prozess entpuppen, bei dem die Konfliktparteien um möglichst viele Zugeständnisse von der anderen Seite ringen und die Garantie ihrer Sicherheit durch die internationalen Vermittler erwarten.<sup>27</sup> Sobald eine Partei jedoch die Bereitschaft ihre Waffen abzugeben signalisiert, gilt dies als Beleg für ihre Friedensbereitschaft und ihr Vertrauen in die Haltbarkeit des Friedens.<sup>28</sup>

Mit der Entwaffnung ist die Situation der Kämpfer und demobilisierten Soldaten jedoch noch nicht gelöst. Im Gegenteil, denn nun haben sie weder Geld noch Arbeit und bedürfen einer Reintegration in die Gesellschaft. Wenn dieser Schritt nicht rasch vollzogen wird, können sie aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft und meist fehlender Ausbildung kriminelles Potenzial entwickeln und zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit und Stabilität werden.<sup>29</sup> Die Schwierigkeit bei der Erfüllung dieser Aufgabe liegt darin, dass die Programme zur Reintegration ehemaliger Kämpfer und Soldaten sehr kostspielig sind und daher meist nicht von den betroffenen Ländern selbst finanziert werden können. Obwohl die Reduzierung der Rüstungsausgaben dem Staat eine „Friedensdividende“ einbringen soll, ist diese nicht ausreichend.<sup>30</sup> Es braucht also internationaler Geber, welche die Kosten für diesen wichtigen Bereich der sicherheitspolitischen Dimension übernehmen.<sup>31</sup>

Um sicherzugehen, dass die erfolgte Demilitarisierung und Demobilisierung die Grundlage für eine nachhaltige Friedenskonsolidierung bilden, sollte die sicherheitspolitische Dimension die Reform des Sicherheitssektors mit einschließen.<sup>32</sup> Denn nicht zuletzt waren die repressi-

<sup>27</sup> vgl. Kumar, Krishna (Hrsg.): *Rebuilding Societies after Civil War, Critical Roles for International Assistance*, London, 1997, S. 12, Matthies, 1995a, S. 24

<sup>28</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 447

<sup>29</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 447, Ball, Nicole/Halevy, Tammy: *Making peace work: The role of the international development community*, Washington, 1996, S. 42

<sup>30</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 24

<sup>31</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 12

<sup>32</sup> vgl. Ball/Halevy, 1996, S. 35

ven und teilweise brutalen Methoden der staatlichen Sicherheitskräfte gegenüber der Bevölkerung und den Oppositionellen einer der Gründe für den Ausbruch des Konflikts.<sup>33</sup>

Daher bedarf die Rolle des Sicherheitssektors in Nachkriegsgesellschaften einer neuen Definition, welche dem Missbrauch der Staatsgewalt ein Ende setzt. Dafür müssen Militär und Polizei klar voneinander getrennt und unter zivile Kontrolle gestellt werden, wobei ersteres ausschließlich für die Verteidigung des Landes vor externen Bedrohungen zuständig sein soll und letztere Sicherheit und Ordnung im Inneren unter Beachtung der Menschenrechte gewährleisten muss. Für die Implementierung dieses Zieles sind Veränderungen der alten Strukturen notwendig, sodass sie der neuen Doktrin, den modifizierten Missionen und rechtsstaatlichen Forderungen gerecht werden. Auch das Personal muss für die Erfüllung der neuen Aufgaben umgeschult oder gar neu rekrutiert werden, wenn die alte Garde für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war.<sup>34</sup>

Diese Vorhaben müssen ebenfalls von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, da die betroffenen Staaten nicht nur auf finanzielle Beihilfen, sondern auch auf das technische Know-How demokratischer Staaten bezüglich des Aufbaus und der Trainingsmethoden der reformierten Institutionen angewiesen sind. Diese Unterstützung wird jedoch selten im angemessenen Maße gewährt, da sie nicht in den Aufgabenbereich internationaler Organisationen fällt und über einen längeren Zeitraum geleistet werden muss. Andererseits wird eine solche Einmischung von den betroffenen Regierungen nicht gern gesehen und die Bemühungen externer Akteure unter Umständen konterkariert.<sup>35</sup>

Als eine wichtige Aufgabe muss auch die Minenräumung in den Prozess der Friedenskonsolidierung integriert sein. Denn ohne die Entfernung von Minen, kann die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion sowie der sichere Transport von Gütern und Personen nicht vollzogen werden. Daneben ist auch die Aufklärungsarbeit für den Umgang mit Minen von Bedeutung, damit die Bevölkerung Minenfelder erkennen und meiden kann. Insbesondere Flüchtlinge und Vertriebene sind bei ihrer Rückkehr der Gefahr von Minen ausgesetzt, sodass die elementare Infrastruktur des Landes Priorität bei der Minenräumung genießt.<sup>36</sup>

Da die Minenräumungsaktivitäten kostenintensiv sind und nur von geschultem Personal betrieben werden können, sind die Ressourcen der betroffenen Länder in diesem Bereich nicht ausreichend und bedürfen internationaler Unterstützung. Folglich ist die internationale Gemeinschaft auch auf diesem Feld der Friedenskonsolidierung involviert und stellt ökonomische und personelle Ressourcen zur Verfügung. Dabei wird sie von einer wachsenden Zahl von NGOs unterstützt.<sup>37</sup>

---

<sup>33</sup> vgl. Ball/Halevy, 1996, S. 38

<sup>34</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 13f, Ball, 1996, S. 40

<sup>35</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 14

<sup>36</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 24

<sup>37</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 26f

### 2.2.2 Die politische Dimension

Die politische Dimension der Friedenskonsolidierung wird häufig als Kernstück des gesamten Prozesses angesehen.<sup>38</sup> „Although there will be many and various underlying causes of conflict, the proximate cause of internal violence is the fragility or collapse of political processes and institutions.“<sup>39</sup> Schon die Tatsache, dass es zu einem gewaltsamen Ausbruch des Konfliktes gekommen ist, zeigt die Unfähigkeit des Staates die Anforderungen und Bedürfnisse konkurrierender Gruppen im Rahmen politischer Stabilität zu befriedigen. Somit kann ein langfristiger Frieden sowie die soziale und ökonomische „Rehabilitation“ nur vorangetrieben werden, wenn das politische System erneuert wird und demokratische Prinzipien für das künftige Zusammenwirken der Akteure und Institutionen etabliert werden.<sup>40</sup>

Im Vorfeld der Neuorganisation muss die Übereinkunft der ehemaligen Kriegsparteien über die Frage nach den Teilhabern politischer Macht im Nachkriegssystem erfolgen. Wobei hier entschieden wird, inwieweit frühere Kriegsherren in den Prozess integriert werden sollen. Einerseits scheinen sie wenig geeignet, eine friedliche Rolle im Rahmen der politischen Ordnung einzunehmen, andererseits müssen gerade die Hardliner Nutzen aus dem Kriegsende ziehen, damit Frieden erreicht wird.<sup>41</sup>

Gerade weil die wichtigsten Akteure mit ihren Interessen bei der Machtverteilung berücksichtigt werden müssen, gestaltet sich dieser Prozess nicht reibungslos. Denn auch wenn bereits ein Waffenstillstand erreicht oder ein Friedensvertrag unterzeichnet wurde, sind die tiefen Gräben zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern nicht überwunden und es herrscht ein Klima des Misstrauens und der Gewaltbereitschaft.<sup>42</sup>

Ein weiteres Ziel der Friedenskonsolidierung ist die Abhaltung freier Wahlen, um es den Bürgern zu ermöglichen ihre politischen Führer selbst zu wählen und der neuen Regierung somit innerhalb und außerhalb des Landes Legitimität zu verschaffen.<sup>43</sup> Bei diesem Vorhaben werden die Nachkriegsgesellschaften meist von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, da viele Staaten noch keine oder nur unzureichende historische Erfahrungen mit demokratischen Wahlen gemacht haben. Die Unterstützung kann dabei unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Entweder es braucht massiver finanzieller und technischer Unterstützung bereits im Vorfeld der Wahlen oder es ist ausreichend die eigentliche Wahl auf mögliche Unregelmäßigkeiten durch unabhängige internationale Wahlbeobachter zu kontrollieren, um die Legitimität des Ergebnisses garantieren zu können.<sup>44</sup>

In Nachkriegsgesellschaften kann man jedoch nicht zwangsläufig davon ausgehen, dass Wahlen stabile und allseits anerkannte Regierungen produzieren. Da das politische Klima in

<sup>38</sup> vgl. Matthies, 1995a, Kumar, 1997, S. 4

<sup>39</sup> Cousens/Kumar, 2001, S. 4

<sup>40</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 4

<sup>41</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 447

<sup>42</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 4

<sup>43</sup> vgl. Ball/Halevy, 1996, S. 31

<sup>44</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 7, Ball/Halevy, 1996, S. 30

Bürgerkriegsstaaten meist polarisiert ist und die klare Einteilung in Sieger und Verlierer durch das Mehrheitswahlrecht diese Fragmentierung noch unterstreicht. Dann kann es sein, dass die Rechtmäßigkeit der Wahlen trotz internationaler Präsenz angezweifelt und das Ergebnis von den Verlierern nicht akzeptiert wird. Aus diesem Grund ist es unter Umständen sinnvoll, auf das Ziel eindeutiger Mehrheitsverhältnisse zugunsten der konkordanzdemokratischen Zusammensetzung des Parlaments zu verzichten.<sup>45</sup>

Außerdem muss im Rahmen der Friedenskonsolidierung dem formalen und materiellen Rechtsstaat Geltung verschafft werden, indem einerseits politische Institutionen (wieder-)aufgebaut werden, ein unabhängiges Verwaltungs- und Rechtssystem eingerichtet wird und Kontrollmechanismen zwischen den einzelnen Gewalten geregelt werden. Andererseits muss der Schutz und Respekt von Menschenrechten propagiert und durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang kann es hilfreich sein, begangene Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen aufzudecken, was im Rahmen von Tribunalen oder Wahrheitskommissionen geschieht.<sup>46</sup> Fragen zur Gerechtigkeit, Sühne und Versöhnung, die hier thematisiert werden, stehen auch mit der psycho-sozialen Dimension in Verbindung.

Um jedoch eine grundlegende Akzeptanz demokratischer Werte und die langfristige Etablierung einer friedlichen Streitkultur zu etablieren, ist die „systematische Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Instanzen“<sup>47</sup> von überragender Bedeutung. Ansonsten kann die Bevölkerung die Aktionen der politischen Elite nicht kontrollieren, nicht auf der Lösung ihrer Probleme bestehen und nicht am politischen Prozess partizipieren, was für eine nachhaltige Demokratisierung unablässig ist.

Bei der politischen Dimension geht es also sowohl um die Verständigung und Einigung der Führungsgruppen der ehemaligen Kriegsgegner über die Machtverteilung untereinander, den zukünftigen Aufbau des Staates und der Etablierung einer friedlichen und geregelten Streitkultur, als auch um die Konsolidierung der neuen Ordnung durch Partizipation von Seiten einer gestärkten Zivilgesellschaft.

### **2.2.3 Die sozioökonomische Dimension**

Die ökonomische Situation in Nachkriegsgesellschaften ist aufgrund weitläufiger Zerstörungen und überhöhter Militärausgaben sowie dubioser Machenschaften von Kriegsherren erheblich geschwächt und meist hoffnungslos überschuldet. In einer solchen Atmosphäre wirtschaftlicher Depression sind Investitionen eher unwahrscheinlich, sodass eine ökonomische „Rehabilitation“ ohne internationale Unterstützung nicht möglich sein wird.<sup>48</sup> Deswegen ist es Ziel der sozioökonomischen Dimension, die materiellen Folgen des Krieges zu bewältigen

---

<sup>45</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 448, Ball/Halevy, 1996, S. 32, Matthies, 2004, S. 162

<sup>46</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 25, Kumar, 1997, S. 10, Ball/Halevy, 1996, S. 34

<sup>47</sup> Matthies, 1995a, S. 25

<sup>48</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 25

und die kriegstypische „Raub- und Plünderungswirtschaft (...) in eine wohlfahrtsorientierte Friedensökonomie“<sup>49</sup> umzuwandeln.

Dabei geht es in erster Linie darum, die zerstörte Infrastruktur zu reparieren, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren, den Transport von Flüchtlingen und Vertriebenen zu ermöglichen, aber auch um die Arbeit internationaler Organisationen zur Friedenskonsolidierung zu erleichtern. So müssen Straßen gebaut, Brücken errichtet, Stromgeneratoren in Betrieb genommen sowie Häfen und Flughäfen repariert werden. Außerdem sind beschädigte Produktionsanlagen zum Laufen zu bringen, um eine Wiederaufnahme der Produktionsprozesse zu ermöglichen.<sup>50</sup>

Das Problem bei diesen Leistungen ist, dass sie vor allem der urbanen Bevölkerung zu Gute kommt, während die Bewohner ländlicher Regionen höchstens indirekt davon profitieren. Aus diesem Grund bedürfen landwirtschaftliche Betriebe ebenso finanzieller Unterstützung, um einerseits die Versorgung des Landes mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten und andererseits das Überleben kleiner Farmer in kriegsversehrten Gebieten zu sichern.<sup>51</sup>

Ein anderer Bereich, der darüber hinaus internationale Aufmerksamkeit verdient, ist die Regelung von Eigentumstiteln. Aufgrund von Migrationsbewegungen kann es hier zu erheblichen Schwierigkeiten kommen, vor allem wenn Flüchtlinge und Vertriebene zurückkehren oder ehemaligen Kombattanten Land zugeteilt werden soll. Uneindeutige oder geänderte Gesetze führen hier zu Problemen und Verzögerungen bei der Aufnahme landwirtschaftlicher Tätigkeit.<sup>52</sup>

Langfristig muss auch das Ziel makroökonomischer Stabilität verfolgt werden, um die Probleme von Unterentwicklung und Armut zu beheben sowie die Unabhängigkeit des Landes von der internationalen Gemeinschaft zu ermöglichen. Für diesen Schritt wurden von der Weltbank und dem IWF Programme entwickelt, die dem Reformprozess eine Richtung vorgeben, indem sie die Verringerung von Staatsausgaben, die Liberalisierung des Marktes sowie die Privatisierung von Staatsunternehmen fordern. Das Problem bei diesen Maßnahmen ist, dass obwohl sie langfristig zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen können, haben sie kurzfristig oft negative Auswirkungen auf die ökonomische Situation breiter Bevölkerungsschichten und vergrößern infolgedessen die Kluft zwischen arm und reich, was zu einem Vertrauensschwund in das neue System und steigender sozialer Unzufriedenheit führt.<sup>53</sup>

---

<sup>49</sup> Matthies, 2004, S. 162

<sup>50</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 27, Kumar, 1997, S. 29f

<sup>51</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 30

<sup>52</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 28f

<sup>53</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 32

### 2.2.4 Die psycho-soziale Dimension

Auch diese Dimension lässt sich in kurz- und langfristige Maßnahmen aufteilen, die sich vor allem aus der Dringlichkeit des ersten Handlungsfeldes ergeben, nämlich der Re-Integration und Betreuung von besonders vom Krieg betroffenen sozialen Gruppen. Hierzu zählen, neben den schon erwähnten Flüchtlingen und Vertriebenen, Kindersoldaten, Kriegswaisen, Veteranen. Aber auch Frauen, die entweder nach dem Krieg auf sich alleine gestellt sind oder als ehemalige Kämpfer besondere Aufmerksamkeit verdienen.<sup>54</sup> Diese Gruppe wurde von der internationalen Gemeinschaft in der Vergangenheit vernachlässigt, heute wurde jedoch erkannt, dass die Rolle der Frauen für die nationale Versöhnung und soziale Gerechtigkeit nicht unterschätzt werden darf.<sup>55</sup>

Bei der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen ist, wie bereits angesprochen, die Klärung der Besitzverhältnisse von Bedeutung; da ihre Häuser und Ländereien bereits von anderen bewohnt sein können, die die Eigentumsrechte der früheren Besitzer nicht anerkennen. Bei der Zuteilung von Hilfsgütern zur Reintegration muss darauf geachtet werden, dass die dagebliebene Bevölkerung nicht schlechter gestellt wird und es dadurch zu Neid und sozialen Spannungen kommen kann.<sup>56</sup>

Für die adäquate Behandlung von Veteranen, Kriegswaisen und Kindersoldaten ist der Wiederaufbau des Gesundheits- und Erziehungswesens entscheidend; sowohl Krankenhäuser als auch Schulen haben erheblich unter den Kriegsfolgen zu leiden. Die Gebäude können zerstört sein, es herrscht Personalmangel und die staatliche Unterstützung muss erst wieder in Gang gebracht werden, was die Hilfe der ausländischen Geberländer bzw. Organisationen unabdingbar macht. Neben der physischen Versorgung benötigen vor allem Kinder auch eine psychologische Betreuung, die meist von internationalen Organisationen oder NGOs übernommen wird.<sup>57</sup>

Langfristig gehört es zum Ziel der psycho-sozialen Dimension, die Geschehnisse des Krieges gesamtgesellschaftlich aufzuarbeiten, um kollektive Traumata zu bewältigen und einen nationale Versöhnungsprozess zu ermöglichen.<sup>58</sup>

Obwohl das Konzept der Friedenskonsolidierung vier Dimensionen umfasst, die untereinander in Beziehung stehen und sich bei der Implementierung ergänzen sollen, beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die Untersuchung der sicherheitspolitischen und politischen Dimension. Einerseits, weil die Ergebnisse dieser beiden Dimensionen grundlegend für den weiteren Verlauf der Friedenskonsolidierung sind, andererseits aber auch, weil in beiden Ländern das Hauptaugenmerk gerade auf diese Bereiche gelegt wurde und den beiden an-

---

<sup>54</sup> vgl. Ball/Havely, 1996, S. 41, Matthies, 1995a, S. 26, Schneckener, 2005, S. 22

<sup>55</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 23

<sup>56</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 17f

<sup>57</sup> vgl. Kumar, 1997, S. 19ff

<sup>58</sup> vgl. Matthies, 1995a, S. 26

deren wenn, dann nur marginale Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Inwiefern eine solche Vorgehensweise Probleme in sich bergen kann, soll in der abschließenden Bewertung der Arbeit analysiert werden.

### 2.3 Probleme und Herausforderungen

Nachdem die vier traditionellen Dimensionen der Friedenskonsolidierung dargestellt wurden, soll im Folgenden exemplarisch auf die Schwierigkeiten eingegangen werden, die bei der Umsetzung des Konzepts in die Praxis auftauchen können. Neben den Problemen, die kurz im Zuge der einzelnen Dimensionen angesprochen wurden, gibt es auch solche, die das gesamte Konzept betreffen oder sich aus den Zielkonflikten der Dimensionen ergeben.

Ein grundlegendes Problem des Konzepts, das von Roland Paris angesprochen wird, betrifft das ehrgeizige Ziel der Friedenskonsolidierung eine liberale Demokratie in zerrütteten Bürgerkriegsgesellschaften aufzubauen.<sup>59</sup> Schließlich lehrt uns die historische Erfahrung Europas, dass der Aufbau einer stabilen liberalen Demokratie an sich ein schwieriger und langwieriger Prozess ist, erst recht wenn er in fragilen Gesellschaften stattfindet. Der konfliktreiche Charakter von Demokratie und freier Marktwirtschaft, der den sozialen Wettstreit um die Durchsetzung von Einzelinteressen anregt, kann den Prozess der Friedenskonsolidierung erheblich ins Stocken bringen. Denn gerade Nachkriegsgesellschaften fehlt es an den institutionellen Strukturen, um im Rahmen des freien Wettbewerbs interne Konflikte friedlich lösen zu können. „In these circumstances, efforts to transform warshattered states into market democracies can serve to exacerbate rather than moderate societal conflicts“<sup>60</sup> In der Tat lassen sich in vielen Fällen Spannungen beobachten, die aus der abrupten Einführung liberaler Techniken in Politik und Wirtschaft resultieren. Obwohl dies nur einer der Gründe für die andauernde Instabilität in den zu konsolidierenden Staaten ist, so ist er doch von Bedeutung, da er häufig zu beobachten ist und wesentliche Mängel im Design des Konzepts vermuten lässt.<sup>61</sup>

In die gleiche Richtung weist das Problem, dass das Ziel eines „positiven Friedens“ in Bürgerkriegsgesellschaften eine Überforderung des Konzepts darstellt und die praktischen Bemühungen darum von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Die Lösung aller Probleme, die zum Ausbruch des Konflikts geführt haben, kann von der Friedenskonsolidierung nicht geleistet werden. Vielmehr ist es schon als Fortschritt anzusehen, wenn ein negativer Frieden etabliert werden konnte.<sup>62</sup>

Während sich die genannten Probleme eher mit der Gesamtausrichtung des Konzepts befassen, gibt es in der Praxis auch handfestere Schwierigkeiten, sich aus der Kollision von

---

<sup>59</sup> vgl. Paris, Roland: Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism, in: International Security, Vol. 22, No. 2, 1997, S. 54ff

<sup>60</sup> Paris, 1997, S. 57

<sup>61</sup> vgl. Paris, 1997, S. 58

<sup>62</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 453

kurz- und langfristigen Aspekten des Konsolidierungsprozesses oder aufgrund von Zielkonflikten der einzelnen Dimensionen ergeben.

So kann die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit, die eine strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen verlangt, dem Ziel zuwiderlaufen eine stabile politische Ordnung aufzubauen. Denn um eine solche zu gewähren, ist meist die Zustimmung der ehemaligen Kriegsherren notwendig, die sich nur im Falle von zugesicherter Straflosigkeit für den Frieden aussprechen werden, oder gar auf ihrer Integration in die neue politische Ordnung bestehen.<sup>63</sup>

Auch wenn es darum geht, stabile politische Institutionen einzurichten, richtet sich der Fokus der internationalen Gemeinschaft meist auf politische Eliten. Dies führt dazu, dass jene Kräfte begünstigt werden, die an ihrem Machterhalt interessiert sind und die erhaltenen Gelder nicht an die gesellschaftliche Ebene weiterleiten, sodass die Verankerung des Friedensprozesses in der Bevölkerung vernachlässigt wird. Somit verpasst ein staatszentrierter Ansatz die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen.<sup>64</sup>

Weitere Dilemmata ergeben sich, wenn zu rasche Wahlen zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft führen, wenn die Auflösung der alten Polizei ein Anwachsen der Kriminalität nach sich zieht oder wenn wirtschaftliche Reformen kurzfristig die Ungleichheit fördern.<sup>65</sup>

Wie bereits bei der Betrachtung der einzelnen Dimensionen deutlich geworden ist, ist der Prozess der Friedenskonsolidierung sehr kostenintensiv und kann von den betroffenen Gesellschaften nicht eigenständig finanziert werden, sondern nur mit der Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft. Das führt einerseits dazu, dass die Geber Druck auf die jeweilige Regierung ausüben können, da sie im Falle des Nicht-Befolgens der Abkommen dringend notwendigen Geldhahn zudrehen. Andererseits kann es jedoch zu erheblichen Abstimmungsschwierigkeiten sowohl zwischen den Geberländern als auch gegenüber dem ehemaligen Bürgerkriegsland kommen. Dabei entstehen Kontroversen sowohl infolge divergierender Prioritätensetzung einzelner Akteure, aufgrund unzureichender Koordination untereinander, als auch wegen unangepasster Konzepte und nicht eingehaltener Terminabsprachen.<sup>66</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die unintendierten Konsequenzen einiger oben geschilderter Maßnahmen nicht übersehen werden sollten, auch wenn diese zum Teil unvermeidlich sind. Außerdem ist eine größere Kohärenz in den Handlungen der internationalen Gemeinschaft wünschenswert. Des Weiteren bietet das Konzept der Friedenskonsolidierung nur einen Rahmen, die einzelnen Schritte und Aktionen müssen von Fall zu Fall neu bestimmt werden.

„War-torn societies need highly context-sensitive approaches to political stabilization, reform and reconstruction, and international efforts that are in-

---

<sup>63</sup> vgl. Perthes, 2000, S. 454, Schneckener, 2005, S. 33, Matthies, 2003, S. 36

<sup>64</sup> vgl. Matthies, 2004, S. 165f, Schneckener, 2005, S. 26f

<sup>65</sup> vgl. dazu ausführlicher: Kumar, 1997, S. 33ff, Schneckener, 2005, S. 26ff

<sup>66</sup> vgl. Schneckener, 2005, S. 31ff, Matthies, 2004, S. 166, Kumar, 1997, S. 33ff

formed enough to adapt themselves to changing circumstances in real time.<sup>67</sup>

Schließlich muss erkannt werden, dass obwohl der positive Frieden das langfristige Ziel der Friedenskonsolidierung ist, der Anspruch der peacebuilder darin besteht, die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, bestehende und zukünftige Konflikte selbst auf friedliche Weise zu lösen.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Cousens/Kumar, 2001, S. 15

<sup>68</sup> vgl. Cousens/Kumar, 2001, S. 15f, Matthies, 2004, S. 167

### 3. Geschichtlicher Überblick

Im folgenden Kapitel werden kurz die Kriegsursachen, der Verlauf der Kriege in Nicaragua und El Salvador sowie die friedlich Beendigung der Konflikte in den 1990er Jahren dargestellt, um die anschließenden Prozesse der Friedenskonsolidierung besser verstehen und bewerten zu können.

#### 3.1 Nicaragua

Als erstes wird die Konfliktsituation in Nicaragua betrachtet, wobei hier sowohl auf die bewaffnete Revolution der Sandinisten, die 1979 zum Sturz der Somozadiktatur führte, eingegangen wird als auch auf den Contra-Krieg, der sich gegen die sandinistische Führung richtete und nach langwierigen Verhandlungen schließlich 1990 durch den Wahlsieg des Oppositionsbündnisses UNO beendet wurde.

##### 3.1.1 Die sandinistische Revolution und der Contra-Krieg

Unter dem letzten der drei Somozas erlebte Nicaragua einerseits die härteste politische Repression eines autoritären Regimes, andererseits war dies der Moment des größten Widerstands von Seiten des Volkes. Aufgrund des Machthungers des jüngsten Somoza und seinem Eifer, auch die ökonomischen Belange des Landes selbst oder durch seine Familie zu kontrollieren, wuchs der Widerstand auch innerhalb der Eliten, die vorher durch das „klientelistische Paktsystem“ befriedigt wurden.<sup>69</sup> Manipulierte Wahlen, die Beschränkung der Ausdrucks- und Organisationsfreiheit, wachsende Armut und diverse Menschenrechtsverletzungen von Seiten der von Somoza kontrollierten Nationalgarde trieben immer mehr Menschen in die außerparlamentarische Opposition, der im Jahre 1961 gegründeten FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional), benannt nach dem Widerstandskämpfer Augusto César Sandino.<sup>70</sup>

Während die sandinistische Bewegung im Laufe der 60er Jahre bei der Anwendung von Guerilla-Taktiken und der Foco-Theorie im ländlichen Bereich wenig Erfolg hatte, wuchs die Zahl ihrer Unterstützer im folgenden Jahrzehnt, als es ihr gelang, die Guerillas mit der städtischen Widerstandsbewegung zu vereinen. Daneben führten zwei Ereignisse zur weiteren Diskreditierung der autoritären Regierung: das Erdbeben in Managua 1972 und die Ermordung des konservativen Oppositionsführers Pedro Joaquín Chamorro 1978. Dass die internationale Hilfe ausschließlich in die Taschen Somozas floss und die brutal unterdrückten Massenaufstände, nach dem Mord von Chamorro, ließen bei den Menschen die Einsicht

<sup>69</sup>vgl. Anderson, Leslie/Dodd, Lawrence C.: Learning Democracy: citizen engagement and electoral choice in Nicaragua, 1990-2001, Chicago, 2005, S. 53, Niebling, Ursula: Pax Americana versus Volkssouveränität. Volksaufstand und Contra-Krieg in Nicaragua, Hamburg, 1990, S. 10

<sup>70</sup>Sandino kämpfte in den 1920er Jahren gegen die US-amerikanische Vorherrschaft in Nicaragua und setzte sich für die Klasseninteressen der armen Bevölkerung ein. Damit stieß er auf taube Ohren bei den etablierten Parteien und wurde 1934 durch die Nationalgarde des ersten Somoza ermordet. vgl. Anderson/Dodd, 2005, S. 47ff

reifen, dass die Diktatur einzig mit Gewalt gestürzt werden konnte. Die Unterdrückung und die Probleme der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen sowie des Klein- und Mittelbürgertums, die im Laufe der 70er Jahre immer eklatanter – ja geradezu Existenz bedrohend – wurden, trieben diese Gesellschaftsschichten in die Arme der FSLN; schließlich beteiligten sich weite Teile der Bevölkerung an Aufständen gegen Somoza.<sup>71</sup>

Nach eineinhalb Jahren gelang der FSLN, nachdem sie ihre zeitweilige Dreiteilung überwunden hatte, mit der Unterstützung der katholischen Befreiungsbewegung und anderer Graswurzel-Organisationen 1979 der siegreiche Einzug in die Hauptstadt unter dem Jubel der Massen.<sup>72</sup> „The insurrection engulfed the nation in participation, empowerment, and self-help, in ousting a despised elite and seizing political initiative with popular hands.“<sup>73</sup> Nachdem die konservative Partei ihren charismatischen Führer Chamorro verloren hatte, gelang es den Sandinisten alle oppositionellen Kräfte zu vereinen, und auch die höheren sozialen Klassen zu integrieren. Dies geschah einerseits durch die Aufnahme von Chamorros Witwe und des Unternehmers Robelo in die Regierungsjunta, andererseits sprach sich die FSLN für die Respektierung von Bürgerrechten sowie für sozialökonomische Reformen aus. Die neue Führung war also durchaus legitimer Repräsentant des Volkes. Von Anfang an gab es aber auch Gegner des Regimes, die einen sozialistischen Aufbau des Staates fürchteten. Doch die wesentlichen Richtlinien der neuen Regierung, die bis 1985 aus der Junta de Gobierno de Recuperación Nacional gebildet wurde, spiegelten den Wunsch nach internationaler Blockfreiheit wider, denn sie hießen gemischte Wirtschaft und politischer Pluralismus.<sup>74</sup> Tatsächlich wurden sie wegen des Contra-Krieges nur teilweise verwirklicht. Diesem Krieg gegen die Contras lagen „in hohem Maße externe Bestimmungsgründe zugrunde“<sup>75</sup> wohingegen die sandinistische Revolution in erster Linie durch endogene Faktoren ausgelöst wurde. Die Somozas, ihre Anhänger sowie ehemalige Nationalgardisten flohen teilweise noch vor dem eigentlichen Sieg der Sandinisten ins Ausland, wobei sich die letzteren bereits 1980 in einer ersten kleinen Rebellengruppe in Honduras reorganisierten. Diese Gruppe wurde

„mit Hilfe de(r) (...) CIA unter dem Oberbefehl des Ex-Oberst der somozistischen Nationalgarde, Enrique Bermúdez, in der Contra-Dachorganisation FDN (Fuerza Democrática Nicaragüense) zusammengefasst, die sich schließlich ob der US-Unterstützung zur führenden und militärisch letztlich einzig bedeutungsvollen Contraorganisation entwickelte“<sup>76</sup>.

Da die Contra mehrheitlich von ehemaligen Somoza-Offizieren dominiert wurde und von der CIA zur „Psychologische(n) Kriegsführung im Guerillakampf“<sup>77</sup> – so der Name eines Hand-

<sup>71</sup> Serra Vázquez, Luís H.: Eine eigentümliche Demokratisierung: Nicaragua in den 80er Jahren, in: Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.), Demokratisierung in Mittelamerika, Münster, 1998, S. 177f, Niebling, 1990, S. 67, Michael, Krennerich: Politische Gewalt, Bürgerkriege und Friedensprozesse in Zentralamerika, in: Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika, Frankfurt am Main, 2000, S. 65ff

<sup>72</sup> vgl. Walker, Thomas W.: Nicaragua: living in the shadow of the eagle, Oxford, 2003, S. 39ff

<sup>73</sup> Anderson/Dodd, 2005, S. 57

<sup>74</sup> vgl. Serra Vázquez, 1998, S. 179f, Walker, 2003, S. 43f

<sup>75</sup> Krennerich, 2000, S. 67

<sup>76</sup> Niebling, 1990, S. 67f

<sup>77</sup> ebd.

buchs – ausgebildet wurde, verfolgte sie nie das Ziel eine politische Alternative zur FSLN aufzubauen. Im Gegenteil setzten die Contras die Praktiken der Nationalgarde fort, indem sie die Zivilbevölkerung zum Zwecke der persönlichen Bereicherung terrorisierten.<sup>78</sup>

Nach dem Sieg der Sandinisten distanzierte sich bereits die Carter-Regierung nach kurzer Zeit von Nicaragua, aber die Lage verschärfte sich erheblich nach dem Amtsantritt von Ronald Reagan, der schon im Wahlkampf ein härteres Vorgehen gegen die kommunistische Bedrohung angekündigt hatte. Schnell ließ der neue Präsident den Worten Taten folgen, indem er ökonomische Hilfen an Nicaragua aussetzte, den Betrieb von paramilitärischen anti-sandinistischen Trainingscamps auf US-amerikanischem Territorium erlaubte und zusätzlich die CIA autorisierte, „to spend \$19,8 million to create an exile paramilitary force in Honduras to harass Nicaragua“<sup>79</sup>. Die Gründe für dieses Vorgehen sind vielfältig: einerseits sah Washington in dem kleinen zentralamerikanischen Staat einen weiteren Handlanger der Sowjetunion neben Kuba, obwohl sich Nicaragua erst an die UdSSR wandte, nachdem die USA ihm Wiederaufbauhilfe verweigert hatten<sup>80</sup>. Andererseits beschuldigte Reagan das sandinistische Regime darin, Waffen an „terroristas comunistas“<sup>81</sup> in El Salvador zu liefern und somit der kommunistischen Subversion Vorschub zu leisten. Ein weiterer und womöglich der ausschlaggebende Grund für den „Rückgriff auf militärische Konfliktlösungsstrategien“<sup>82</sup> von Seiten der USA, war die Wiederherstellung der US-amerikanischen Führungsstärke nach der Niederlage in Vietnam und aktuellen Ereignissen wie der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran.<sup>83</sup>

Nachdem es den USA jedoch trotz einer Truppenstärke der Contra von bis zu 20.000 Mann und dem gezielten Verminen der wichtigsten nicaraguanischen Häfen nicht gelungen war, das sandinistische Regime zu besiegen, verhängten die Vereinigten Staaten ein Wirtschaftsembargo über das Land.<sup>84</sup> Daraufhin stürzte Nicaragua auch aufgrund der hohen Verteidigungsausgaben, denn der Krieg ging auf der Stufe niedriger Intensität weiter, in eine schwere Wirtschaftskrise, was einer der Gründe für die Abwahl der Sandinisten 1990 war.

Doch auch wenn die USA eine entscheidende Rolle im Contra-Krieg gespielt haben, so dürfen dennoch die innenpolitischen Gründe des Konfliktes nicht übersehen werden. So wechselte das bürgerliche Lager aufgrund konträrer Vorstellungen in Politik und Wirtschaft auf die Seite der USA, weil es nicht auf Dauer in die sandinistische Politik eingebunden werden konnte, was sich am deutlichsten an dem Ausstieg von Chamorro und Robelo aus der JGRN zeigen lässt.<sup>85</sup> Daneben waren Bauern mit den durchgeführten Agrarreformen der FSLN un-

---

<sup>78</sup> vgl. Niebling, 1990, S. 70

<sup>79</sup> Walker, 2003, S. 46

<sup>80</sup> Es muss auch angemerkt werden, dass die Sowjetunion weder ökonomisches noch strategisches Interesse an Nicaragua als sowjetischem Stützpunkt hatte. siehe dazu: Niebling, 1990, S. 86

<sup>81</sup> zit. nach: Monroy García, Juan José: Transición a la democracia en Nicaragua 1990-1996, Mexico, 2001, S. 26

<sup>82</sup> Niebling, 1990, S. 93

<sup>83</sup> vgl. ebd.

<sup>84</sup> Vgl. Monroy García, 2001, S. 26, Krennerich, 2000, S. 69f

<sup>85</sup> vgl. Krennerich, 2000, S. 68

zufrieden. Die Enteignungen der Großbauern hatten zu einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage geführt und die abhängigen Klassen sahen darin ihre Chance auf den sozialen Aufstieg bedroht. Schließlich war nach dem Muster des „patronazgo“ eine gute Beziehung zum solventen „patrón“ der Schlüssel zum Erfolg. Andere Bauern wiederum kämpften paradoxerweise gegen den von der FSLN eingeführten Militärdienst.<sup>86</sup> Eine gesonderte Rolle spielten die Bewohner der Atlantikregion, die sich zwar infolge der ethnozentrischen sandinistischen Politik den Contras anschlossen, sich jedoch aus dem Kampf zurückzogen, nachdem die Nationalversammlung das Autonomiestatut für ihre Region verabschiedet hatte.<sup>87</sup> Somit lässt sich festhalten, dass der Contra-Krieg zwar maßgeblich durch die finanzielle und militärische Unterstützung der USA während der Reagan-Administration bedingt wurde, in den revolutionären Umwälzungen jedoch auch innenpolitisches Konfliktpotenzial vorhanden war, welches von den Sandinisten nicht friedlich entschärft werden konnte.<sup>88</sup> Mit der Zeit verlor der Krieg an Attraktivität, vor allem als ein militärischer Sieg immer unwahrscheinlicher erschien und die externen Geldmittel auf beiden Seiten abebbten. Schließlich schien der Amtsantritt des pragmatischeren George Bush 1989 einen Weg für die Beendigung des Krieges zu eröffnen.

### **3.1.2 Die Beendigung des Contra-Krieges und die Wahlniederlage der Sandinisten 1990**

Der Frieden in Nicaragua gründet sich nicht auf einem einzelnen Friedensvertrag, der von den Konfliktparteien unterzeichnet wurde, sondern ist das Ergebnis eines langjährigen Prozesses, der die ganze zentralamerikanische Region umfasste. Für Nicaragua lässt sich dieser Prozess in drei Stufen einteilen. Die erste Stufe bilden die Verhandlungen von Esquipulas, die auf den gescheiterten Versuchen von Contadora gründen und von den fünf zentralamerikanischen Präsidenten selbst in Gang gesetzt wurden. Die zweite Stufe ergibt sich aus der Wahlniederlage der Sandinisten im Jahre 1990 und dem so genannten „Übergangsprotokoll“, welches die Machtübergabe von der scheidenden FSLN an die neue Regierung regelte. Die dritte Phase besteht aus einzelnen Abkommen zwischen der Regierung von Violeta Chamorro und den Kombattanten über die Entwaffnung und Demobilisierung.<sup>89</sup>

Erste Versuche die gewaltsamen Konflikte in Zentralamerika, darunter auch den Contra-Krieg, zu beenden, wurden bereits in den frühen 80er Jahren von der Contadora<sup>90</sup> unternommen. Doch ihre Bemühungen wurden von der Reagan-Regierung nicht akzeptiert, da sie

<sup>86</sup> vgl. Serra Vázquez, 1998, S. 197

<sup>87</sup> vgl. Serra Vázquez, 1998, S. 195f

<sup>88</sup> vgl. Krennerich, 2000, S. 68

<sup>89</sup> vgl. Hartzell, Caroline A.: Peace in Stages: The Role of an Implementation Regime in Nicaragua, in: Stedman, Stephen J./Rothchild, Donald S./Cousens, Elizabeth M. (Hrsg.): Ending civil wars: the implementation of peace agreements, Boulder, 2002, S. 353

<sup>90</sup> Der Contadora-Prozess wurde 1983 von Kolumbien, Mexico, Venezuela und Panama initiiert, später fand er auch die Unterstützung der Lima-Gruppe: Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay. Für den Schlusssentwurf 1986 wurde auch Kanada zur Assistenz angerufen.

die Absetzung des sandinistischen Regimes nicht zur Voraussetzung des Friedens machten. Daneben litt die Schlussakte von 1986 an einer Vielzahl von Details, die den Friedensprozess regeln sollten, von den souveränitätsliebenden Staaten Zentralamerikas aber mit Argwohn betrachtet wurden.<sup>91</sup>

Doch das Scheitern von Contadora eröffnete den Weg für den Esquipulas-Friedensprozess, den die Regierungen der betroffenen zentralamerikanischen Staaten nun selbst in Angriff nahmen. Der Grundstein dafür wurde bei einer Besuchsrunde der acht lateinamerikanischen Außenminister von Contadora zusammen mit den Generalsekretären von UN und OAS, die vorher ihre Unterstützung angekündigt hatten, in den fünf Hauptstädten Zentralamerikas gelegt. Im Anschluss daran wurde vom costaricanischen Präsidenten Arias ein Plan vorgelegt, der zwar viel mit den Contadora-Dokumenten gemeinsam hatte, sich jedoch nicht so sehr in Details verlor und von den Zentralamerikanern selbst kreiert wurde. Der Plan fand im August 1987 in Esquipulas die Zustimmung der zentralamerikanischen Präsidenten sowie der Contadora-Staaten und der beiden Generalsekretäre. Esquipulas II, so der Name des Abkommens, beinhaltete eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen, die unter anderem Demokratisierung, freie Wahlen und die Etablierung von Waffenruhe forderten. Für die Verifizierung wurde eine internationale Kommission, die CIVS, eingerichtet, an der alle vorher genannten Akteure beteiligt waren.<sup>92</sup>

Die Tätigkeit der CIVS war jedoch nicht von Erfolg gekrönt und die Kommission wurde bereits ein Jahr nach ihrer Gründung wieder aufgelöst, unter anderem weil ihre Zuständigkeit nicht genau festgelegt und die Dominanz der Contadora-Nationen noch immer spürbar war. Die CIVS wurde durch die Exekutiv-Kommission, bestehend aus den fünf zentralamerikanischen Außenministern, abgelöst. Im weiteren Verlauf des Friedensprozesses übernahmen die Regierungen der zentralamerikanischen Staaten die Hauptrolle bei der bei der Ausgestaltung. Da aber mit der Zeit deutlich wurde, dass die Implementierung des Friedensplans ohne externe Unterstützung nicht möglich war, wandten sie sich Hilfe suchend an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die OAS; bis zu dieser Einsicht stagnierte der regionale Friedensprozess für fast ein Jahr.<sup>93</sup>

Ungeachtet dessen gab es in Nicaragua Fortschritte, als die sandinistische Regierung und die Contras in Sapoá ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichneten, in dessen Rahmen ihnen politische Rechte und die Beteiligung an nationalen Friedensverhandlungen garantiert wurden. Darüber hinaus forderten die Contras die Fortsetzung der Zahlungen seitens USAID, woraufhin die Sandinisten auf der Zusammenarbeit von USAID mit der OAS bestanden, um die friedliche Verwendung der Hilfsgelder zu garantieren. Diese Kooperation gestal-

---

<sup>91</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 353

<sup>92</sup> vgl. Child, Jack: *The Central American peace process. 1983-1991: sheathing swords, building confidence*, Boulder, 1992, S. 45ff

<sup>93</sup> vgl. Child, 1992, S.150f, Hartzell, 2002, S. 359

tete sich jedoch schwierig und führte zu Problemen im weiteren Friedenskonsolidierungsprozess. Trotz anfänglichen Optimismus bezüglich der Verhandlungen zwischen den nicaraguanischen Konfliktparteien, „Sapoá marked the beginning of the end of the Nicaraguan civil war and of U.S. support to the Contras“<sup>94</sup>, kam der Prozess nach wenigen Monaten zum Erliegen und die Verletzungen der Waffenruhe mehrten sich.<sup>95</sup>

Doch 1989 gab es Bewegung beim Esquipulas-Prozess, der vom Regierungswechsel in Washington und der wachsenden Kriegsmüdigkeit in Zentralamerika begünstigt wurde. Die fünf zentralamerikanischen Außenminister vereinbarten ein Treffen mit dem UN-Generalsekretär, bei dem sie ihn um die Einrichtung einer technischen Hilfsgruppe baten, „to help them devise a means to verify the transborder security elements of Esquipulas II“<sup>96</sup>. Diese Gruppe bestand aus kanadischen, spanischen, deutschen und venezolanischen Truppenkontingenten plus den Repräsentanten der Generalsekretäre von UN und OAS und war der Vorläufer von ONUCA. Nachdem die zentralamerikanischen Staaten ihr Interesse an einem UN-Friedenseinsatz gezeigt und diesem Willen im Tesoro Beach Agreement Ausdruck verliehen hatten, konnte die UN mit der Planung des Einsatzes beginnen und die weitere Entwicklung erfolgte Schlag auf Schlag. Der UN-Plan für eine 160 Mann starke Truppe, welche die Einstellung der Hilfgelder an die Rebellen in der Region überwachen sollte, wurde von den zentralamerikanischen Ländern angenommen. Der Grund, warum Nicaragua diesen Plan unterstützte war, „that they perceived that UN involvement was the only way to get the United States and Honduras to accept Contra demobilization“<sup>97</sup>. Beim nächsten Treffen vereinbarte die Exekutiv-Kommission bereits, dass UN und OAS die volle Verantwortung für die freiwillige Auflösung der Contras übernehmen sollten, was zur Verabschiedung des Tela-Abkommens führte. Darin blieb es jedoch unklar, wie die Demobilisierung vonstatten gehen sollte und die Contras fühlten sich von den Verhandlungen übergangen.<sup>98</sup> Dennoch kann Tela als wichtiger Schritt bei der Befriedung der Region angesehen werden, da es neben Auflösung der Contras zum ersten Mal auch einen konstruktiven Dialog zwischen der Regierung von El Salvador und der FMLN-Guerilla forderte.<sup>99</sup>

Als Gegenleistung für die Schließung der Contra-Basen in Honduras, verlegte Präsident Ortega die Wahlen in Nicaragua auf Februar 1990 vor und stimmte einer internationalen Wahlüberwachung zu; wobei vorhergehende Wahlen bereits überwacht und von den internationalen Beobachtern übereinstimmend als sauber bewertet wurden.<sup>100</sup> Im Zuge der Wahlvorbereitungen wurden vom Präsidenten Gespräche mit den Oppositionsparteien geführt, die die Verabschiedung eines Übereinkommens zur Folge hatten, in welchem den gegnerischen

---

<sup>94</sup> Child, 1992, S. 54

<sup>95</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 362

<sup>96</sup> Hartzell, 2002, S. 363

<sup>97</sup> Child, 1992, S. 66

<sup>98</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 364

<sup>99</sup> vgl. Child, 1992, S. 70

<sup>100</sup> vgl. Serra Vázquez, 1998, S. 191, Niebling, 1992, S. 78

Parteien faire und sichere Wahlen garantiert wurden. Da die Contras nicht als politische Partei zu den Wahlen antraten, verabschiedeten sich manche ihrer Anführer, um daran teilnehmen zu können. So verblieben die Contras ohne eine fähige politische Spitze und ohne die militärische Unterstützung aus den USA in einer ziemlich unbequemen Position. Präsident Bush konnte im Kongress jedoch die Zahlung von fast 50 Millionen US-Dollar als „humanitarian funding“ für die Contras durchsetzen.<sup>101</sup>

Nachdem der UN-Generalsekretär eine Aufklärungsmission nach Zentralamerika geschickt hatte, empfahl er dem Sicherheitsrat die Entsendung einer UN Observer Group in die Region. Der Sicherheitsrat folgte dieser Empfehlung und beschloss die Einrichtung von ONUCA in der Resolution 644 im November 1989. Neben ONUCA verständigten sich die zentralamerikanischen Präsidenten im Tela-Abkommen auch auf die Einrichtung einer neuen CIAV, die geleitet von der UN und OAS in Zusammenarbeit mit den Regierungen und internationalen Organisation die Demobilisierung und Umsiedlung der Contras erleichtern sollte.<sup>102</sup>

Da die Mandate von ONUCA und CIAV relativ eng gefasst waren, also keinerlei Regelungen zur innerstaatlichen Friedenskonsolidierung beinhalteten, und die Demobilisierung der Contra auf freiwilliger Basis erfolgen sollte, bedurfte es im Anschluss an den erfolgreichen Esquipulas-Prozess noch weiterer Abkommen auf nationaler Ebene zur Etablierung und Sicherung des Friedens in Nicaragua.

Zum ersten Abkommen kam es nach dem überraschenden Sieg des Parteibündnisses UNO<sup>103</sup> bei den Wahlen 1990. Doch trotz ihres Sieges betrieb die neue Präsidentin Chamorro eine inklusive Politik gegenüber der sandinistischen Opposition, da ohne die weiterhin mächtige FSLN der Frieden nicht möglich gewesen wäre. Im Anschluss an die Wahlen verhandelten die neue und scheidende Regierung daher die Modalitäten der Machtübergabe, wobei die Sandinisten auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der nicaraguanischen Politik spielen sollten.<sup>104</sup>

Im Folgenden weigerten sich die Contras zu demobilisieren, solange die Sandinisten Gewalt über die Streitkräfte hatten und ihre Sicherheit nicht garantiert werden konnte. Dies führte zu Verhandlungen zwischen der scheidenden Regierung Nicaraguas, Präsidentin Chamorro und der UN, in deren Anschluss das ONUCA - Mandat erweitert wurde. Der Sicherheitsrat bewilligte die Ergänzung ONUCAs um bewaffnetes Personal zur Gewährung der Sicherheit der Contras, aber auch um ihren Widerstand zu brechen. Letzteres gelang nicht, was weitere Unterredungen notwendig machte, diesmal jedoch mit der Partizipation der Contras. Erst nach einer zweiten Erweiterung des UN-Mandats, wiederholten Absprachen mit der Contra-

---

<sup>101</sup> vgl. Child, 1992, S. 68, Hartzell, 2002, S. 364

<sup>102</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 366

<sup>103</sup> Die UNO (Unión Nacional Opositora) setzte sich aus 14 kleinen Parteien zusammen, die allein durch ihre anti-sandinistische Einstellung vereint wurden. Im Wahlkampf wurde das Bündnis von der US-amerikanischen Regierung unterstützt.

<sup>104</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 368

Führung und der Zusicherung finanzieller Hilfsleistungen an alle demobilisierten Kämpfer von Seiten der Regierung, konnte die Demobilisierung nach einem halben Jahr endlich vollzogen werden.<sup>105</sup>

Auf die eigentlichen Verhandlungen zwischen der FSLN und Chamorro sowie auf den Demobilisierungsprozess soll in Kapitel 4 genauer eingegangen werden. Nun werden erst der Konfliktverlauf und die Beendigung des Bürgerkrieges in El Salvador dargestellt.

### 3.2 El Salvador

Das folgende Kapitel fragt nach den Ursachen für den Bürgerkrieg in El Salvador, stellt den Konfliktverlauf und anschließend die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der FMLN-Guerilla dar. Dabei sollen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zu den Geschehnissen in Nicaragua herausgearbeitet werden.

#### 3.2.1 Der Bürgerkrieg von 1981 bis 1992

Die Ursprünge für den Ausbruch des Bürgerkrieges in den 80er Jahren liegen in der jahrzehntelangen Geschichte von politischer und sozialer Unterdrückung sowie ökonomischer Ausbeutung begründet, was den Zugang der Massen zu politischer Partizipation aber auch zu staatlichen Dienstleistungen wie dem Schul- und Gesundheitssystem verwehrte. Doch anders als in Nicaragua wurde die Herrschaft nicht von einer patrimonialen Diktatur ausgeübt, sondern von einem institutionalisierten Militärregime, das in Allianz mit den Großgrundbesitzern die Kontrolle über die Bevölkerung hatte. Diese Kooperation entwickelte sich in den 30er Jahren, nachdem ein kommunistisch motivierter Bauernaufstand 1932 mit massiver Gewalt durch die Nationalgarde, bekannt als „la matanza“<sup>106</sup>, unterdrückt wurde.

„The oligarchic landowners, constantly afraid of another peasant insurrection, allowed the military to retain the reins of the government while they maintained their economic and social power.“<sup>107</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen der militärischen und ökonomischen Elite sicherte das Fortbestehen des autoritären Regimes und die Unterdrückung der Bevölkerung durch einen wachsenden Staatsapparat, wobei es immer wieder Versuche gab, die Macht der Militärs durch Staatstriebe oder Wahlen zu brechen. Doch trotz zahlreicher politischer Krisen gelang es den Eliten, durch Wahlbetrug oder erhöhte Repression eine grundlegende Änderung des Systems zu verhindern. Um den Anschein von Demokratie zu wahren, erlaubte die von

<sup>105</sup> vgl. Hartzell, 2002, S. 371f

<sup>106</sup> In Übersetzung aus dem Spanischen etwa: das Gemetzel. Dabei wurde auch der Mitbegründer und Anführer der kommunistischen Partei, Augustin Farabundo Martí, getötet. Genauso wie Sandino für die FSLN wird Martí später zur Galionsfigur der, in den 80er Jahren gegründeten Widerstandspartei FMLN.

<sup>107</sup> Torres-Rivas, Edelberto: Insurrection and civil war in El Salvador, in: Doyle, Michael W., Johnstone, Ian, Orr, Robert C. (Hrsg.): Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador, Cambridge, 1997, S. 211

Militärs kontrollierte Partei PRUD, später PCN, den Christdemokraten (PDC) den Gewinn einiger Parlamentssitze, stellte bis 1979 jedoch alle Präsidenten.<sup>108</sup>

Die andauernde politische Exklusion der oppositionellen Bewegungen, die brutale Unterdrückung Andersdenkender durch die Regierung und das regionale Aufkommen von Guerillas führte in den 70er Jahren zur Radikalisierung der Protestbewegungen. Diese waren vielfältig und reichten vom sozialdemokratischen Movimiento Nacional Revolucionario (MNR) bis zur militärischen Jugend (Juventud Militar). „As political mobilization continued, repression escalated from intimidation to the arbitrary detention and torture (...) to assassination.“<sup>109</sup> Die wachsende Gewaltbereitschaft des Staates hatte die Vereinigung der unterschiedlichen Kräfte zu einem gemeinsamen Oppositionsbündnis zur Folge, „das in Militärkreisen manchen unangenehm an die klassenübergreifende Oppositionsbewegung in Nicaragua erinnern mochte“<sup>110</sup>. Diesem Bündnis gelang 1979 der Sturz der Regierung und die Etablierung einer Junta, die neben den jungen Offizieren auch Kommunisten und Zivilisten ins Kabinett mit einschloss. Damit war die alleinige Vorherrschaft des Militärs in der Politik nach knapp fünfzig Jahren gebrochen und der Weg für ein neues politisches System war frei.<sup>111</sup>

Mit dem ersten geglückten Putschversuch war der Wandel jedoch noch nicht vollzogen, da die reformwilligen Militärs nicht die Mehrheit in den eigenen Reihen stellten und die zivilpolitischen Kräfte noch nicht stark genug waren, alleine die Macht zu übernehmen. So brach die militärisch-zivile Koalition nach nur drei Monaten wieder auseinander, da die konservative Militärfraktion sich weigerte, die vereinbarten Reformen durchzuführen. Nach dem Zusammenbruch der ersten Regierungsjunta verständigten sich das konservative Militär und die Christdemokraten auf die Einrichtung einer zweiten und kurz darauf einer dritten, während sich die übrigen zivilen Kräfte zur FDR (Frente Democrático Revolucionario) zusammenschlossen und sich mit der FMLN-Guerilla verbündeten. Angesichts der erfolgreichen sandinistischen Revolution, waren die salvadorianischen Revolutionskräfte mehr denn je davon überzeugt, dass der bewaffnete Kampf den einzigen Weg an die Macht darstellte. Auch die anhaltende Repression durch das Militär schien keinen anderen Ausweg zu bieten.<sup>112</sup> „Given the level of repression in El Salvador, it is not surprising that opposition groups would begin to see violence as their only option for change.“<sup>113</sup>

Nachdem das Gros der zivilen Kräfte aus der Regierungsjunta ausgestiegen war, entwickelten sich vorerst zwei um die politische Macht konkurrierenden Strömungen, einerseits die

<sup>108</sup> vgl. Wood, Elizabeth Jean: Forging democracy from below: insurgent transitions in South Africa and El Salvador, Cambridge, 2000, S. 41

<sup>109</sup> Wood, 2000, S. 44

<sup>110</sup> Gietl, Willibald: „Counterinsurgency“ und Demokratisierung in El Salvador und Guatemala, Ebenhausen, 1987, S. 41

<sup>111</sup> vgl. Gonzáles, Luis Armando: Estado, sociedad y economía en El Salvador (1880-1999), in: Ders./Cardenal, Rodolfo (Hrsg.): El Salvador: la transición y sus problemas, San Salvador, 2004, S. 40

<sup>112</sup> vgl. Torres-Rivas, 1997, S. 218f

<sup>113</sup> Miller, Andrew P.: Military disengagement and democratic consolidation in post-military regimes: the case of El Salvador, Lewiston, 2006, S. 35

PDC, welche mit dem Militär koalierte und von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Andererseits die Aufständischen, die sich unter der Führung von FMLN-FDR versammelt hatten. Im Laufe der 80er Jahre entsteht eine neue rechte Partei, ARENA (Alianza Republicana Nacionalista), der es 1989 gelingt, die Präsidentschaftswahlen für sich zu entscheiden.<sup>114</sup>

Nach dem Fall Somozas bereitete sich jedoch nicht nur die Guerilla auf den bewaffneten Widerstand vor, auch das Militär „prepared itself for a strategy of total annihilation“<sup>115</sup>. Die Situation schaukelte sich immer weiter auf, als Erzbischof Romero – Anführer des christlichen Widerstands - getötet wurde und bei seinem Begräbnis friedliche Demonstranten von der Armee angegriffen wurden. In Folge von Generalstreiks und weiteren Demonstrationen schreckte das Militär auch vor brutalen Aktionen nicht zurück, bei denen Frauen und Kinder umgebracht wurden. Das Versagen der an der Regierung beteiligten PDC, die Reaktion des Militärs zu zügeln und die Todesschwadronen abzuschaffen, kostete das Regime die Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Die Repression des Militärs vertiefte die Polarisierung der Gesellschaft und führte zur Stärkung und Einigung der Opposition: 1980 schlossen sich die fünf Guerillaverbände in der FMLN zusammen. Im Jahr 1981 erfolgte der erste Generalangriff der FMLN gegen die Luftwaffe, was den Beginn des Bürgerkriegs einläutete. Wobei angemerkt werden muss, dass die Guerilla bereits seit 1979 vor allem in den Städten Entführungen und Morde praktizierte.<sup>116</sup>

Genauso wie im Contra-Krieg spielten die USA auch in El Salvador eine entscheidende Rolle im Verlauf des Konflikts. Die Gründe für die Unterstützung der salvadorianischen Regierung im Kampf gegen die FMLN waren ganz ähnlich gelagert wie bei der Finanzierung der Contras in Nicaragua. Aufgrund des kalten Krieges war die Unterstützung anti-kommunistischer Kräfte ein integraler Bestandteil der US-amerikanischen Außenpolitik. Es wurde erneut von einer Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA gesprochen, wenn es nicht gelingen sollte die Revolution in El Salvador zu vereiteln und die Kommunisten sich über ganz Zentralamerika ausbreiten würden: „If Central American forces allied with the Soviet Union and hostile to the U.S. gained control of Central America, our national security would be threatened in a very real sense.“<sup>117</sup> Um dies zu verhindern, wurde die salvadorianische Regierung massiv von den USA unterstützt - die finanziellen Leistungen „rose from \$6 million in 1980 to \$35 million in 1981 to \$197 in 1984“<sup>118</sup>

Daneben übernahmen die USA das Training der staatlichen Truppen an einer US-amerikanischen Militärschule, der USARSA (United States Army School of the Americas).

---

<sup>114</sup> vgl. Gonzales, 2004, S. 41

<sup>115</sup> Torres-Rivas, 1997, S. 218

<sup>116</sup> vgl. Torres-Rivas, 1997, S.221, Wood, 2000, S. 49

<sup>117</sup> Roger, Reed: El Salvador and the crisis in Central America, Washington D.C., 1983, S. 21

<sup>118</sup> vgl. Call, Charles T.: Assessing El Salvador's Transition from Civil War to Peace, in: Stedman, Stephen J., Rothchild, Donald S., Cousens, Elizabeth M. (Hrsg.): Ending civil wars: the implementation of peace agreements, Boulder, 2002, S. 386

Die an dieser Schule trainierten Offiziere und Soldaten begingen im Laufe des Bürgerkrieges einige grausame Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, was die „American Cold War policy of the defeat of communism at all costs“<sup>119</sup> gut veranschaulicht. Auch zahlreiches militärisches Equipment stellten die USA für den Krieg zur Verfügung. All diese Hilfsmaßnahmen trugen dazu bei, dass die salvadorianische Regierung an der Macht bleiben konnte und den Krieg gegen die, von der Bevölkerung unterstützte FMLN nicht verlor.

Auf der anderen Seite forderten die Vereinigten Staaten Reformen des politischen Systems von der Regierung El Salvadors, „to make support for repressive regimes more appealing to the American public as well as the rest of the world.“<sup>120</sup> Aufgrund des wachsenden internationalen, wie auch nationalen Drucks angesichts der Menschenrechtssituation im Bürgerkrieg, sah sich die US-Regierung gezwungen, Bedingungen für die weitere Unterstützung des salvadorianischen Regimes zu stellen. Durch politischen Druck überzeugten die USA das Militär davon, sich 1982 freien Wahlen zu stellen, um die Legitimation der aufständischen FMLN zu untergraben und sich die Hilfszahlungen zu sichern. Daraufhin zog die rechte Partei ARENA ins Parlament ein, die erst ein Jahr vorher von Teilen des Militärs und einigen Unternehmern gegründet wurde.<sup>121</sup> Die ersten freien Präsidentschaftswahlen folgten im Jahr 1984, aus denen der von den USA unterstützte Kandidat Duarte von der PDC siegreich hervorging. FMLN boykottierte die Wahlen, da sie weiterhin an einen militärischen Sieg glaubte. Dabei zeichnete sich ab Mitte der 80er Jahre immer deutlicher eine Pattsituation zwischen den kämpfenden Truppen ab, die von Seiten der FMLN unter anderem durch Zusammenarbeit mit der ländlichen Bevölkerung ermöglicht wurde, den Konflikt jedoch weiter in die Länge zog.<sup>122</sup>

Zum Ende des Jahrzehnts nahm der Rückhalt in der Bevölkerung für die FMLN jedoch stetig ab, Kriegsmüdigkeit machte sich breit. Es scheiterten jedoch mehrere Versuche des Präsidenten Duarte in Friedensverhandlungen mit der Guerilla zu treten, da die ökonomische und militärische Elite, genauso wenig wie die USA bereit waren, Zugeständnisse an die FMLN zu machen.<sup>123</sup> Neben dem Krieg erschütterte eine ökonomische Krise das Land, die El Salvador finanziell völlig von den USA abhängig machte und die Stärkung der rechten ARENA auf Kosten der Regierung Duarte vorantrieb.<sup>124</sup>

Die Unfähigkeit Duartes für Frieden und Wohlstand zu sorgen führte im Jahr 1988 dazu, dass ARENA erst die Parlamentsmehrheit erreichte und im folgenden Jahr auch die Präsidentschaftswahlen mit Alfredo Cristiani gewann. Der Kandidat Cristiani machte die Partei attraktiver für die städtische Mittelschicht und propagierte im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem ehemaligen Offizier D'Aubuisson, nicht nur den Kampf gegen den Kommunismus,

---

<sup>119</sup> Miller, 2006, S. 41

<sup>120</sup> ebd.

<sup>121</sup> vgl. Torres-Rivas, 1997, S. 222f

<sup>122</sup> vgl. Wood, 2000, S. 50

<sup>123</sup> vgl. Call, 2002, S. 387

<sup>124</sup> vgl. Envio Team: Movimiento popular: una nueva situación, in: Envio, Nr. 69, 1987. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/514>

sondern vor allem eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Dies sicherte ihm die Unterstützung der USA und den Rückhalt der nationalen ökonomischen Eliten. Für eine prosperierende Wirtschaft war die Beendigung des Krieges eine wichtige Voraussetzung, weshalb sich Cristiani, trotz teilweisen Widerstands in der eigenen Partei, für Verhandlungen mit der FMLN einsetzte.<sup>125</sup>

Neben dem Machtwechsel in El Salvador, trug auch der Machtwechsel in Washington dazu bei, dass eine neue Atmosphäre geschaffen wurde, in der Friedensverhandlungen wahrscheinlicher waren. Die Bush-Regierung signalisierte das Ende US-amerikanischer Militärhilfe an El Salvador, als sechs Jesuiten und zwei ihrer Haushälterinnen von einer salvadorianischen Eliteeinheit getötet wurden, und zeigte sich bereit für Friedensgespräche. Das Ende des Kalten Krieges entzog der FMLN die ideologische Grundlage für die Verfechtung ihrer kommunistischen Ziele. Daneben sorgte die Abwahl der Sandinisten in Nicaragua für Enttäuschung bei den salvadorianischen Revolutionären. Ein weiteres Ereignis zwang auch die radikalen Guerilleros zur Einsicht, dass die Friedensverhandlungen der einzige Weg zum Ende des Krieges waren: Bei einem entscheidenden Angriff auf die Hauptstadt San Salvador, bei dem FMLN ihre militärische Stärke präsentieren konnte, blieb die Unterstützung durch die armen Bevölkerungsschichten der Stadt aus. „This came as a bitter disappointment to the rebels, who had hoped for a classic revolutionary triumph over the government's armed forces.“<sup>126</sup>

Anders als in Nicaragua, wo die überraschende Wahlniederlage der Sandinisten der entscheidende Grund für die Beendigung des Krieges war, war es in El Salvador die Koinzidenz mehrerer Faktoren, die den Weg für den Frieden eröffnete. Einerseits sorgten das militärische Patt und der wachsende Ruf der Bevölkerung nach Frieden für die steigende Attraktivität einer verhandelten Kriegslösung, andererseits war aber auch eine Reihe externer Faktoren dafür verantwortlich, dass der langjährige Konflikt schließlich mit einem Friedensabkommen beendet wurde.

### 3.2.2 Die Friedensverhandlungen und das Abkommen von Chapultepec

Die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung El Salvadors und der FMLN, an denen auch die Vereinten Nationen teilnahmen, waren langwierig und bestand aus sieben aufeinander folgenden Abkommen, die im Zeitraum von zwei Jahren den „procedural, constitutional, and institutional“<sup>127</sup> Rahmen für das Abschlussdokument festlegten. Dieses wurde im Januar 1992 in Chapultepec unterzeichnet.

Die einzelnen Abkommen waren jedoch nicht direkt aufeinander abgestimmt, sondern ergaben sich eher spontan aus den Verhandlungen. Überhaupt war der ganze Verhandlungspro-

<sup>125</sup> vgl. Wood, 2000, S.73f, Torres-Rivas, 1997, S. 225

<sup>126</sup> Zamora, Rubén: Democdratic transition or modernization? The case of El Salvador since 1979, in: Domínguez, Jorge I., Lindenber, Marc (Hrsg): Democratic transitions in Central America, Gainesville, 1997, S. 174

<sup>127</sup> Wood, 2000, S. 82

zess offen und keinem festen Zeitplan unterworfen, wenngleich sich im Laufe der Gespräche einige Stichtage (Deadlines) ergaben, die den Prozess beschleunigten. Die Parteien konnten so nach und nach Vertrauen ineinander fassen und allmählich zu den heiklen Themen fortschreiten, ohne dass sie von den Vermittlern zur Behandlung bestimmter Fragen gedrängt wurden.<sup>128</sup>

Während des gesamten Verhandlungszeitraums legte die FMLN den Schwerpunkt auf die Regelung der politischen und militärischen Gesichtspunkte der Kriegsbeendigung. Dabei war die Veränderung des ökonomischen Systems eines ihrer wichtigsten Anliegen im Laufe des Krieges gewesen. „The *only* (sic!) socioeconomic proposal put forth addressed the needs of the demobilized combatants.“<sup>129</sup> Eine solche Gestaltung der Friedensgespräche spiegelte die veränderten Prioritäten der Guerilla wider, die sich nun überwiegend um die eigene Sicherheitslage in der Nachkriegszeit sorgte und weniger um die Interessen der armen Bevölkerungsschichten, um dererwillen der Krieg begonnen wurde.<sup>130</sup>

Im Vorfeld der eigentlichen Friedensverhandlungen zwischen den konkurrierenden Parteien in El Salvador waren die Entwicklungen des regionalen Friedensprozesses im Anschluss an das Esquipulas II Abkommen von Bedeutung. Die Behandlung des nicaraguanischen Contra-Krieges durch die zentralamerikanischen Präsidenten und die fruchtbare Zusammenarbeit mit der UN und OAS weckte Hoffnung für die Lösung des salvadorianischen Bürgerkrieges. Direkt wurde der Konflikt im Tela Abkommen angesprochen, das 1989 bereits unter der Regierung Cristiani unterzeichnet wurde. Darin werden unter Kapitel III die Gegner dazu aufgerufen in einen konstruktiven Dialog miteinander zu treten, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.<sup>131</sup> Daraufhin trafen sich die salvadorianische Regierung und die FMLN zu Gesprächen in Mexico City, wo sie sich auf die Einbeziehung internationaler Beobachter in die Friedensverhandlungen verständigten und damit den Grundstein für den späteren Einsatz von ONUSAL legten. Die Verhandlungen wurden jedoch ausgesetzt, als die FMLN ihren Angriff auf San Salvador startete.<sup>132</sup> Dies geschah sowohl, weil noch nicht alle Guerilleros die Hoffnung auf einen militärischen Sieg aufgegeben hatten, als auch um ihre Verhandlungsposition gegenüber der Regierung zu stärken.

Die Friedensverhandlungen schienen für beide Konfliktparteien unumgänglich, als die Kampfhandlungen in San Salvador die Unfähigkeit beider Parteien, einen militärischen Sieg zu erringen, erneut bestätigten. Im Anschluss daran wandten sich die fünf zentralamerikanischen Präsidenten an die Vereinten Nationen mit der Bitte, als Vermittler zwischen den Konfliktparteien aufzutreten. Die FMLN richtete sich einzeln mit dem gleichen Anliegen an die

<sup>128</sup> vgl. LeVine, Mark: Peacemaking in El Salvador, in: Doyle, Michael W., Johnstone, Ian, Orr, Robert C. (Hrsg.): Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador, Cambridge, 1997, S. 228

<sup>129</sup> Wood, 2000, S. 83

<sup>130</sup> Dies ist laut Perthes, 2000, S. 454 nicht außergewöhnlich für Friedensverhandlungen bei innerstaatlichen Konflikten.

<sup>131</sup> vgl. Tela Abkommen, S. 5. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/600>

<sup>132</sup> vgl. Child, 1992, S. 74

UN; selbst Regierungsmitglieder der USA und Sowjetunion unterstützten den Vorschlag in einem Brief. Diese Bemühungen führten im April 1990 schließlich dazu, dass der damalige Generalsekretär Perez de Cuellar die Vermittlerrolle der Vereinten Nationen für die Friedensverhandlungen zusicherte und die Gespräche in Genf offiziell beginnen konnten. Für die UN trat außerdem Alvaro de Soto als Sonderbeauftragter in dieser Sache auf.<sup>133</sup>

Die Verhandlungen in Genf führten zu einem ersten Abkommen zwischen den beiden Konfliktparteien, das die UN mit einer wichtigen Rolle für den weiteren Verlauf der Gespräche betraute: der Verifizierung aller folgenden Übereinkommen. „This marked a new high in UN involvement in the region over the course of seven years.“<sup>134</sup> Bereits im Mai wurde beim nächsten Treffen die Agenda von Caracas verabschiedet. Die Agenda sollte die Reihenfolge der zu behandelnden Themen festlegen, wurde jedoch im Folgenden mehrmals abgeändert. Ein wichtiger Schritt im Verhandlungsprozess war das folgende Übereinkommen von San Jose, da es erstmals die Bereitschaft der Kontrahenten offenbarte, Zugeständnisse zu machen. Das Übereinkommen behandelte den grundlegenden Themenschwerpunkt der Menschenrechte und begründete den Einsatz von ONUSAL noch vor dem abschließenden Friedensvertrag. Die UN-Mission sollte die Beachtung der Menschenrechte von beiden Seiten überprüfen und betrat damit neues Terrain im Rahmen der Friedenseinsätze.<sup>135</sup>

Nach etlichen Monaten ergebnisloser Gespräche konnte im April 1991 eine Einigung über so wichtige Fragen wie die Reform der staatlichen Truppen und ihre Trennung von der Polizei sowie die Einrichtung einer Wahrheitskommission erzielt werden. Die Wahrheitskommission sollte sich mit Menschenrechtsverbrechen befassen, die seit 1980 von der Guerilla und der salvadorianischen Armee begangen wurden und deren Aufdeckung von öffentlichem Interesse ist.<sup>136</sup>

Nachdem der Prozess daraufhin erneut ins Stocken kam und erst eine Umgestaltung der Caracas Agenda erfolgen musste, konnte im September 1991 das New York Abkommen unterzeichnet werden. Darin verständigten sich die Parteien auf die Einrichtung von COPAZ (Comisión Nacional para la Consolidación de la Paz), die aus

“two representatives of the Government, including a member of the armed forces, two representatives of FMLN and one representative of each of the parties or coalitions represented in the Legislative Assembly”<sup>137</sup>

bestehen und neben ONUSAL auf nationaler Ebene die Implementierung der Friedensabkommen überwachen sollte. Das war der erste Schritt für die Einbindung der FMLN in den

<sup>133</sup> vgl. Call, 2002, S. 388

<sup>134</sup> LeVine, 1997, S. 233

<sup>135</sup> Denn es ging dabei nicht um die Überwachung eines Waffenstillstands zwischen zwei Konfliktparteien, sondern um die Kontrolle ihres Handelns bezüglich der Menschenrechte auf dem Gebiet eines souveränen Staates. vgl. Wood, 2000, S. 83

<sup>136</sup> Die Trennung von Militär und Polizei beinhaltete auch die Errichtung einer neuen „National Civil Police“, die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zuständig war. Armee und Polizei sollten fortan unter zivile Kontrolle gestellt werden und verschiedenen Ministerien zugeordnet sein. Daneben sollte die Judikative gestärkt und ein neues Wahlrechtstribunal eingerichtet werden. vgl. Mexico Agreements. In:

[http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_04271991\\_mexico.html#2](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_04271991_mexico.html#2)

<sup>137</sup> New York Agreement. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_09251991\\_ny.html](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_09251991_ny.html)

politischen Prozess des Landes. Daneben wurden die Themen Militär und Polizei wieder aufgegriffen und eine Verkleinerung der Truppenstärke, die „disbandment of the National Guard and the Treasury Police“ sowie ein „process of purification of the armed forces“<sup>138</sup> durch eine Ad-hoc-Kommission beschlossen. In einem geheimen Zusatz verständigten sich die Kontrahenten darauf, dass je ein Fünftel der neuen Polizei aus ehemaligen Guerillas und Polizisten bestehen würde.<sup>139</sup> Außerdem wurde zum ersten Mal das Thema der Landverteilung angesprochen, wobei die FMLN den verfassungsrechtlichen Rahmen akzeptierte.<sup>140</sup> Die noch ausstehende Regelung des Waffenstillstands und anderer Details konnte nur aufgrund des nahenden Endes der Amtszeit des damaligen Generalsekretärs erreicht werden, durch dessen persönliches Engagement der Verhandlungsprozess vorangetrieben wurde. „Everyone understood that Perez de Cuellar’s retirement would be a major set back if an agreement was not reached by December 31, his last day in office.“<sup>141</sup> Die Anwesenheit des salvadorianischen Präsidenten Cristiani erhöhte die Glaubwürdigkeit des Friedensabkommens, das schließlich kurz vor Mitternacht unterzeichnet wurde. Darin heißt es, dass die Parteien

„reached definitive agreements which, combined with those previously signed at San José, Mexico City and New York, complete the negotiations on all substantive items (...). Their implementation will put a final end to the Salvadorian armed conflict.“

Der Waffenstillstand sollte am 1. Februar 1992 einsetzen und der endgültige Friedensvertrag am 16. Januar in Mexico City unterschrieben werden.<sup>142</sup>

Der Friedensvertrag von Chapultepec umfasst alle vorhergehenden Abkommen, wobei die politischen und militärischen Reformen jeweils detailliert behandelt werden, die sozioökonomischen Themen bleiben hingegen wage und führen zu Schwierigkeiten im weiteren Friedensprozess. Eine Neuerung war der genaue Zeitplan, der die einzelnen Schritte der Demobilisierung in Bezug zueinander setzte und so Aktionen von beiden Seiten für die Fortsetzung des Prozesses erforderlich machte. „For example, the National Guard and Treasury Police were to be abolished before the first 20 percent of the FMLN guerillas were to demobilize.“<sup>143</sup> Dies sollte den Parteien Sicherheit bieten, von den anderen nicht ausgenutzt zu werden.

### 3.3 Fazit

Die Betrachtung der neueren Geschichte der beiden Länder offenbarte, dass die Gründe für die Genese der Umsturzbewegungen in den 70er Jahren ähnlich in der politischen Repression und der ökonomischen Situation weiter Bevölkerungsschichten zu finden waren. Doch

<sup>138</sup> ebd.

<sup>139</sup> Vgl. Wood, 2000, S. 86

<sup>140</sup> Danach sollten staatliche und private Ländereien, die größer als 245ha waren, für Bauern und kleine Farmer zur Verfügung gestellt werden, auch sollte ein „forum for economic and social accommodation“ eingerichtet werden, vgl. New York Agreement

<sup>141</sup> LeVine, 1997, S. 243

<sup>142</sup> New York Act. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_12311991\\_nyact.html](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_12311991_nyact.html)

<sup>143</sup> Wood, 2000, S. 90

während in Nicaragua die bewaffnete Revolution 1979 zur Etablierung eines neuen Regimes führte, konnten die Aufständischen in El Salvador keinen schnellen Sieg verbuchen, sondern kämpften in einem langjährigen Bürgerkrieg gegen die Regierungstruppen. Den Sandinisten blieb es jedoch ebenfalls verwehrt, ihre Vorstellung von einem gerechten Staat zu verwirklichen, da sie ab 1982 in den Contra-Krieg verwickelt wurden und Nicaragua daraufhin in eine schwere Wirtschaftskrise stürzte.<sup>144</sup>

Der Konfliktverlauf war in beiden Ländern vom Einfluss der USA gekennzeichnet. Die Reagan-Regierung war darauf aus, die kommunistische Bedrohung in ihrem „Hinterhof“ einzudämmen und unterstützte daher einerseits die Contras, um die Sandinisten in Managua zu stürzen, andererseits finanzierte sie den Krieg der salvadorianischen Regierung gegen die FMLN. Da ein schneller Sieg in keinem der beiden Staaten erzielt werden konnte, wurden die Kriege nach einem sich abzeichnenden Patt auf der Ebene niedriger Intensität fortgeführt und auf diese Weise in die Länge gezogen. Der Machtwechsel in Washington führte zu einer Änderung der US-amerikanischen Außenpolitik und begünstigte die friedliche Lösung der Konflikte. Ebenso trug das Ende des Kalten Krieges wesentlich dazu bei, dass die beiden Auseinandersetzungen ihrer ideologischen Rechtfertigung beraubt wurden.

Ansonsten waren die Bedingungen für Friedensverhandlungen in beiden Ländern anders gelagert. Während dem Friedensprozess in Nicaragua die regionalen Bemühungen im Rahmen von Esquipulas vorgelagert waren, die zur Einstellung der Hilfszahlungen an die Contra und zur Abhaltung freier Wahlen führten, in deren Folge die Sandinisten abgewählt wurden. An den Friedensverhandlungen nahmen dann auch nicht die eigentlichen Konfliktparteien teil, vielmehr schloss die neue Regierung jeweils einzelne Abkommen mit der FSLN, welche die Machtübergabe regelten, und mit den Contras, die sich mit der Demobilisierung befassten. Dabei war die Verhandlungsposition der Contra aufgrund ihres militärischen Versagens und des politischen Siegs der Opposition geschwächt, da oberflächlich von der Erfüllung ihrer Ziele – dem Sturz der Sandinisten ausgegangen werden konnte. Jedoch war die FSLN noch stark in Militär und Polizei vertreten, und die Regierung Chamorro kümmerte sich nur mäßig um die Bedürfnisse der ehemaligen Kombattanten.

In El Salvador begegneten sich die Konfliktparteien etwa auf gleicher Augenhöhe, da ein militärischer Sieg aufgrund der Pattsituation unwahrscheinlich war und die Unterstützung für beide Seiten schwand. Nach dem Amtsantritt von George Bush war keine Militärhilfe für die Regierungstruppen mehr geplant, andererseits waren die FMLN-freundlichen Sandinisten nicht mehr an der Macht und auch Cuba hatte nach dem Ende der Sowjetunion mit eigenen Problemen zu kämpfen. Somit sahen sich die Kontrahenten gezwungen, unter der Ägide der Vereinten Nationen Friedensverhandlungen aufzunehmen. Diese verliefen ganz anders als

---

<sup>144</sup> Die begonnenen Sozialreformen mussten infolge der hohen Verteidigungsausgaben zurückgefahren werden, wobei einige Programme wie die Alphabetisierungskampagne der Regierung oder die Verfassungsreform von 1987 von Erfolg gekrönt waren und positive Auswirkungen auf die nicaraguanische Gesellschaft hatten. Vgl. Walker, 2003, S. 105ff

in Nicaragua, da es der Guerilla gelungen war, mit dem Angriff auf San Salvador militärische Stärke zu demonstrieren und ihre Forderungen daher nicht übergangen werden konnten. Am Ende der Verhandlungen stand ein detaillierter Friedensvertrag, dessen Implementierung von ONUSAL überwacht werden sollte.

Zwar spielten die Vereinten Nationen auch im Friedensprozess von Nicaragua eine Rolle, doch waren die Aufgaben von ONUCA bei Weitem nicht so vielfältig und ausgedehnt wie bei der salvadorianischen Friedensmission. Nicaragua war in der Nachkriegszeit mehr auf sich selbst gestellt, was im folgenden Kapitel noch ausführlicher betrachtet wird.

#### **4. Vergleich der Friedenskonsolidierung in Nicaragua und El Salvador**

Das Kapitel wird sich mit dem Prozess der sicherheitspolitischen und politischen Friedenskonsolidierung in den Nachkriegsgesellschaften Nicaraguas und El Salvadors beschäftigen. Die einzelnen Maßnahmen werden dabei zunächst nacheinander dargestellt und abschließend in einem Fazit bewertet, in dem auch auf aktuelle Entwicklungen in beiden Ländern eingegangen werden soll.

##### **4.1 Sicherheitspolitische Dimension**

Zuerst soll die Anwendung der sicherheitspolitischen Dimension betrachtet werden, da die Aktionen in diesem Bereich der Friedenskonsolidierung, die allesamt die (Wieder-) Errichtung des staatlichen Gewaltmonopols zum Ziel haben, erst den weiteren Verlauf des Friedensprozesses ermöglichen.

##### **4.1.1 Demobilisierung der staatlichen Armee und der Guerilla**

Im Rahmen der Demobilisierung findet sowohl die Entwaffnung der ehemaligen Kombattanten als auch die Verkleinerung der staatlichen Truppen statt, weshalb auch teilweise den Soldaten ihre Waffen entzogen werden müssen. Dieser Schritt der Friedenskonsolidierung geschah in beiden Ländern unter internationaler Aufsicht und soll im Folgenden analysiert werden.

##### **4.1.1.1 Demobilisierung in Nicaragua unter Aufsicht von ONUCA**

Nach dem Sieg von UNO 1990 forderten die radikalen Anti-Sandinisten die vollständige Auflösung der Armee, die hoch politisiert war und sich den Zielen der Revolution verpflichtet fühlte. Die Auflösung wurde von der Präsidentin jedoch nicht angestrebt, eine erhebliche Reduzierung der Truppen schien hingegen angemessen. So wurde die Verkleinerung der staatlichen Armee, EPS (Ejército Popular Sandinista) im Übergangsprotokoll zwischen den scheidenden Sandinisten und der neuen Regierung vereinbart. Dort heißt es bezüglich der EPS: „Their characteristics and size will be revised in relation to the economic capacity and social needs of the country“<sup>145</sup>. Damit wurde ein Prozess fortgesetzt, der von der FSLN bereits vor dem Ende des Krieges begonnen wurde. In der Folgezeit wurde die Größe der Armee innerhalb von zwei Jahren von 80.000 Soldaten im August 1990 auf 16.000 reduziert, womit sie zur kleinsten in ganz Zentralamerika wurde.<sup>146</sup>

Wie bereits in Kapitel 3.1.2 angesprochen, gestaltete sich die Demobilisierung der Contras schwierig. Da sie weder bei der Unterzeichnung des Tela-Abkommens dabei war, in welchem das Ende der Zahlungen an irreguläre Truppen und ihre Rückführung nach Nicaragua beschlossen wurde, noch an den Verhandlungen zum Übergangsprotokoll nach dem Sieg

<sup>145</sup> Transition Accords, Punkt 2 in: Close, David: Nicaragua: The Chamorro years, Boulder, London, 1999, S. 46

<sup>146</sup> vgl. Close, 1999, S. 102, Monroy García, 2001, S. 123

von UNO teilgenommen hatte, fühlte sich die Guerilla nicht verpflichtet dem Ruf nach ihrer freiwilligen Demobilisierung nachzukommen. Auch der erste Einsatz von ONUCA, der zwar die Grenzkontrolle, die Einstellung der Waffenlieferungen an die Contra und letztlich auch ihre Entwaffnung zum Ziel hatte, jedoch nicht mit den dafür notwendigen Mitteln ausgestattet war, führte nicht zu Fortschritten in der Demobilisierung.<sup>147</sup>

Die Schwierigkeit bei der Demobilisierung der Contra bestand außerdem in der internen Fragmentierung der Widerstandstruppen, die nicht nur durch unterschiedliche Führungen und Ideologien, sondern auch geographisch voneinander getrennt waren. Dies führte dazu, dass „(e)ach of the major group wound up negotiating a separate peace with the Chamorro government“<sup>148</sup> und es schließlich drei Abkommen zwischen der Präsidentin und den einzelnen Einheiten der Contras gab. Danach sollte die Demobilisierung bis zum Juni 1990 vollzogen sein und von ONUCA, deren Mandat vom Sicherheitsrat erweitert wurde, überwacht werden. Nachdem die Präsidentin jedoch ihre wagen Zugeständnisse nicht erfüllt hatte und weiterhin eine inklusive Politik gegenüber der FLSN betrieb, misslang die vorgesehene Entwaffnung der Truppen. Ein weiteres Abkommen musste unterzeichnet werden, in welchem die Regierung der Contra den Rückzug in gesicherte Räume und den Zugang zu Land und Krediten garantierte.<sup>149</sup>

Aufgrund dieser Schwierigkeiten lief der Prozess nur schleppend an und ONUCA konnte ihre Mission auf dem Territorium von Honduras, Costa Rica und Nicaragua erst nach der Unterzeichnung des letzten Abkommens in vollem Ausmaß starten. Dabei sollte sie einem genauen Zeitplan folgen, der das Ende des Einsatzes auf den 10. Juni festlegte. ONUCA wurde bei ihrer Arbeit von einem venezolanischen Bataillon (VENBATT) unterstützt, das mit der Verwaltung und Zerstörung der abgegebenen Ausrüstung beauftragt wurde. Die Contras sollten sich in acht Sicherheitszonen in Nicaragua versammeln, wobei die Truppen aus Honduras unter UN-Aufsicht zurück in die Heimat transportiert wurden. In den Sicherheitszonen garantierten UN-Truppen die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, während die EPS den ehemaligen Kombattanten zusicherte, einen Mindestabstand von 20 Kilometer zu den Zonen zu wahren. Unter diesen Sicherheitsvorkehrungen sollten die Kämpfer „hand in their weapons, ammunition, military matériel and uniforms, and receive a certificate of demobilization“<sup>150</sup>. Die Mission konnte trotz Verspätung Ende Juni abgeschlossen werden, wobei mehr als 22.000 Kombattanten demobilisiert wurden.<sup>151</sup>

Nach der abgeschlossenen Demobilisierung der Contra, kehrte ONUCA wieder zu ihrem ursprünglichen Mandat zurück: der Grenzkontrolle und der Vorbeugung illegaler Waffenliefe-

---

<sup>147</sup> vgl. Wrobel, 1997, S. 18

<sup>148</sup> Spalding, Rose J.: From Low-Intensity War to Low-Intensity Peace: The Nicaraguan Peace Process, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America, Washington D.C., 1999, S. 39

<sup>149</sup> Spalding, 1999, S. 40

<sup>150</sup> Wrobel, 1997, S. 20

<sup>151</sup> Die genauen Angaben schwanken zwischen 22,373 bei Wrobel, 1997, S.21 und 22,413 bei Spalding, 1999, S. 40

rungen in Zentralamerika. Dies war immer noch notwendig, da der Bürgerkrieg in El Salvador nicht beendet war. Als der Friedensvertrag zwischen der salvadorianischen Regierung und der FMLN unterzeichnet war, endete der Einsatz von ONUCA im Januar 1992, wobei der Großteil des Personals in die neue UN- Mission ONUSAL integriert wurde.<sup>152</sup>

Für die weitere Versorgung der demobilisierten Contras war fortan die OAS im Rahmen der CIAV zuständig, deren Arbeit im Abschnitt 4.1.2.1 betrachtet wird.

#### **4.1.1.2 Demobilisierung unter Aufsicht der ONUSAL in El Salvador**

Das Tätigkeitsfeld der ONUSAL in El Salvador war, im Gegensatz zum begrenzten Mandat ONUCAs, von Anfang an breiter angelegt; ONUSAL war eine „multi-functional peacekeeping operation“<sup>153</sup>, die von den Konfliktparteien im Rahmen des Friedensvertrages mit einer Reihe von Aufgaben betraut wurde, unter anderem der „supervision of the demobilization, disarming and reintegration into civilian life of the rebel forces, the downsizing, purification and restructuring of the armed forces“<sup>154</sup>. Wie schon angesprochen, sah der Friedensvertrag einen strikten Zeitplan für die einzelnen Schritte vor und forderte daneben abwechselnde Aktionen von Regierung und FMLN. Somit musste ONUSAL beide Seiten bei der Befolgung des Vertrags überwachen, aber auch als Schlichter im Falle von Streitigkeiten eintreten. Die Implementierung dieses genauen Plans gestaltete sich in der Praxis jedoch schwierig und führte zu Verzögerungen im Demobilisierungsprozess, teilweise schien gar der gesamte Friedensprozess in Gefahr, mithilfe der UN gelang es aber die Demobilisierung am Laufen zu halten.<sup>155</sup>

Der genaue Ablauf der Demobilisierung sah vor, dass sich beide Truppenkontingente in bestimmten Plätzen zusammenfinden und daraufhin die kontrollierte Entwaffnung stattfinden sollte. Da sich jedoch die Regierung nicht an die vereinbarte Auflösung der Nationalgarde und „Treasury Police“ hielt, setzte FMLN den Prozess aus und ONUSAL musste einschreiten, um die Einhaltung des Friedensabkommens zu gewähren. Dies geschah indem ein neuer Zeitplan ausgearbeitet und der Druck der Geberländer auf die Regierung erhöht wurde.<sup>156</sup>

Daraufhin kam die ARENA-Regierung ihren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nach und die Auflösung der FMLN-Truppen konnte, wenn auch mit erheblicher Verspätung voranschreiten. Das Ziel der Demobilisierung der Guerilla war, dass die FMLN als politische Partei anerkannt wurde und bei den nächsten Wahlen teilnehmen konnte. Dafür musste ONUSAL bestätigen, dass alle Waffen von der FMLN abgegeben und durch die UN-Mission zerstört wurden. Da ihre Arbeit jedoch nur durch Kooperation mit den beiden Parteien möglich war, musste sie bei der Demobilisierung auf die Zahlen vertrauen, die ihr von der FMLN dargelegt

---

<sup>152</sup> vgl. Wrobel, 1997, S. 26

<sup>153</sup> vgl. Wrobel, 1997, S. 117

<sup>154</sup> ebd.

<sup>155</sup> vgl. Call, 2002, S. 395

<sup>156</sup> vgl. Call, 2002, S. 393

wurden. Auf diese Weise erklärte ONUSAL den Prozess der Guerillaentwaffnung im Dezember 1991 für beendet, obwohl von erfahrenen Militärbeobachtern Zweifel an der Vollständigkeit des Kriegsmaterials geäußert wurden. „Nevertheless, they had to accept the inventory in good faith, because trust was the basis upon which the UN role, in monitoring the agreements, rested.“<sup>157</sup>

Das wiederholte Einschreiten der Vereinten Nationen bei Störungen, ermöglichte zwar die Fortsetzung der Demobilisierung, konnte das Misstrauen zwischen den beiden Parteien jedoch nicht auflösen, das sich in elf Jahren Bürgerkrieg aufgebaut hatte. Aufgrund dessen kam es zu einer erheblichen Gefährdung des Friedensprozesses, als klar wurde, dass die FMLN nicht all ihre Waffen abgegeben und damit eindeutig gegen den Friedensvertrag verstoßen hatte. Ein halbes Jahr nach dem Ende der eigentlichen Demobilisierung kam es zur Explosion eines geheimen Waffenarsenals der FMLN in Nicaragua. Daraufhin wurden noch über 120 weitere Waffenlager von der Guerilla offen gelegt, die die Anzahl der ausgehändigten Waffen um 30 Prozent erhöhte. Die Regierung stellte sogleich die Teilnahme der FMLN an den entscheidenden Wahlen 1994 in Frage, da ein Gesetz dies bewaffneten Gruppierungen verbot. Doch durch die erneute Vermittlung von ONUSAL und die Beteuerungen der FMLN keine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen geplant zu haben, gelang es das Scheitern des Friedensprozesses zu verhindern.<sup>158</sup> Im August 1993 konnte ONUSAL die Demobilisierung der FMLN endgültig für beendet erklären, in deren Folge 8.430 Guerilleros entwaffnet wurden.<sup>159</sup>

Neben der Demobilisierung der FMLN, war im Friedensvertrag die Reduzierung der staatlichen Truppen El Salvadors auf eine angemessene Größe festgeschrieben.<sup>160</sup> Darunter wurde von den Parteien eine Verkleinerung der Armee um etwa die Hälfte verstanden, wobei die angestrebte Größe von 31.000 sogar unterschritten wurde und „UN observers report that troop levels were down to 27,000 by March 1993“<sup>161</sup>. Im Vergleich zu Nicaragua und anderen zentralamerikanischen Staaten, bleibt die salvadorianische Armee dennoch relativ groß.<sup>162</sup>

Die Reduzierung der Armee gestaltete sich weniger problematisch, als die Demobilisierung von FMLN. Dafür gab es drei wichtige Gründe: Erstens betraf die Maßnahme vor allem Soldaten und Unteroffiziere, die in großer Zahl entlassen wurden, ohne dass sich jemand für ihre Interessen einsetzte. Im Gegensatz waren die höheren Militärs erleichtert, diese Last auf die Rangunteren abwälzen zu können. Zweitens wurden die hochrangigen Offiziere, vor allem solche, die Menschenrechtsvergehen begangen haben, oftmals lediglich in andere Posi-

---

<sup>157</sup> Wrobel, 1997, S. 134

<sup>158</sup> vgl. Omar Serrano, Ecos del "buzonazo" de Managua, in: Envio, Nr. 139, Juli 1993. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/795>, Call, 2002, S. 394

<sup>159</sup> vgl. Wrobel, 1997, S. 134

<sup>160</sup> vgl. Friedensvertrag von Chapultepec. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_01161992.html#ch14](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_01161992.html#ch14)

<sup>161</sup> vgl. Stahler-Sholk, Richard: El Salvador's Negotiated Transition: From Low-Intensity Conflict to Low-Intensity Democracy, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Heft 4, 1994, S. 48

<sup>162</sup> vgl. Call, 2002, S. 395

tionen des öffentlichen Dienstes versetzt. Der dritte Grund war, dass die Militärhilfe von den USA an El Salvador nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags deutlich verringert wurde und weitere Kürzungen angedroht wurden, falls der Vertrag nicht ordnungsgemäß implementiert werden sollte.<sup>163</sup>

Außerdem wurde die Wehrpflicht abgeschafft und die Armee zu einer freiwilligen Einrichtung umgewandelt. Neben der Verkleinerung der regulären Truppen sah das Abkommen von Chapultepec vor, dass die Spezialeinheiten „rapid deployment infantry battalions“<sup>164</sup> aufgelöst werden sollten, da sie in Friedenszeiten nicht mehr notwendig waren. Dies geschah, als die Demobilisierung der FMLN vollzogen war.<sup>165</sup> Damit war die Frage nach dem Verbleib der demobilisierten Kämpfer und Soldaten jedoch noch nicht abgeschlossen, vielmehr musste nun ihre Reintegration ins Zivilleben vollzogen werden.

#### 4.1.2 Reintegration der ehemaligen Kämpfer und Soldaten

Die Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattanten in die Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für den Friedensprozess, denn falls dies nicht gelingen sollte, ist eine Remobilisierung sehr wahrscheinlich, wie das Beispiel Nicaraguas verdeutlicht.

##### 4.1.2.1 Leere Versprechungen führen zur Remobilisierung der Kämpfer in Nicaragua

Um eine Demobilisierung der Contra zu erreichen, ging die Regierung Chamorro weit reichende Verpflichtungen ein, die sie jedoch nicht finanzieren konnte und die daher meist unerfüllt blieben. Die Versprechungen wurden gemacht, um größere Konflikte zu vermeiden, doch angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Situation des Landes,

„the new administration would not have funds available to dedicate to retraining, rehabilitation, and creating government jobs to occupy the young men whose only skill was mayhem“<sup>166</sup>.

Ebenso blieb die Frage der Eigentumsverteilung ungelöst, nur die Hälfte der demobilisierten Kämpfer bekam Ländereien zugewiesen und selbst die verfügten nicht über verlässliche Eigentumstitel. Aufgrund fehlender Ressourcen war es auch der CIAV-OAS Mission nur in begrenztem Ausmaß möglich, kostspielige Reintegrationsprogramme zu finanzieren, für die sie verantwortlich war. Die Kosten dafür sollten größtenteils von den USA getragen werden, doch von den knapp 50 Millionen zugesagter Hilfszahlungen, wurden nur drei Millionen an die CIAV zugeteilt. Mit diesem Geld konnte sie keine nachhaltige Unterstützung für die demobilisierten Contras leisten, wurde von den Sandinisten wegen der Zusammenarbeit mit USAID dennoch dafür kritisiert, ein verlängerter Arm der USA zu sein und sich einseitig für die Interessen der Contra einzusetzen.<sup>167</sup>

<sup>163</sup> vgl. Miller, 2006, S.72f, Stahler-Sholk, 1994, S. 13f

<sup>164</sup> vgl. Friedensvertrag von Chapultepec

<sup>165</sup> vgl. Call, 2002, S. 395

<sup>166</sup> Close, 1999, S. 95

<sup>167</sup> vgl. Spalding, 1999, S.41, Hartzell, 2002, S. 373

Am Vorgehen der Contra im Anschluss an die Verhandlungen mit Chamorro kann man erkennen, dass sie nicht auf ihre Demobilisierung und Reintegration vorbereitet war, und auch sonst politisch nicht besonders geschickt agierte. So verlangte die Führung der Guerilla keinerlei Garantien für die versprochenen Leistungen der Regierung und sah daher keinen anderen Ausweg darauf zu bestehen, als erneut zu den Waffen zu greifen.<sup>168</sup>

Dies geschah bereits Ende 1990, nicht mal ein Jahr nach der vollzogenen Demobilisierung. Die erste Gruppe der „recontras“ tauchte im Norden des Landes auf und stellte Forderungen an die Regierung, die Ländereien und Behausungen betrafen. An dem Aufstand nahmen auch Bauern der Region teil, die ebenfalls unter der grassierenden Armut zu leiden hatten. Als Antwort auf die Wiederbewaffnung der Contras, versammelten sich Anhänger der Sandinisten und ehemalige Soldaten des EPS als „recompas“, einerseits um ein Gleichgewicht zu den „recontras“ herzustellen und ihr Eigentum vor Besetzungen zu schützen, andererseits aber auch mit dem Ziel sich ihren Teil an den versprochenen Leistungen der Regierung zu sichern. In einigen Gegenden führte diese Konformität der Interessen dazu, dass ideologische Grenzen bei Seite geschoben wurden und sich beide Gruppierungen vereinigten, um größeren Druck auf die Regierung ausüben zu können und mithilfe der Waffen die Berücksichtigung ihrer Forderungen in der sozioökonomischen Politik zu erreichen.<sup>169</sup>

Zwar gelang es der Regierung im Januar 1992 den Großteil der Aufständischen mit neuen Abkommen zu besänftigen und ihre Entwaffnung zu erreichen, doch bereits kurze Zeit später flammte die Gewalt wieder auf. Teilweise wurden die kämpfenden Gruppen sogar von Seiten ultrarechter Politiker unterstützt und zur Verfolgung ihrer Ziele, wie zum Beispiel dem Ende des Dialogs mit der FSLN, mit Waffengewalt ermuntert. „Junto con Godoy, Alemán y los alcaldes de la UNO, César ha estado visitando diversas zonas del país llamando a una movilización popular contra el 'co-gobierno'.“<sup>170</sup> Dabei bekam Cesar Beistand von den USA, da es ihm gelang anti-sandinistische Ressentiments zu wecken und einige republikanische Senatoren auf seine Seite zu ziehen. Auf diese Weise wurde die, ohnehin schon geschwächte UNO noch weiter gespalten und die Regierung Chamorro sah sich Attacken aus dem eigenen Lager ausgesetzt.

Die reduzierte Armee und die neu eingerichtete „Special Disarmament Brigade“ vermochte nicht mit den wiederbewaffneten Gruppen fertig zu werden. Im Gegenteil, der nördlichen „recontra“ FN 3-80 gelang sogar die Geiselnahme einiger Mitglieder dieser Spezialeinheit und hoher Regierungsbeamter. Auf der anderen Seite besetzten „recompas“ die Stadt Esteli,

<sup>168</sup> vgl. Close, 1999, S. 96

<sup>169</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 116f

<sup>170</sup> „Zusammen mit Godoy (Vizepräsident), Aleman (Bürgermeister von Managua) und Bürgermeistern der UNO, besuchte Cesar (Präsident der Nationalversammlung) verschiedene Regionen des Landes und rief zu einer Volksmobilisierung gegen das gemeinsame Regieren auf.“ (Übers. und Anmerkungen des Autors) Envio Team: A estas alturas, ¿qué significa estabilidad?, in: Envio, Nr. 132, 1992. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/750>

die erst nach drei Tagen von der Armee befreit werden konnte, wobei über vierzig Menschen ums Leben kamen.<sup>171</sup>

Bis zuletzt gelang es der Regierung Chamorro nicht, das Problem der wiederbewaffneten Kombattanten zu lösen.

„Nicaragua was plagued by widespread political violence on the part of armed groups, mostly of former contras who were making political and economic demands (and, increasingly, engaging in banditry).“<sup>172</sup>

Dies lag unter anderem daran, dass über immer neue Ad Hoc Abkommen hinaus keine konsistente Politik entwickelt wurde. Den verhandelnden Gruppen wurden Amnestien und Geld für ihre Waffen zugestanden und das führte dazu, dass sich die Aufständischen durch Revolten kurzfristige Vorteile versprachen, da die allgemeine wirtschaftliche Situation die Lage weiter Bevölkerungsschichten zunehmend verschlechterte. „Early concessions to these groups led to the perception that the most effective way to obtain resources from the government was to rearm“<sup>173</sup>. Nicht zuletzt schaukelten sich die verschiedenen Gruppierungen auch gegenseitig auf und die Konflikte konnten nur für kurze Zeit eingedämmt werden, um später wieder aufzubrechen.<sup>174</sup>

Die CIAV stand dem ganzen Geschehen eher hilflos gegenüber und

“the limited reintegration support from the interantional community, including the slow response from donors and lack of coordination severly hindered the ability of the government to handle the crisis.”<sup>175</sup>

Abgesehen von einigen „gun buy-back“ Programmen, die von der neuen Spezialeinheit durchgeführt wurden, vermochte es die Regierung nicht mit den wachsenden Problemen und Forderungen fertig zu werden. So drifteten viele der ehemaligen Kämpfer und Soldaten in die Kriminalität ab und stellen noch heute eine Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes dar.<sup>176</sup>

#### 4.1.2.2 Landreform in El Salvador

Auch in El Salvador hatte die Demobilisierung eine große Anzahl von arbeitslosen Soldaten und Kämpfern hinterlassen, die vor allem auf der Seite der Guerilla von frühester Jugend an in den Konflikt eingebunden waren und daher keinerlei zivile Ausbildung genossen haben. Um diesem Problem zu begegnen sah der Friedensvertrag eine Landreform vor, deren Ziel es war, „to satisfy the need for land of landless peasants and small farmers“<sup>177</sup>, darunter auch ehemaligen FMLN-Kämpfern. Die Details der Reform waren im Friedensabkommen jedoch noch nicht festgelegt und ihre spätere Aushandlung führte zu Verzögerungen bei der

<sup>171</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S.125, Close, 1999, S. 97

<sup>172</sup> Spence, 2004, S. 41

<sup>173</sup> Peceny, Mark; Stanley, William: Liberal Social Reconstruction and the Resolution of Civil Wars in Central America, in: International Organization, Vol. 55, Nr. 1, 2001, S. 160

<sup>174</sup> vgl. Close, 1999, S. 98

<sup>175</sup> Spencer, Denise: Demobilization and Reintegration in Central America, Internationales Konversionszentrum Bonn, 1997, S. 17. In: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper08/paper8.pdf>

<sup>176</sup> Spence, 2004, S. 41

<sup>177</sup> Kapitel V, Friedensvertrag von Chapultepec

Demobilisierung der Kämpfer. Die Reform besagte unter anderem, dass Ländereien in den Konfliktzonen weiterhin bewohnt werden durften, auch wenn die Eigentumsverhältnisse nicht eindeutig geklärt waren. Dies betraf in erster Linie die zivilen Unterstützer der FMLN, die Land in den Kriegsgebieten übernommen und über die Dauer des Bürgerkrieges bewirtschaftet hatten, welches jedoch nicht ihnen gehörte. Dieser Passus verursachte Konflikte im Friedensprozess, da Soldaten Bauern von Ländereien vertrieben, Agrarier für ihr Grundeigentum kämpften und freistehende Grundstücke besetzt wurden.<sup>178</sup>

Da die auftretenden Schwierigkeiten nicht von den Konfliktparteien selbst gelöst werden konnten, griff die UN in die Diskussion ein und vermittelte eine Lösung für die Frage der Reintegration. Diese umfasste drei Ansätze, wobei der dritte von den Kontrahenten in Eigenregie ausgehandelt wurde. Erstens sollte den Kombattanten, die an einer landwirtschaftlichen Tätigkeit interessiert waren, Land zugeteilt, Kredite für den Kauf des besetzten Landes bewilligt und ein Darlehen für fünf Jahre zugesichert werden. Daneben konnten sie an einem Trainingsprogramm von NGOs für angehende Bauern teilnehmen. Der zweite Ansatz richtete sich an solche, die sich ihre Existenz außerhalb der Landwirtschaft aufbauen wollten. Auch sie würden Zugang zu Krediten haben, nachdem sie ein Training für Kleinunternehmer absolviert hatten. Der dritte Strang der Reintegration sicherte einerseits Kredite und Grundstücke für die Führungsriege der FMLN und andererseits die Übernahme von zwei Einheiten aus den „old investigative forces“ in die neue Zivilpolizei – ein klarer Verstoß gegen den Friedensvertrag.<sup>179</sup>

Doch auch nachdem die Einzelheiten der Landreform feststanden, dauerte es noch eine ganze Weile bis sie umgesetzt werden konnte. Dies lag unter anderem daran, dass die genaue Zahl der Berechtigten nicht ermittelt werden konnte. Da die FMLN über das ganze Territorium des Landes verstreut war, war es dementsprechend schwierig die Namen aller Bewohner in den Konfliktzonen zu identifizieren; dies war jedoch eine Voraussetzung der Regierung für die offizielle Landzuteilung. Wieder war es an der UN den Prozess aus dem Stillstand zu lösen und einen Kompromiss für das Problem zu finden. Schließlich willigte die Regierung ein, die nicht in den Listen aufgeführten Grundbesitzer, welche die Mehrheit stellten, in das Programm mit einzuschließen. Doch auch danach gab es nur langsame Fortschritte bei der Landzuteilung, die zur Verzögerungen in den anderen Bereichen der Reform führten.

„Delays in the transfer of land are impeding the reintegration of potential beneficiaries into productive activities and are creating other kinds of problems that are likely to complicate the implementation of the agreements.“<sup>180</sup>

<sup>178</sup> vgl. Spencer, 1997, S. 38, Castillo, Graciana del: The arms-for-land deal in El Salvador, in: Doyle, Michael W., Johnstone, Ian, Orr, Robert C. (Hrsg): Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador, Cambridge, 1997, S. 343

<sup>179</sup> vgl. Wood, 2000, S. 97f

<sup>180</sup> Report des UN-Generalsekretärs über ONUSAL: S/1994/1000 vom 26 August 1994, S. 7. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N94/342/45/PDF/N9434245.pdf?OpenElement>

So zum Beispiel die Bewilligung weiterer Mittel durch die Geberländer für die Kredite und Trainings, während die Gelder für die Landzuteilung noch nicht aufgebraucht waren.<sup>181</sup>

Ein weiteres Problem trat auf, als sich verärgerte demobilisierte Militärs zur ADEFAES (Asociación de Desmovilizados de la Fuerza Armada) zusammenschlossen, bewaffnet mit Macheten mehrmals verschiedene Regierungsgebäude besetzten und deren Mitarbeiter als Geiseln festhielten. Ihre Forderungen lauteten, dass Mitgliedern der abgeschafften paramilitärischen Einheiten ebenfalls Ländereien und Kredite zugestanden werden sollten. Die Regierung gab nach und gewährte den Aufständischen sogar bessere Konditionen als den regulären Empfängern der Hilfsleistungen.<sup>182</sup> Ansonsten kam es jedoch nicht zur Remobilisierung der Kämpfer und Soldaten wie in Nicaragua und der gesamte Prozess der Reintegration verlief relativ friedlich.

Da einige Probleme, so wie die Feststellung aller Begünstigten durch die FMLN oder Weigerungen der eigentlichen Landeigentümer ihre Grundstücke an die neuen Bewohner zu verkaufen, nicht gelöst werden konnten, einigten sich die Regierung und die FMLN darauf, die Zahl der Leistungsberechtigten von 47,500 auf 40,000 zu reduzieren. Aufgrund formaler Schwierigkeiten bei der Vergabe von Eigentumstiteln, des fehlenden Willens von Seiten der Regierung und unzureichender Mittel, konnte der Prozess der Landzuteilung erst 1998 mit Hilfe der USA abgeschlossen werden – „it was ultimately successful in transferring about 10 percent of El Salvador’s agricultural land to over thirty-five thousand recipients“<sup>183</sup>.

Des Weiteren wurde Bauern, die aufgrund der Landkäufe stark finanziell belastet waren, von der Regierung ein Schuldenerlass von teilweise bis zu 70 Prozent gewährt und die Forderung der Regierung kooperative Vereinigungen mehrerer Farmen aufzulösen wurde auf Druck organisierter Bauernverbände fallen gelassen.<sup>184</sup> Dennoch bleibt die Situation vieler Bauern kritisch, da die Hälfte von ihnen in Armut lebt und 87 Prozent gerade ihren Eigenbedarf decken können.<sup>185</sup> Darüber hinaus ist es fraglich, inwiefern die anderen Reintegrationsprogramme von Erfolg gekrönt waren, da der UN- Generalsekretär bereits 1994 feststellte, dass die Mehrheit der Teilnehmer am Kleinunternehmer-Training ihre Kredite nicht gewinnbringend investiert hat.<sup>186</sup> Und auch „many microenterprises failed within a year, leaving many program participants ineligible for loans“<sup>187</sup>.

<sup>181</sup> vgl. Report S/1994/1000, S. 8, Castillo, 1997, S. 353

<sup>182</sup> vgl. Castillo, 1997, S. 356, Report S/1994/1000, S. 8

<sup>183</sup> Orr, Robert C.: Building Peace in El Salvador: From Exception to Rule, in: Cousens, Elizabeth M., Kumar, Chetan (Hrsg.): Peacebuilding as Politics. Cultivating Peace in Fragile Societies, Boulder, London, 2001, S. 170

<sup>184</sup> vgl. Wood, 2000, S. 100

<sup>185</sup> vgl. Orr, 2001, S. 170

<sup>186</sup> vgl. Report S/1994/1000, S. 9

<sup>187</sup> Wood, 2000, S. 100

### 4.1.3 Demilitarisierung und Umstrukturierung von Armee und Polizei

Eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung ist die Demilitarisierung der Gesellschaft, was vor allem im lateinamerikanischen Raum von Bedeutung ist, da hier das Militär traditionell eine wichtige Rolle spielte. Im Anschluss an die Bürgerkriege musste sein Einfluss in El Salvador und Nicaragua verringert werden. Außerdem wurden die Armee und die Polizei einer Umstrukturierung unterzogen, welche neben der Verkleinerung auch die Unterstellung unter zivile Kontrolle und die Etablierung einer neuen Berufskultur umfasste.

#### 4.1.3.1 Wenig Neuerungen unter alter Führung

Nach dem Sturz Somozas 1979 ersetzte die sandinistische Armee die Nationalgarde, daneben installierte die siegreiche FSLN eine neue Nationalpolizei. Zwar war die Polizei für die innere Sicherheit zuständig, doch vor allem im Laufe des Krieges verschmolzen die Aufgaben beider Organe zur Aufrechterhaltung der staatlichen Sicherheit. Sowohl die Armee als auch die Polizei unterstanden hochrangigen FSLN-Führern, die Mitglieder im nationalen Direktorium der Partei waren, folglich waren beide Institutionen hoch politisiert und traten für die Ziele der sandinistischen Revolution ein sowie im Kampf gegen die Contra auf.<sup>188</sup> Es verwundert daher nicht, dass die nicaraguanische Widerstandsbewegung (NR), wie die Contra sich selbst bezeichnete, nach der Wahlniederlage der FSLN die Auflösung und völlige Neugestaltung der Sicherheitsorgane forderte.

Doch die Präsidentin betrieb gegenüber FSLN eine inklusive Politik und stieß damit nicht nur bei der Contra, sondern teilweise auch in den eigenen Reihen auf wenig Gegenliebe. Ihre wohl kontroverseste Entscheidung bezüglich der Sandinisten und der Nachkriegsordnung Nicaraguas war, den Vorsitz der Armee beim Sandinistengeneral und Bruder ihres Vorgängers Humberto Ortega zu belassen; auch der sandinistische Chef der Polizei durfte seinen Posten behalten. „The UNO right wing and the contra forces were both loathe to accept this.“<sup>189</sup> Dies führte zur Spaltung der Regierungspartei und zu Verzögerungen von Seiten der Contra während der Demobilisierung, dennoch blieb Ortega bis 1995 im Amt.<sup>190</sup>

Trotz der Befürchtungen seiner Gegner, stellte sich Humberto Ortega der Veränderung der Armee nicht in den Weg und trug wesentlich dazu bei, dass die Verkleinerung der Truppen um 70.000 Mann gewaltlos über die Bühne ging. Auch war er bereit auf seinen Sitz in der Parteiführung der Sandinisten zu verzichten, um die Parteiverbundenheit der nicaraguanischen Armee zu beenden. Das Ende der Verbindung zwischen Sandinisten und Armee wurde offenkundig, als die Soldaten zusammen mit der Polizei dem Befehl der Regierung Folge

<sup>188</sup> vgl. Vickers, George R.: Renegotiating Internal Security: The Lessons of Central America, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America, Washington D.C., 1999, S. 388f

<sup>189</sup> Close, 1999, S. 47

<sup>190</sup> vgl. Vickers, 1999, S. 393

leisteten und die von der sandinistischen Arbeiterbewegung ausgerufenen Demonstrationen und Aufstände unterdrückten.<sup>191</sup>

Des Weiteren ergriff die Präsidentin selbst Maßnahmen, um die Demilitarisierung der Gesellschaft voran zu treiben. Darunter fiel die Abschaffung des Wehrdienstes, sie begrenzte auch die Amtsdauer des Militärvorstands, den sie ernennen und entlassen konnte, auf fünf Jahre und unterstellte die Streitkräfte ihrem Oberbefehl. Darüber hinaus wurde 1994 ein neuer Militärcode verabschiedet, der zur Professionalisierung der Armee beitragen sollte und die zivile Kontrolle stärkte.<sup>192</sup> Dennoch war Chamorros Macht über das Militär begrenzt, da viele ehemalige sandinistische Offiziere noch untereinander um die Kontrolle rangen und nur schlep-pend die zivile Oberbefehlshaberin anerkannten.<sup>193</sup>

Die Polizei wurde zwar bezüglich ihres Aufgabenbereichs von der Armee getrennt, doch im Zuge der Remobilisierung der ehemaligen Kämpfer und Soldaten war sie nicht in der Lage allein die innere Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und musste mit der Armee zusammenarbeiten. Eine grundlegende Reform der Polizei wurde dadurch verhindert, dass von der gespaltenen Regierungspartei nicht genug politischen Willens dafür aufgebracht werden konnte, außerdem fehlten in Zeiten der staatlichen Ausgabenkürzungen schlicht die finanziellen Mittel für ein solches Projekt.<sup>194</sup>

All dies trug dazu bei, dass beide Institutionen in der Bevölkerung weiterhin als verlängerter Arm der FSLN aufgefasst und vor allem von den demobilisierten Contras mit Misstrauen be-äugt wurden. Die Situation änderte sich nur wenig, als Humberto Ortega von seinem Amt zurücktrat und auch der Polizeichef Rene Vivas durch einen neuen ersetzt wurde, da beide Nachfolger ebenfalls Sandinisten waren.<sup>195</sup>

#### **4.1.3.2 El Salvador: Der mühsame Weg zu neuen Strukturen**

Anders als in Nicaragua waren personelle und strukturelle Reformen der Streitkräfte und der Polizei zwischen den Konfliktparteien ausgehandelt worden und im Friedensvertrag verankert. Die Umstrukturierung sollte unter Aufsicht und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft erfolgen, auch um nicaraguanische Versäumnisse in diesem Bereich nicht zu wieder-holen.

Die salvadorianische Armee, kurz FAES (Fuerza Armada de El Salvador) genannt, wurde nicht nur verkleinert und unter zivile Kontrolle gestellt, ihre Aufgaben wurden auch auf die Verteidigung des Landes vor äußeren Bedrohungen begrenzt. Für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit war in erster Linie die Polizei verantwortlich, „the armed forces play a role

---

<sup>191</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 56f, Close, 1999, S. 76

<sup>192</sup> vgl. Close, 1999, S. 103

<sup>193</sup> vgl. Spencer, 1997, S. 21

<sup>194</sup> vgl. Vickers, 1999, S. 393

<sup>195</sup> ebd.

in this sphere only in very exceptional circumstances, where the normal means have been exhausted“<sup>196</sup>.

Daneben sollte das Offizierskorps der Armee einer „purification“ unterzogen werden, die von einer dreiköpfigen Ad Hoc Kommission innerhalb von neunzig Tagen vollzogen werden sollte. Die Aufgabe der Kommission war „reviewing the human rights records, professional competence, and suitability of all military officers for continued service in the armed forces“<sup>197</sup>. Da eine Überprüfung aller Offiziere in dieser Zeit nicht möglich war, entschloss sich die Kommission ihr Augenmerk vorrangig auf die Hauptverantwortlichen in der Armee – etwa zehn Prozent – zu richten. Anschließend erhielten der Präsident El Salvadors und der UN-Generalsekretär einen Bericht über die Arbeit der Kommission, der die Entlassung von 102 Offizieren und die Neuordnung von 40 weiteren empfahl. Für die Implementierung dieser Empfehlung hatte Cristiani, laut dem Friedensvertrag, zwei Monate Zeit.<sup>198</sup> Als Informationen über die Anzahl und die Ranghöhe – es betraf auch die oberste Heeresleitung - der zu entlassenen Offiziere durchsickerten, gab es einen Aufschrei in den konservativen Blättern des Landes und der Präsident versuchte vom Generalsekretär einen Aufschub für die Entlassung der mächtigsten Offiziere zu erreichen. Dieser gewährte ihm eine Fristverlängerung, doch auch nachdem sie abgelaufen war, verblieben noch „15 of the officers on the list including the Minister and Vice Minister of Defense“<sup>199</sup> auf ihren Posten. Erst kurz bevor die Wahrheitskommission zehn Monate später die Rolle der beiden Regierungsmitglieder in einigen grausamen Verbrechen enthüllte, gaben sie ihren Rücktritt bekannt.<sup>200</sup>

Während die FMLN sich mit der Kritik an der Regierung eher zurückhielt, da sie sich politisch noch nicht vor der Explosion des versteckten Waffenlagers erholt hatte, musste die Einhaltung des Friedensvertrags durch externe Akteure erzwungen werden. Die Folgsamkeit der Regierung in dieser Angelegenheit erfolgte schließlich durch den Druck von Seiten der ONUSAL und der Clinton Administration, die Hilfsgelder in Höhe von elf Millionen Dollar zurückhielt.<sup>201</sup>

Auch bei der Implementierung der übrigen Maßnahmen, die im Friedensvertrag zum Zweck der Demilitarisierung vorgesehen waren, handelte die Regierung nicht immer effektiv und nach dem aufgestellten Zeitplan. So wurden die beiden aufzulösenden Einheiten der staatlichen Streitmacht, die Nationalgarde und die „Treasury Police“, einfach umbenannt und ohne weitere Veränderungen wieder in die Armee eingegliedert. Proteste von der FMLN und das

<sup>196</sup> Kapitel I, Friedensvertrag von Chapultepec

<sup>197</sup> McCormick, David H.: From peacekeeping to peacebuilding: restructuring military and police institutions in El Salvador, in: Doyle, Michael W., Johnstone, Ian, Orr, Robert C. (Hrsg.): Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador, Cambridge, 1997, S. 293

<sup>198</sup> vgl. Kapitel I, Friedensvertrag von Chapultepec. Die Entscheidungen der Kommission bedurften keiner Erklärung und konnten nicht angefochten werden. Damit hatte eine zivile Institution erstmals in El Salvador eine große Macht über die Armee, vgl. Miller, 2006, S. 78

<sup>199</sup> Spencer, 2004, S. 49

<sup>200</sup> vgl. Call, 2002, S.395, Spencer, 2004, S. 49

<sup>201</sup> vgl. McCormick, 1997, S. 294, Call, 2002, S. 397, Miller, 2006, S. 78

Einschreiten der UN führten zwar dazu, dass die illegalen Einheiten doch noch zu einem späteren Zeitpunkt aufgelöst wurden, dennoch „many of their members were actually transferred to the police, thus violating other provisions of the peace accords“<sup>202</sup>. Das gleiche Problem tauchte bei der Auflösung des salvadorianischen Geheimdienstes auf. In diesem Bereich blieb es der ONUSAL jedoch versagt, eine nachhaltige Überprüfung vorzunehmen, da die Tätigkeit des Geheimdienstes logischerweise nicht offen gelegt wurde und es daher für die UN unklar blieb, ob der alte Geheimapparat „was truly abolished, or merely hidden beneath levels of bureaucracy“<sup>203</sup>.

Eine große Herausforderung stellte ebenfalls die Etablierung einer neuen Polizei dar, obgleich die Vereinten Nationen in hohem Maße in diesen Prozess involviert waren. Die neue Polizei, kurz PNC (Policía Nacional Civil) sollte sich in der Organisation, Zusammensetzung, Ausbildung und im Berufsverständnis völlig von der alten Polizei (PN) unterscheiden. Die neuen Einheiten sollten zu sechzig Prozent aus Zivilisten bestehen (die übrigen vierzig wurden aus der gleichen Anzahl von ehemaligen FMLN-Kämpfern und Mitgliedern der alten Polizei zusammengestellt), die Ausbildung der Polizisten sollte in einer neuen Akademie stattfinden, wobei das Programm mit Hilfe eines internationalen Teams entwickelt werden sollte. Das Ganze wurde von ONUSAL und der salvadorianischen COPAZ (National Commission to Consolidate Peace) überwacht.<sup>204</sup> In einer zweijährigen Übergangszeit sollte die alte PN noch als Ordnungsmacht auftreten und erst nach der Aufstellung der neuen Einheiten demobilisiert werden.<sup>205</sup>

Bei der Entwicklung der PNC gab es einige Probleme, die sowohl aus Finanzierungsengpässen, aber auch aus dem fehlenden Willen von Seiten der Regierung sich von der alten Garde zu trennen resultierten. Der vorgesehene Zeitplan für den Start der Ausbildung konnte nicht eingehalten werden, die Quotenregelung wurde anfangs nicht eingehalten, da sich nicht genügend Zivilisten und FMLN-Kämpfer für den Dienst gemeldet hatten, dafür aber umso mehr ehemalige PN-Mitglieder und unerlaubterweise auch Ex-Soldaten, die von der Regierung durch die Hintertür in die Akademie eingeschleust wurden.<sup>206</sup>

Später wurden auch die ehemalige „Anti-Narcotics Executive Unit“ (UEA) und die „Special Investigative Unit“ (SIU) unter Protesten durch die UN und FMLN in die PNC übertragen, ohne vorher die Ausbildung in der neuen Akademie absolviert zu haben. Diese beiden Einheiten brachten eine Gewaltkultur mit sich, die im Gegensatz zu den neuen Zielen der PNC stand und nachgewiesenermaßen einen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei zur Folge hatte. Dazu trug jedoch auch die Benennung von Kapitän Oscar Peña

---

<sup>202</sup> Stahler-Sholk, 1994, S. 13

<sup>203</sup> zit. nach McCormick, 1997, S. 297

<sup>204</sup> vgl. McCormick, 1997, S. 299, Cardenal, Rodolfo: La crisis del proceso de pacificación, in: Cardenal, Rodolfo/González, Luis Armando (Hrsg.): El Salvador: La transición y sus problemas, San Salvador, UCA, 2004, S. 103f

<sup>205</sup> vgl. Call, 2002, S. 400

<sup>206</sup> vgl. McCormick, 1997, S. 300

Durán, „who led the U.S.-backed antidrug unit of the old regime“, zum „operation director of the PNC“ bei.<sup>207</sup> Peña verschaffte nicht nur einigen seiner Kollegen hohe Posten bei der Polizei, er versagte der ONUSAL auch die Zusammenarbeit mit der PNC und sorgte für die Missachtung der neuen, auf den Schutz der Bürger ausgerichteten Doktrin.<sup>208</sup>

Außerdem weigerte sich die Regierung die alte PN aufzulösen, da die Verbrechensrate nach dem Ende des Bürgerkrieges stark angestiegen ist, die neue Polizei aber noch nicht in vollem Umfang eingesetzt werden konnte, da staatliche Gelder zurückgehalten wurden. Dies „in turn, provided a rationale for maintaining PN and army involvement in policing functions and dragging out the replacement process.“<sup>209</sup>

Diese Probleme konnten erst nach dem Regierungswechsel gelöst werden, als der neue Präsident Calderon Sol uneingeschränkte Unterstützung für die PNC versprach, die alten Einheiten endgültig demobilisierte und den Ex-Guerilla Valle an die Spitze der PNC stellte. Damit war die Polizei erstmals unter ziviler Kontrolle und getrennt von der militärischen Obhut. Dennoch gab es wieder Rückschläge bei der Achtung von Menschenrechten durch die Polizeikräfte, deren Vergehen nur unzureichend verfolgt und aufgedeckt wurden.<sup>210</sup> Eine schwerwiegende Folge dieser Taten war, dass in Umfragen beinahe die Hälfte der Bevölkerung angab, sich bei der Verbrechensbekämpfung oder der Gewährung eigener Sicherheit auf die illegale Bürgerwehr oder die Armee zu verlassen.<sup>211</sup>

#### 4.1.4 Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Implementierung der sicherheitspolitischen Dimension der Friedenskonsolidierung in beiden Ländern nicht ohne Probleme verlaufen ist, die teilweise noch bis heute Auswirkungen auf die innerstaatliche Situation der Nachkriegsgesellschaften haben. Vor allem die unzureichenden Maßnahmen für eine erfolgreiche Reintegration der ehemaligen Kämpfer in die zivile Ordnung haben dazu geführt, dass sie ihre im Krieg erworbenen Fähigkeiten und Waffen für kriminelle Aktivitäten nutzten, was den Anstieg der Gewalt in beiden zentralamerikanischen Ländern zur Folge hatte.

In Nicaragua kann der Prozess der vollzogenen Demobilisierung, angesichts der bewaffneten Aufstände durch die "re-contras" und "re-compas" nicht als Erfolg bezeichnet werden. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass nicht nur ehemalige Kombattanten zu den Waffen griffen, sondern auch Arbeiter und Studenten gewaltsame Aufstände organisierten, um gegen die "deteriorating social and economic conditions which prevailed in Nicaragua"<sup>212</sup> nach dem Ende des Bürgerkrieges zu protestieren. Die strikte Sparpolitik, welche die Regierung

---

<sup>207</sup> Call, 2002, S. 401

<sup>208</sup> vgl. McCormick, 1997, S. 302

<sup>209</sup> Stahler-Sholk, 1994, S. 16

<sup>210</sup> vgl. McCormick, 1997, S. 304, Miller, 2006, S. 77

<sup>211</sup> vgl. Stanley, William/Call, Charles T.: Building a new civilian police force in El Salvador, in: Kumar, Krishna (Hrsg.): Rebuilding Societies after Civil War, Boulder, 1997, S. 123

<sup>212</sup> Wrobel, 1997, S. 34

Chamorro auf Anraten der Weltbank und des IWF verfolgte, vermochte zwar die Inflation zu kontrollieren, führte jedoch gleichzeitig dazu, dass die Präsidentin ihre Versprechen gegenüber den Demobilisierten nicht einhalten konnte.<sup>213</sup> Als dann auch noch die internationale Hilfe ausblieb bzw. mit erheblichen Verspätungen eintraf, gab es für die frustrierten Kämpfer und Soldaten kein Halten mehr.

Aus der Remobilisierung der früheren Contras sowie der ehemaligen Soldaten des EPS geht deutlich hervor, dass beide Seiten einen Teil ihrer Waffen zurückbehalten hatten, um damit bestimmte politische Ziele zu erreichen. Von ONUCA konnte dieser Tatsache nicht begegnet werden, da ihr Mandat auf eine freiwillige Demobilisierung ausgerichtet war. Auch bei der anschließenden Reintegration war die Rolle der internationalen Gemeinschaft stark begrenzt. Die Vereinten Nationen zogen sich nach der Demobilisierung zurück und „its operations closed in 1991, long before peace was consolidated“<sup>214</sup>; die von der regionalen OAS koordinierte CIAV war in erster Linie für die Sicherheit und Reintegration der Contras verantwortlich, genoss in der übrigen Bevölkerung daher kein hohes Ansehen und verfügte außerdem nur über unzureichende Ressourcen.

Ein weiterer Faktor, der zu Schwierigkeiten im Verlauf der Demobilisierung und Reintegration sorgte, war die mangelnde Behandlung dieses Themas bei den Friedensverhandlungen unter Berücksichtigung aller vorhandenen Interessen. So waren die Contras nur marginal in den Prozess integriert und fühlten sich daher auch nicht verpflichtet der ohne sie ausgehandelten Demobilisierung Folge zu leisten. Später gelang es der Regierung Chamorro auch nicht eine konsistente Politik über einzelne Abkommen hinaus zu entwickeln und auf diese Weise doch noch alle unterschiedlichen „re-contra“ und „re-compa“ Gruppierungen zu befrieden.

Darüber hinaus gelang im Anschluss an den Bürgerkrieg zwar die erhebliche Reduzierung der Streitkräfte und der Polizei, was auch zu Kosteneinsparungen in diesem Bereich führte. Dies hatte jedoch seinen Preis, denn die verkleinerten Sicherheitsinstitutionen des Landes konnten weder die bewaffneten Proteste der Re-Mobilisierten kontrollieren, noch die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. „Such conditions could make recourse to self-help attractive.“<sup>215</sup> Dies führt einerseits zum Anstieg der Kriminalität, andererseits gefährdet eine solche Situation aber auch das staatliche Gewaltmonopol, dessen Etablierung zu einem wichtigen Ziel der sicherheitspolitischen Dimension gehört.

In El Salvador ist es zwar gelungen die beiden Truppenkontingente zu demobilisieren bzw. um die Hälfte zu reduzieren, bei der Unterordnung des Militärs unter zivile Kontrolle und der Demilitarisierung der Gesellschaft konnten jedoch keine hinreichenden Erfolge erlangt wer-

---

<sup>213</sup> vgl. Spencer, 1997, S. 22

<sup>214</sup> Spalding, 1999, S. 42

<sup>215</sup> Close, 1999, S. 103

den. So blieb trotz Verringerung der Truppenstärke das Budget des Militärs genauso wie das Offizierkorps anfangs noch unberührt. Dies erklärt sich damit, dass die Entlassungen in erster Linie auf der unteren Dienstebene durchgeführt wurden und auf höheren Posten nur widerwillig Personal in Folge des Berichts der Ad-hoc-Kommission entlassen oder einfach in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes versetzt wurden. Zum Beispiel wurde der abberufene Verteidigungsminister Ponce zum Chef Administración Nacional de Telecomunicaciones ernannt.<sup>216</sup> Der folgende sowie der aktuelle Verteidigungsminister sind beide Militärs und für Menschenrechtsverletzungen bekannt. Doch selbst der amtierende Präsident schreckt nicht davor zurück ehemalige Kriegsverbrecher zu ehren und die große Bedeutung der Armee für den Schutz der Demokratie in El Salvador zu betonen. Es verwundert daher auch nicht, dass die FAES bereits wiederholt im Inneren des Landes eingesetzt wurde, um den Drogenhandel und die Kriminalität zu bekämpfen.<sup>217</sup>

Dies hat auch damit zu tun, dass die neu gegründete PNC „seems to have been overwhelmed by a postpeace crime wave“<sup>218</sup>, der sie aufgrund fehlender Ressourcen nicht erfolgreich begegnen konnte. Daneben sank in der Zeit der öffentlichen Unruhen die Achtung der neuen Polizei vor den Menschenrechten und die Zahl der eingeschleusten Ex-Soldaten und Mitgliedern der früheren PN stieg. Dies „has justifiably raised fears that the PNC will, over time, become increasingly militarized“<sup>219</sup> und führte dazu, dass ihr anfangs noch positives Image in der Bevölkerung getrübt wurde.

Eine weitere Bedrohung für die Sicherheit der Zivilbevölkerung stellen die bis heute operierenden Todesschwadronen dar, die für Entführungen, Folter und politische Morde während des Bürgerkrieges bekannt waren und eigentlich längst hätten aufgelöst werden sollen. Doch unterschiedliche Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, dass sie immer noch aktiv sind, heute zählen jedoch nicht mehr hauptsächlich die FMLN-Kader zu ihren Opfern, sondern vor allem tatsächliche oder angebliche Mitglieder der Jugendbanden, sog. Maras. Das Problem dabei ist, dass die Taten der illegalen Sicherheitskräfte nicht von der Polizei aufgeklärt werden und somit unbestraft bleiben. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Morde mit der still schweigenden Zustimmung von oben ausgeführt werden.<sup>220</sup>

Auf der anderen Seite haben sich nach dem Ende des Bürgerkriegs jugendliche Kombattanten, die über keinerlei zivile Ausbildung verfügten und daher keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hatten, zu kriminellen Jugendbanden versammelt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte die Politik mit anderen Problemen zu kämpfen und erkannte nicht die von den Banden

<sup>216</sup> vgl. Stahler-Sholk, 1994, S. 13f

<sup>217</sup> vgl. Instituto de Derechos Humanos de la UCA, Cuidado con ese militar que lleva dentro, in: Envío, Nr. 304, Juli, 2007. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3600>

<sup>218</sup> Orr, 2001, S. 162

<sup>219</sup> McCormick, 1997, S. 303

<sup>220</sup> vgl. Kohler, Julia: Mord auf Befehl. Die Todesschwadronen in El Salvador gehören nicht der Vergangenheit an, in: iz3w, Nov./Dez. 2006, Nr. 297, S. 13, Amnesty International Report, El Salvador: The spectre of death squads, 1996. In: <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAMR290151996?open&of=ENG-SLV>

ausgehende Gefahr. Heute, wo sie bereits Teil des organisierten Verbrechens bilden und die Zahl der Mitglieder auf 25.000 geschätzt wird, hilft weder die Politik der harten („Plan Mano Dura“), noch der super harten Hand („Plan Súper Mano Dura“<sup>221</sup>). Denn nun versucht der Staat einem genuin sozialen Problem ausschließlich mit polizeilichen Maßnahmen zu begegnen, ohne den Jugendlichen eine Alternative zu bieten und sie in die Gesellschaft zu integrieren.<sup>222</sup>

Somit zeigt das heutige sicherheitspolitische Bild der beiden Länder, trotz Beilegung der Bürgerkriege, noch erhebliche Schattenseiten, wie die Remobilisierung der ehemaligen Kämpfer und Soldaten, die erhöhte Kriminalität, der Rückgriff auf staatliche Repressionsinstrumente und das Widererstarren des Militärs. Nicht alles sind unmittelbare Folgen der bald zwei Jahrzehnte zurückliegenden Bürgerkriege, teilweise liegen die Ursachen tiefer. Den Menschen fehlt das Vertrauen oder auch die Erfahrung in Mechanismen der friedlichen Konfliktlösung, denn "in Central America, a tradition of settling disputes by force was part of the political culture"<sup>223</sup> und um diese Tradition zu ändern braucht es noch vieler weiterer Maßnahmen, die aber vor allem auf der politischen Eben vollzogen werden müssen.

## 4.2 Politische Dimension

Im folgenden Kapitel soll untersucht werden, wie das politische System in beiden Ländern im Anschluss an die Bürgerkriege modifiziert wurde und inwieweit nun demokratische Standards erfüllt werden. Denn nur durch die Etablierung demokratischer Prinzipien können die grundlegenden Ursachen, die zum Ausbruch der Konflikte geführt haben, wie die soziale Ungerechtigkeit, mangelnde Berücksichtigung aller politischen Interessen und das Fehlen einer demokratischen politischen Kultur behandelt und gelöst werden. Dies geschieht aber nicht über Nacht, sondern es braucht seine Zeit bis die neuen demokratischen Spielregeln von allen Akteuren anerkannt werden.

### 4.2.1 Übereinkunft der ehemaligen Kriegsparteien über die Neuverteilung von Macht

Zunächst soll jedoch betrachtet werden, wie die Kriegsparteien im Anschluss an die Beilegung des bewaffneten Konfliktes die Macht untereinander aufgeteilt haben, und ob dabei alle Interessen berücksichtigt worden sind oder einige nicht am künftigen System beteiligt wurden. In den beiden Ländern wurden hier aufgrund der unterschiedlichen Friedensverhandlungen und Akteurskonstellationen verschieden Wege eingeschlagen.

<sup>221</sup> Rocha, José Luis: Mareros y pandilleros: ¿Nuevos insurgentes, criminales?, in: Envío, Nr. 293, August 2006. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3337>, Kohler, 2006, S. 13

<sup>222</sup> vgl. UCA de El Salvador: Plan "Mano Dura": violencia estatal contra las maras, in: Envío, Nr. 258, 2003. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1283>, Bauer, Richard: El Salvadors Gesellschaft in der Krise, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 11, 15. Januar 2007, S. 5

<sup>223</sup> Wrobel, 1997, S. 35

#### 4.2.1.1 Kompromisse in Nicaragua

Die Neuverteilung der Macht musste in Nicaragua ziemlich rasch geregelt werden, da der Wahlsieg der UNO und damit der Machtverlust der Sandinisten für alle Beteiligten unerwartet war und daher in Vorfeld keinerlei Vorbereitungen für diesen Fall getroffen worden waren.<sup>224</sup>

Auf der einen Seite sah sich die FSLN plötzlich in der Rolle der Opposition, versuchte jedoch in den zwei Monaten bis zur eigentlichen Machtübergabe „the most valuable yet vulnerable parts of the revolution’s accomplishments“<sup>225</sup> zu sichern. Auf der anderen Seite musste das Parteibündnis UNO, das durch nicht viel mehr als seine Gegnerschaft zu den Sandinisten zusammen gehalten wurde, nun die Regierungsführung übernehmen, ohne sich über die weitere Vorgehensweise im Klaren zu sein und eine Vielzahl von Problemen lösen, die im Laufe des Krieges entstanden sind oder sich zumindest verschärft haben, so wie der riesige Schuldenberg und die Hyperinflation Nicaraguas.<sup>226</sup>

Als dritter Akteur muss noch die Contra erwähnt werden, die jedoch nicht an den Verhandlungen zur Machtübergabe beteiligt wurde und nach ihrer Demobilisierung auch sonst keine politische Rolle mehr gespielt hat. Zwar lässt sich vermuten, dass mit der Abwahl der FSLN ihr wichtigstes Anliegen erfüllt wurde und ihre übrigen Interessen von der ideologisch verwandten UNO vertreten würden, doch damit liegt man nur teilweise richtig. Denn im Gegensatz zu den Contras blieben die Sandinisten aufgrund ihrer vielfältigen Verbindungen zur Arbeiterbewegung und anderen Bürgerorganisationen auch nach der Wahlniederlage und Beendigung des Krieges relativ mächtig.<sup>227</sup> Das Regierungsbündnis mochte sich anfangs noch als der politische Arm der Widerstandskämpfer begreifen, doch später wurde ziemlich schnell klar, dass die Regierung Chamorro sich nicht für das Wohlergehen der Contra verantwortlich fühlte, sondern vielmehr versuchte ihre eigenen ökonomischen Interessen durchzusetzen und erst auf wiederholten bewaffneten Druck hin zumindest teilweise auf ihre Forderungen einging (siehe dazu Kap. 4.1.2.1).

In diesem Klima der politischen Polarisierung und gesellschaftlichen Fragmentierung mussten die Verhandlungen zwischen dem alten und neuen Regime stattfinden, an deren Ende eine friedliche und geregelte Machtübergabe an die demokratisch legitimierte Regierung von Violeta Barrios de Chamorro stehen sollte. Schon allein diese Tatsache war ein Novum in der politischen Geschichte Nicaraguas und musste daher ohne Erfahrungshintergrund und feststehendes Regelwerk vollzogen werden. Es war jedoch klar, dass Chamorro mit den

<sup>224</sup> Auch wenn der Weg für die Friedensverhandlungen bereits vorher geebnet worden ist, hatte mit diesem Wahlergebnis niemand gerechnet- vgl. Envio Team, A Vote for Peace—Will It Come?, in: Envio, Nr. 104, 1990a. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2586>

<sup>225</sup> Close, 1999, S. 37

<sup>226</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 90f

<sup>227</sup> vgl. Envio Team: Grassroots Powers: Defending the Revolution, in: Envio, Nr. 104, 1990b. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2589>

scheidenden Sandinisten zusammen arbeiten musste, wollte sie die in ihrem Wahlprogramm versprochene Versöhnung und wirtschaftliche Stabilität für das Land erreichen.<sup>228</sup>

Trotz ihrer Wahlniederlage war die FSLN bei den Verhandlungen in einer vorteilhaften Position. Nicht nur hatte sie immer noch die Kontrolle über Armee und Polizei, durch die Gewerkschaften war auch ihr Rückhalt bei den Arbeitern und Angestellten gesichert; darüber hinaus verfügte die Partei bereits über jahrelange Regierungspraxis und wusste worauf es dabei ankam; die Parlamentsfraktion stand geschlossen hinter der Führung, und ihre Ziele waren klar auf den Schutz ihrer Sympathisanten und der revolutionären Erfolge ausgerichtet.<sup>229</sup>

Für die gewählte Regierung war die Situation ungleich schwieriger. Erstens hatte weder die Präsidentin (bis auf ihre kurze Mitgliedschaft in der JGRN), noch der Großteil ihres Beraterteams politische Erfahrungen. Zweitens war die Partei bereits kurz nach ihrem Sieg über die künftige Taktik gegenüber den Sandinisten gespalten. Während die eine Seite, angeführt von Lacayo, einen pragmatischen Kurs vertrat und nichts gegen eine sinnvolle Kooperation zum Nutzen des Landes einzuwenden hatte, hatte die andere Seite unter der Führung von Godoy eine radikal anti-sandinistische Einstellung und hätte am liebsten jegliche sandinistische Einflüsse aus dem politischen System Nicaraguas verbannt.<sup>230</sup> Die Präsidentin traf die Entscheidung über das weitere Vorgehen, als sie zur Bestürzung der Anti-Sandinisten Lacayo zu den Verhandlungen mit der FSLN schickte.

Das Ergebnis der Verhandlungen, die größtenteils geheim zwischen Lacayo und Humberto Ortega abgehalten wurden, waren die am 27. März 1990 unterzeichneten sog. Transition Accords. Darin einigten sich beide Seiten auf insgesamt 13 Punkte, die von der vollen Beachtung der 1987 von den Sandinisten verabschiedeten Verfassung bis zum Schutz der sandinistischen Denkmäler reichten.<sup>231</sup> Die wichtigsten Vereinbarungen umfassten die Verkleinerung und Unterstellung der EPS unter zivile Kontrolle, gleichzeitig „the accord committed the government to concrete guarantees that it would not interfere with the Sandinista-dominated command structure and personnel in those forces“<sup>232</sup> in Übereinstimmung mit der Verfassung und den bestehenden Gesetzen. Außerdem verpflichtete sich die neue Regierung, die Eigentumsrechte der bis zum 25. Februar 1990 im Rahmen der sandinistischen Landreformen begünstigten Familien zu respektieren, die Rechte der bestehenden Gewerkschaften und anderen Vereinigungen anzuerkennen und den mehrheitlich sandinistischen Regierungsbeamten ihre Arbeitsplätze zu garantieren. Des Weiteren setzten sich beide Seiten für ein „climate of Reconciliation and Amnesty“<sup>233</sup> ein, in dem Waffen und militärische Ausrüstung nur von Mitgliedern der Polizei und Armee geführt werden dürfen.

<sup>228</sup> vgl. Anderson/Dodd, 2005, S. 85

<sup>229</sup> vgl. Close, 1999, S. 45, A Vote for peace, Envio, 1990

<sup>230</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 93

<sup>231</sup> Text der Transition Accords in: Close, 1999, S. 46f

<sup>232</sup> Uhlig, Mark A.: Nicaragua's permanent crisis: ruling from above and below, in: Survival, Jg. 33, Nr. 5, 1991, S.

407

<sup>233</sup> Punkt 5 der Transition Accords, in: Close, 1999, S. 46

Insgesamt kann das Übergangsabkommen als Gewinn für die FSLN gewertet werden, da

„the accord only reiterated general obligations that the Sandinista leadership had already assumed before the international community in establishing the election process. And it made no substantial addition to the public commitments already made by President Ortega in his election-night concession speech.“<sup>234</sup>

Es verwundert daher nicht, dass der ausgeschlossene rechte Flügel der UNO äußerst harsche Kritik daran übte und die enge Zusammenarbeit Lacayos mit dem „ ‚enemy‘ as traitorous“<sup>235</sup> ansah. Als Chamorro kurze Zeit später auch noch den Armeevorsitz beim General Ortega beließ, war dies der Beginn der innerfraktionellen Spaltung der Regierungsfraktion, die bis zum Ende der Legislaturperiode andauern sollte und die Präsidentin um der Regierbarkeit willen in die Kooperation mit der oppositionellen FSLN trieb. „Chamorro was forced to reach a pact with the FSLN and govern with its political support, against disloyal opposition from much of the UNO coalition in the legislature.“<sup>236</sup>

Das Power-sharing zwischen der Regierung und den Sandinisten führte jedoch nicht nur zum Protest durch die konservativen UNO-Mitglieder und erheblichen Schwierigkeiten bei der Demobilisierung der Contras, sondern auch dazu, dass viele politische Institutionen Nicaraguas unverändert blieben. So blieben nicht nur Armee und Polizei de facto unter sandinistischer Kontrolle, auch die Gerichte, den Obersten Gerichtshof mit eingeschlossen, wurden erst später strukturellen und personellen Veränderungen unterzogen.

#### 4.2.1.2 Integration der Guerilla in das politische System El Salvadors

In El Salvador gab es, anders als in Nicaragua, keinen Machtwechsel im Anschluss an den Bürgerkrieg und bis heute stellt immer noch ARENA den Präsidenten des Landes. Die FMLN-Guerilla wurde jedoch nach ihrer Demobilisierung in eine Partei umgewandelt und auf diesem Wege erfolgreich ins politische System El Salvadors integriert, sodass sie an den folgenden Wahlen teilnehmen konnte und auch erste Erfolge erzielte.

Die Öffnung des politischen Systems für eine linke Partei war ein wichtiger Schritt des Landes hin zur Demokratisierung. Denn vor und während des Bürgerkrieges, „while elections were held (...), there was never any possibility of participation for those parties left of center.“<sup>237</sup> Der kontinuierliche Ausschluss der Linken von der Möglichkeit politischer Partizipation war einer der Gründe, warum sie schließlich zu den Waffen griff. Wenn sie ihre Interessen nun friedlich auf politischem Wege vertreten könnte, wäre zumindest eine Konfliktursache gebannt. Bei den Friedensverhandlungen kämpfte die Guerilla daher auch um eine sichere Eingliederung in das zivile politische Leben, um dann von innen heraus das System ihren Vorstellungen gemäß verändern zu können. Schließlich sah der Friedensvertrag vor, dass

<sup>234</sup> Uhlig, 1991, S. 407

<sup>235</sup> Envio Team: On the Verge of Peace, or Civil War?, in: Envio, Nr. 105, 1990c. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2596>

<sup>236</sup> Peceny/Stanley, 2001, S. 161

<sup>237</sup> Orr, 2001, S. 156

die FMLN nach der von ONUSAL bestätigten erfolgreichen Demobilisierung durch den TSE als politische Partei legalisiert werden sollte.<sup>238</sup>

Dies geschah, trotz Zweifel an der Vollständigkeit der abgelieferten Waffen, am 14. Dezember 1992 und eröffnete der FMLN noch rechtzeitig die Möglichkeit bei den bevorstehenden Wahlen 1994 antreten zu können. Diese ersten Wahlen nach dem Ende des Bürgerkrieges waren von besonderer Bedeutung, da an diesem Termin die Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenfielen, weswegen sie auch als „Jahrhundertwahlen“ bezeichnet wurden. Dabei konnte sich die FMLN als zweitstärkste Partei im Parlament nach der siegreichen ARENA etablieren und in 16 von 262 Kommunen die Mehrheit erzielen.<sup>239</sup>

Die Partei hatte sich zwar eine größere Zustimmung von der Bevölkerung erhofft, man muss sich jedoch die fehlende Erfahrung der ehemaligen Guerilla und ihre im Vergleich zur dominierenden ARENA spärlichen finanziellen Mittel vor Augen halten. In späteren Wahlen sollte sie größere Erfolge erzielen, auch wenn es der FMLN bis heute verwehrt blieb, den Präsidenten des Landes zu stellen.

Um die Situation der FMLN besser einordnen zu können, bietet sich ein Vergleich mit der nicaraguanischen UNO an. Dabei werden einige wichtige Unterschiede sichtbar, die das schlechtere Abschneiden der salvadorianischen Herausforderer erklären. Da wäre einmal die direkte Abstammung der Partei FMLN aus der gleichnamigen Guerilla. Dies erleichtert zwar die Identifikation und Widererkennbarkeit durch ihre Anhänger, - macht sie für ihre Gegner jedoch nahezu unwählbar. Die UNO hingegen ist ein rein politisches Parteibündnis, das sich ideologisch mit der Contra verbunden fühlte, sonst aber durch ihre Versöhnungs-Kampagne die gesamte Bevölkerung ansprechen wollte und konnte. Aus dem gleichen Grund resultiert die mangelnde politische Erfahrung der FMLN, die man zwar auch den nicaraguanischen Neulingen attestieren könnte, in letzterem Fall wurde dieser Nachteil jedoch durch die massive US-amerikanische Unterstützung wettgemacht. Womit auch schon der nächste Punkt für die bessere Stellung UNOs genannt ist. Da die USA an einem möglichst erfolgreichen Abschneiden der Opposition (an einen Sieg hatten selbst sie nicht geglaubt) bei den Wahlen 1990 interessiert waren, ließen sie dem Parteibündnis erhebliche finanzielle und technische Unterstützung zukommen.<sup>240</sup> Im Gegensatz dazu unterstützten sie zwar den salvadorianischen Friedensprozess, waren der FMLN gegenüber jedoch nicht so freundlich gesinnt. „The U.S. government was not ‘engaged with’ such groups as an external sponsor, as it had been an external sponsor of the anti-Sandinista opposition in Nicaragua.“<sup>241</sup>

Auf diese Weise war die FMLN bei ihrer Umgestaltung in eine politische Partei auf sich allein gestellt und konnte bei den Wahlen 1994 nicht den gleichen Erfolg erzielen wie die gespon-

<sup>238</sup> vgl. Kap. VI, Friedensvertrag von Chapultepec

<sup>239</sup> vgl. MacLeod, 2006, S. 40

<sup>240</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 83f

<sup>241</sup> Barnes, William A.: Incomplete Democracy in Central America: Polarization and Voter Turnout in Nicaragua and El Salvador, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Nr. 3, 1998, S. 76

serte UNO zwei Jahre zuvor. Somit blieb sie auch bei der Neuverteilung der Macht eher außen vor, da sie weder über den politischen Vorsprung der FSLN verfügte noch einen Wahlsieg wie die UNO vorweisen konnte. FMLN ist es jedoch im Vorfeld der Wahlen, während der Friedensverhandlungen gelungen, aufgrund des militärischen Patts von der Regierung politische Zugeständnisse abzurufen, auf die noch im Folgenden eingegangen wird.

#### **4.2.2 Stärkung der Demokratie durch Verfassungsreformen**

Das Ende von Bürgerkriegen bietet neben anderen Herausforderungen auch eine Chance, das politische System des betroffenen Landes zu reformieren. Die Reformen sollen dazu dienen, die staatlichen Institutionen zu stärken und demokratischen Prinzipien zu unterstellen, um eine in Folge des Krieges meist sehr starke Exekutive in ihrer Macht zu beschränken. Dafür müssen die anderen Gewalten – in Lateinamerika kommt zu der Legislative und Judikative meist noch die Elektorale hinzu – in ihrer Unabhängigkeit gefestigt werden und geeignete Kontrollmechanismen gegenüber der ausführenden Gewalt entwickeln. Daneben muss auch dem Schutz und Respekt von Menschenrechten eine angemessene Stellung im politischen System zugesichert werden, da besonders in Kriegszeiten diese nur wenig geachtet oder sogar mutwillig verletzt werden.

Auch in den vorliegenden Fallbeispielen wurden im Anschluss an die Bürgerkriege Verfassungsreformen vorgenommen, inwiefern sie jedoch tatsächlich zur Stärkung der Demokratie beigetragen haben, soll im Folgenden untersucht werden.

##### **4.2.2.1 Krise in Nicaragua**

Als Chamorro 1990 die Führung übernahm, bildete die, von den Sandinisten 1987 verabschiedete Verfassung die Grundlage für ihr Handeln. Auch wenn das Dokument durchaus demokratische Züge aufwies, indem es persönliche Rechte und bürgerliche Freiheiten betonte und Gewaltenteilung für das politische System Nicaraguas festschrieb, ist es dem Land auch unter der FSLN nicht gelungen liberal-demokratische Spielregeln und unabhängige politische Institutionen zu etablieren.

„Nicaragua had a constitutional document, but it had not developed the shared norms and expectations about how a legitimate government should act that underlie a constitutional regime. The country had not achieved a consensus about many political issues.“<sup>242</sup>

Vielmehr war das System von einer starken Exekutive geprägt, das dem Präsidenten eine Fülle von Rechten zugestand, ohne dass er sich einer wesentlichen Kontrolle durch die anderen Verfassungsorgane ausgesetzt sah. Dies mag zwar in Zeiten des Krieges und Not-

---

<sup>242</sup> Close, 1999, S. 68

standes noch verständlich sein, doch nach der Amtsübernahme durch die neue Regierung mussten Änderungen vorgenommen werden.<sup>243</sup>

In der Regierungspartei herrschte jedoch Uneinigkeit darüber, wie weit diese Änderungen gehen sollten, ob die bestehende Verfassung nur einer Reform unterzogen oder ob eine gänzlich neue ausgearbeitet werden sollte. Die anti-sandinistischen Hardliner bildeten eine eigene verfassungsgebende Versammlung, nachdem sich die Präsidentin zum wiederholten Male nicht auf ihre Seite gestellt hatte und wollten letzten Endes den Sturz der Regierung erreichen. Dies markierte das „faktische Auseinanderbrechen der Regierungskoalition“<sup>244</sup> und das Einsetzen einer Minderheitsregierung mit den verbliebenen UNO-Mitgliedern und der oppositionellen FSLN. Da die orthodoxe Führung der Sandinisten fortan teilweise den neoliberalen Wirtschaftskurs der Regierung mit trug, kam es auch in der FSLN zur Abspaltung eines Flügels unter Ramírez, der sich für eine Erneuerung der Partei und sozialdemokratische Ziele einsetzte.<sup>245</sup>

In Folge dieser parteiinternen Streitereien formierte sich im Parlament eine Koalition aus reformwilligen sandinistischen Abgeordneten und gemäßigten UNO-Mitgliedern, die sich von der Politik der Regierung nicht repräsentiert fühlten. Dieser Gruppe gelang die Aushandlung und Verabschiedung zahlreicher Verfassungsänderungen gegen den Willen der Exekutive und der konservativen Sandinisten. Doch auch nachdem das Parlament die Änderungen ratifiziert hatte, weigerte sich die Regierung diese anzuerkennen und „bewirkte damit die Paradoxie, dass sie selbst noch nach der sandinistischen Verfassung regierte, das Parlament aber die neue Verfassung als gültig betrachtete.“<sup>246</sup> Ein Grund für diese Regierungshaltung war, dass die Reformen die Macht der Exekutive beschränkten, sich konkret gegen den ökonomischen Kurs der Regierung richteten und die mögliche Präsidentschaft Lacayos (dem Schwiegersohn und engen Berater Chamorros) zu verhindern suchten.<sup>247</sup>

Das Oberste Gericht wurde in den Streit miteinbezogen, wobei seine zugunsten der Regierung ausgefallene Entscheidung nicht vom Parlament akzeptiert wurde, da die von ihm neu gewählten Richter nicht zur Urteilsfindung zugelassen wurden. Erst langwierige Verhandlungen in Paris zwischen Exekutive und Legislative, unter Einschaltung nationaler und internationaler Vermittler, konnten die fünfmonatige Krise durch Kompromisse lösen. Diese schwächten die Reform ab und gaben ihr den Anschein, „obviously a political solution more than a legal one“<sup>248</sup> zu sein.

<sup>243</sup> vgl. Walker, 2003, S. 166f, Bischoff-Peters, Uta: Zivilgesellschaftliche Demokratiepotenziale im postsandinistischen Nicaragua, Münster, 2004, S. 87, Close, 1999, S. 66f

<sup>244</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 110

<sup>245</sup> vgl. Close, 1999, S. 84

<sup>246</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 111

<sup>247</sup> vgl. Dye/ Butler/Abu-Lughod/ Spence, 1995. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/contesting.htm>

<sup>248</sup> Nitlápán-Envío team: Not Yet to the Root of the Crisis, in: Envío, Nr. 169, 1995. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1882>

So bestand das Parlament zwar darauf, dass internationale Verträge zur Gültigkeit seiner Zustimmung bedürfen, machte jedoch Zugeständnisse bei der Steuer- und Finanzgesetzgebung. Des Weiteren wurde der „Nepotismusartikel“, der die „Kandidatur naher Angehöriger des Staatsoberhauptes bei Präsidentschaftswahlen“<sup>249</sup> verbieten sollte, bis nach den kommenden Wahlen verschoben. Zuletzt erhielt die Nationalversammlung den Auftrag, ein Rahmengesetz für die beschlossenen Reformen zu verabschieden. „Legally it is incongruent with the constitutional reforms themselves, limiting very important aspects of them and deferring them in time at least until 1997.“<sup>250</sup>

Es konnte jedoch eine Vergrößerung des Obersten Gerichtshofs erreicht werden, der ab 1995 nicht mehr sieben, sondern zwölf Richter umfassen und in vier Kammern aufgeteilt werden sollte, unter dem nächsten Präsidenten wurde die Zahl auf 16 erhöht. Die stetige Erhöhung der Richterzahl trägt wohl weniger zur Stärkung des Organs bei; eher scheint es so, als ob jeder Präsident seine Gefolgsleute als Oberste Richter sehen möchte. Die Richter würden von der Legislative und Exekutive zusammen ausgewählt. Diese Änderungen bewirkten aber keine grundlegenden Verbesserungen der parteipolitisch dominierten Institution, die zu schwach ist gegen Entscheidungen von oben anzugehen.<sup>251</sup>

Größere Reformen wurden bezüglich der Obersten Wahlkommission (CSE) des Landes vorgenommen, die allerdings allesamt nicht zur Demokratisierung und Professionalisierung dieses Organs beitrugen. Neben der Tatsache, dass die Veränderungen nur elf Monate vor den nächsten Wahlen beschlossen wurden, was sehr schnelles Handeln erforderlich machte, erhöhten sie die Zahl der Wahlen, die am kommenden Termin abgehalten werden sollten auf sechs, was die CSE hoffnungslos überforderte und zu Unregelmäßigkeiten 1996 führte. Außerdem sollten die Mitglieder der regionalen Wahlgremien in Zukunft nicht mehr Beamte der CSE sein, sondern von den Parteien benannt werden, was ihre Unabhängigkeit in großem Maße negativ beeinflussen und die bis dahin einwandfreie Arbeit der CSE nicht mehr garantieren würde.<sup>252</sup>

Die Lösung der Krise vermochte zwar die Einigung zwischen der Exekutive und Legislative zu erreichen, doch manchen mutete sie wie ein weiterer Pakt der politischen Elite des Landes untereinander an. Unter Ausschluss der übrigen Parlamentarier und bei Umgehung des konstitutionellen Rahmens einigten sich die Spitzenpolitiker auf eine zahnlose Reform, die die Demokratie des Landes nicht vorantreiben konnte.<sup>253</sup> Damit wurde ein Präzedenzfall für die weitere politische Zukunft Nicaraguas geschaffen, der bereits unter dem nächsten Präsidenten wiederholt werden würde.

---

<sup>249</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 111

<sup>250</sup> Nítlápan-Envío team, 1995

<sup>251</sup> vgl. Spence, 2004, S.66, Close, 1999, S. 70

<sup>252</sup> vgl. Close, 1999, S. 181f

<sup>253</sup> vgl. Close, 1999, S. 85, Nítlápan-Envío team, 1995

#### 4.2.2.2 El Salvadors schwache Institutionen

In El Salvador waren die Reformen der Judikative und der elektoralen Gewalt in den Friedensverträgen festgeschrieben, auch wenn die Behandlung dieser Themenbereiche bei Weitem weniger ausführlich ausfiel als die Sicherheitsreformen. Sie bedurften daher keiner grundlegenden Aushandlung im Parlament, was in Nicaragua zu einer Verfassungskrise geführt hatte. Daneben forderte der Vertrag die Einrichtung einer neuen staatlichen Institution zum Schutz der Menschenrechte: „The National Counsel for the Defence of Human Rights“<sup>254</sup>. Dieser Ombudsmann sollte sich mit Verletzungen der Menschenrechte durch die Staatsgewalt befassen und zu deren Aufklärung beitragen.

Die Reform der salvadorianischen Judikative umfasste zunächst das Auswahlverfahren der Obersten Richter, die vorher mit einfacher Mehrheit vom Parlament gewählt wurden, was der Regierungspartei die Benennung ihr zugeneigter Richter ermöglichte. Nach der Reform, die allerdings erst 1994 umgesetzt wurde, benötigte man dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Dies erforderte die Absprache unter den Parteien und sollte die Unabhängigkeit des Gerichtshofes gewährleisten. Eine weitere Vorkehrung gegen parteiische Richter sah vor, dass die Auswahlkandidaten vom Nationalen Richterrat festgelegt wurden, um Kuhhandel zwischen den einzelnen Fraktionen zu verhindern. Die Mitglieder des Rates sollten ebenfalls mit Zwei-Drittel Mehrheit gewählt werden, was seine frühere Abhängigkeit vom Obersten Gerichtshof aufheben sollte.<sup>255</sup> Daneben schrieb der Friedensvertrag vor, dass die Ausbildung der Richter professionalisiert werden sollte, um die ansonsten schwache Leistung der Judikative zu verbessern und dadurch ihre Stellung im politischen System El Salvadors zu stärken.<sup>256</sup>

Doch trotz der vollzogenen Reformen gibt es weiterhin Kritik an den salvadorianischen Gerichten. Richter sollen noch immer unzureichend ausgebildet und einige anfällig für Korruption bzw. politische Einflussnahme sein. Auch wird bezweifelt, dass mit dem neuen Auswahlverfahren der Obersten Richter das enge Verhältnis zwischen ARENA und dem Obersten Gerichtshof ein Ende finden wird. Denn die Auswahl der Ratsmitglieder durch das Parlament und die Möglichkeit des Obersten Gerichtshofes, diese im Falle von Unvermögen u.a. zu entfernen bewirken wieder die Abhängigkeit des Rates vom Gericht und der Regierung. Damit konnte die zentralistische und parteigebundene Struktur auch durch die Reformen nicht endgültig durchbrochen werden.<sup>257</sup>

Die Strafgerichte sind mit der hohen Kriminalitätsrate nach dem Ende des Bürgerkrieges überfordert, sodass die einzelnen Fälle nur langsam bearbeitet werden, die Untersuchungshafte übermäßig lang ist und es selten zu Verurteilungen kommt.<sup>258</sup> Die schlechte Performan-

<sup>254</sup> Kap. III, Friedensvertrag von Chapultepec

<sup>255</sup> Spence, 2004, S. 58

<sup>256</sup> vgl. Kap. III, Friedensvertrag von Chapultepec

<sup>257</sup> vgl. Cardenal, 2004, S. 113

<sup>258</sup> vgl. Spence, 2004, S. 59

ce der Gerichte erklärt sich auch damit, dass die Zusammenarbeit mit der neu geschaffenen PNC von fehlender Kooperation und gegenseitigen Vorwürfen gekennzeichnet ist. „One could say that there is a ‚generation gap‘ between these state entities.“<sup>259</sup> So beschuldigte der Minister für öffentliche Sicherheit das Gerichtswesen der Unterstützung des Verbrechens durch willkürliche Urteile und warf einem Richter vor, die Arbeit der Polizei zu behindern. Die Vorwürfe richteten sich jedoch nicht gegen konkrete Fälle, sondern zielten immer generell gegen das System als solches. Daraufhin beklagte sich ein Richter des Obersten Gerichtshofes über die mangelhafte Ausbildung der Polizisten und die Ignoranz der Polizeiführung gegenüber den Versäumnissen auf der unteren Ebene.<sup>260</sup> Diese Praxis hat sich auch in der jüngeren Vergangenheit, nach der Verabschiedung des Plans „Mano Dura“ wiederholt, als Gerichte sich gegen voreilige Verhaftungen stellten und damit erneut den Zorn der Polizei auf sich zogen.<sup>261</sup>

Lange Zeit zeigte sich das gleiche Ministerium auch gegenüber der Beauftragten für den Schutz der Menschenrechte feindselig, indem es ihre Urteile als politisch motiviert diskreditierte, vor allem wenn sie sich gegen das Vorgehen von Polizisten richteten. Auch von Seiten der Regierung stieß die Tätigkeit der neuen Institution auf wenig Verständnis und Gegenliebe. Im Gegenteil, kürzte die Regierung die finanziellen Mittel für das Amt und zeigte auf diese Weise ihre geringe Wertschätzung für die neue politische Einheit, die als „essential for the growth of peace and democracy, as outlined in the accords“<sup>262</sup> angesehen wird. In Folge dessen war der Ombudsmann für Menschenrechte zumindest noch nicht in der Lage, die bei ihm eingereichten Beschwerden gebührend zu verfolgen und damit den in ihn gesetzten Erwartungen gerecht werden.<sup>263</sup>

Darüber hinaus missachteten bisher alle Regierungen die Empfehlungen der Wahrheitskommission und der vom UN-Generalsekretär einberufenen Joint Group to Investigate Politically Motivated Illegal Armed Groups, nach deren Erkenntnissen Verbindungen zwischen den wieder erstarkenden Todesschwadronen, dem organisierten Verbrechen und Mitgliedern der Armee bzw. Polizei bestehen. Die einzige Reaktion von Seiten der Regierung auf den Aufruf, eine eingehende Untersuchung der Strukturen des organisierten Verbrechens vorzunehmen und die aufgezeigten Menschenrechtverletzungen erneut zu analysieren, war die hastige Verabschiedung eines Amnestiegesetzes, das die Straffreiheit für sämtliche während des Krieges begangene Verbrechen garantierte. Dieses Gesetz verletzt nicht nur die salvadorianische Verfassung, internationale Menschenrechtsverträge und den Friedensvertrag von Chapultepec, der die Aufklärung der von der Wahrheitskommission vorgestellten Fälle

---

<sup>259</sup> Cañas, Antonio; Dada, Hector: Political Transition and Institutionalization in El Salvador, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America, Washington D.C., 1999, S. 82

<sup>260</sup> Cañas/Dada, 1999, S. 83f

<sup>261</sup> vgl. Spence, 2004, S. 62

<sup>262</sup> Cañas/Dada, 1999, S. 84

<sup>263</sup> vgl. Cardenal, 2004, S. 111

verlangt, das Gesetz trägt vor allem dazu bei, dass eine Chance für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit vertan wurde und somit die Kriegsverbrecher, die nur zu fünf Prozent aus FMLN-Kreisen kamen, bis heute auf freiem Fuß sind.<sup>264</sup>

Es lässt sich angesichts der genannten Mängel feststellen, dass die Führung El Salvadors dem Gerichtswesen und dem Schutz der Menschenrechte nicht die notwendige Aufmerksamkeit zukommen lässt, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen schwächt und gleichzeitig die Etablierung des formalen und materiellen Rechtsstaats, die für eine nachhaltige Demokratisierung unabdingbar ist, verhindert.

Was die angestrebten Reformen des Tribunal Supremo Electoral (TSE) betrifft, so zeigte sich die Regierung nach den international als fehlerhaft kritisierten Wahlen von 1994 durchaus bereit grundlegende Änderungen des Wahlrechts sowie des Tribunals vorzunehmen. Nachdem jedoch die konkreten Vorschläge von einer unabhängigen Kommission ausgearbeitet worden sind, gingen sie nicht in die Reformen mit ein. Die von der ARENA-Mehrheit schließlich verabschiedeten Änderungen erschwerten die Gründung neuer Parteien, verkürzten die staatlichen Zahlungen für Wahlkampagnen (auf die ARENA aufgrund großzügiger Spenden nicht angewiesen ist) und brachten für die Wähler keine Verbesserungen in dem komplizierten Registrierungssystem. Darüber hinaus wurden vor den nächsten Wahlen die unliebsamen Tribunalsmitglieder von ARENA mit Unterstützung der PDC durch „geeignete“ Kandidaten ersetzt. „Needless to say, none of this either enhanced the independence of the TSE.“<sup>265</sup> Ansonsten war das TSE schon früher für seine geringe Professionalisierung und Parteiloyalität bekannt, womit das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institution und die Rechtmäßigkeit der Wahlen schwach ausgeprägt war. Dies ist eine der Erklärungen für die niedrige Wahlbeteiligung in El Salvador, die unter anderem das Thema des folgenden Kapitels sein wird.

#### **4.2.3 Saubere Wahlen sind nicht gleich Demokratie**

Die Abhaltung demokratischer Wahlen spielt in Nachkriegsgesellschaften eine bedeutende Rolle, da sie die Bevölkerung in die Lage versetzen, eigenständig über ihre politischen Führer zu bestimmen und dadurch Einfluss auf die künftige Politik zu nehmen. In der Nachkriegszeit werden die Wahlen meist von internationalen Beobachtern überwacht und zum Teil auch bei der Vorbereitung und Durchführung unterstützt. Dadurch und durch den Willen der politischen Klasse, ihre demokratische Einstellung und Legitimität gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu beweisen, laufen die Wahlen größtenteils unter der Beachtung der demokratischen Wahlgrundsätze ab. Doch im Anschluss daran verfällt die politische Elite nicht selten in ihre alten Handlungsmuster zurück. Die Bedeutung der Wahlen für die Demo-

<sup>264</sup> Serrano, Omar: From Insanity to Hope?, in: Envio, Nr. 142, 1993. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1682>, Amnesty International Deutschland: Regierung von El Salvador muss Amnestiegesetz aufheben!, 2005. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/El-Salvador/amnesty.html>

<sup>265</sup> Spence/Dye/Lanchin/Thale, 1997

kratisierung der Nachkriegsgesellschaften sollte daher nicht überbewertet werden, denn oft wirken hinter „procedural democracies“<sup>266</sup> undemokratische Praktiken weiter und erwecken somit nur den Anschein fortschreitender Demokratisierung. Solche Tendenzen lassen sich jedenfalls in beiden zentralamerikanischen Ländern beobachten und sollen im Folgenden neben den eigentlichen Wahlen genauer betrachtet werden.

#### 4.2.3.1 (Un-)Demokratische Transition?

Im Jahre 2006 gab es erneut einen überraschenden Sieger bei den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua, doch dieses Mal war die Stimmenverteilung genau andersrum als 1990. Nach drei gescheiterten Anläufen, gelang es dem Vorsitzenden der FSLN Daniel Ortega den Sieg über die liberal-konservativen Kandidaten zu erlangen und damit nach 16-jähriger Pause erneut das höchste Amt des Landes zu besetzen. Welche Entwicklung diesem Ereignis vorangegangen ist, soll im folgenden Abschnitt untersucht werden.

Nach der sechsjährigen Amtszeit der ersten Nachkriegspräsidentin waren zwar noch zentrale wirtschaftliche und politische Probleme ungelöst, doch es gab auch kleinere Fortschritte zu vermerken. So ist es während Chamorros Regierungszeit gelungen, im Dialog mit der FSLN eine Versöhnung zwischen den gemäßigten Konservativen und den Sandinisten zu erreichen und aus der überstandenen Verfassungskrise gingen die politischen Institutionen des Landes zumindest teilweise gestärkt und geeint hervor. Die radikal konservativen Kräfte haben jedoch nicht daran mitgewirkt, sondern stellten sich im Gegenteil gegen die notwendige Zusammenarbeit mit der FSLN und spalteten sich vom Regierungsbündnis UNO ab, um bei den nächsten Wahlen als eigenständige Gruppierung auftreten zu können.

Die stärkste Partei in dieser Liberalen Allianz (AL) war die PLC des Präsidentschaftskandidaten Arnoldo Alemán, dem damaligen Bürgermeister Managuas, die zusammen mit anderen konservativen Parteien einen anti-sandinistischen Block bildeten. Die Wurzeln der PLC reichen noch in die Ära Somozas zurück und obwohl die Partei nicht mit dem Diktator kooperierte, schlossen sich nach der sandinistischen Revolution einige Somoza-Anhänger der Partei an und begriffen sie als Nachfolger der somozistischen PLN. Die Wahlkampagne der Allianz wurde dann auch von im Exil lebenden ehemaligen nicaraguanischen Oligarchen finanziert, die sich von deren Sieg die mögliche Rückkehr in ihre Heimat versprachen.<sup>267</sup> Doch auch die kleinen und mittleren Unternehmer genauso wie ehemalige Contras unterstützten die Allianz. Somit gelang es der AL, sowohl anti-sandinistische Anhänger als auch Gruppen, die sich von der Vorgängerregierung ausgeschlossen oder übergangen fühlten, unter einem Dach zu vereinen.<sup>268</sup>

---

<sup>266</sup> Dye, 2000, S. 1

<sup>267</sup> vgl. Hoyt, Katherine: Parties and Pacts in Contemporary Nicaragua. In: Close, David/Deonandan, Kalowatie (Hrsg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, 2004, S. 20

<sup>268</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 132f

Alemán siegte mit einem Vorsprung von 14 Prozent bei den Wahlen 1996 über Daniel Ortega von der FSLN, wobei die Nachfolgepartei der UNO unter der Führung Lacayos vom CSE nicht zugelassen worden war. Im Parlament verpasste die AL die absolute Mehrheit, wodurch sie für die Verabschiedung von Gesetzen auf die Stimmen anderer Parteien angewiesen war. Die FSLN erlitt Verluste bei den Parlamentswahlen, konnte jedoch im Vergleich zu 1990 mehr Kommunen für sich gewinnen, obwohl auch hier die AL dominierte. Die anderen acht Parteien, die an den Wahlen teilgenommen hatten, konnten außer 15 Parlamentssitzen keine Gewinne erzielen.<sup>269</sup>

Die Wahlergebnisse bestätigten die im nicaraguanischen Parteiensystem vorherrschende Bipolarität, die sich seit 1979 aus der Gegnerschaft zur FSLN entwickelt hat und damit die früher geltende Konfliktlinie zwischen Liberalen und Konservativen ablöste. Seitdem ist die FSLN die einzige Partei, die bei allen Wahlen eine beachtliche Stimmenanzahl auf sich vereinen konnte, während die Fluktuation bei ihren Herausforderern bemerkenswert ist. So sind weder die UNO noch die AL ein zweites Mal angetreten. „En otras palabras, la polarización se mantiene, pero cambian los actores.“<sup>270</sup>

Wie bereits im vorhergehenden Kapitel angesprochen, kam es in Folge der unmittelbar vor den Wahlen verabschiedeten Reformen zu einigen Unregelmäßigkeiten. Diese hatten zwar keinen Einfluss auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen, aber das Vertrauen der Menschen in den CSE war infolgedessen angeschlagen, vor allem weil die Fehler nicht genauer untersucht wurden. Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass die Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft viel geringer war als sechs Jahre vorher und die internen Akteure die Probleme entweder nicht bewältigen konnten oder wollten, wie es bei der politischen Elite der Fall war.<sup>271</sup> Diese geringen Beeinträchtigungen der Wahlen sind allerdings nicht mit dem vergleichbar, was sich nach Alemáns Sieg in Nicaragua abgespielt hat.

Bereits am Anfang seiner Amtszeit wurde klar, dass er sich nicht, wie angekündigt, um die Probleme der armen Bevölkerungsschichten sorgen werde, sondern alleine die eigenen Interessen und die Wünsche seiner Unterstützer aus den USA zu verwirklichen suchte. „The new president quickly displayed strong caudillo-like tendencies that ran counter to the efforts at institutional consolidation emanating from the 1995 amendments.“<sup>272</sup> Aufgrund der Geschlossenheit seiner Partei im Parlament gelang es ihm, die Legislative seiner eigenen Führung unterzuordnen; die Ministerposten besetzte er ausschließlich mit dem Ziel, seine Ein-

<sup>269</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 138f

<sup>270</sup> „Mit anderen Worten, die Polarisierung bleibt, aber die Akteure wechseln“ (Übers. des Autors): Ortega Hegg, Manuel: Participación y Democracia en Nicaragua. In: Córdova Macías, Ricardo/Kurtenbach, Sabine/Maihold, Günther (Hrsg.): Pasos hacia una nueva convivencia democracia y participación en Centroamérica. San Salvador, 2001, S. 123

<sup>271</sup> Booth, John A. : Electoral Observation and Democratic Transition in Nicaragua. In: Middlebrook, Kevin J. (Hrsg.): Electoral Observation and Democratic Transitions in Latin America. San Diego, 1998, S. 196f

<sup>272</sup> Dye, 2000, S. 4

flusssphären im gesamten Kabinett zu sichern, „completely isolated from professional criteria or governmental efficiency“<sup>273</sup>; er installierte neben dem Rechnungshof eine vergleichbare Institution, die jedoch der Regierung unterstand und damit den proklamierten Kampf gegen die Korruption unglaublich erscheinen ließ.<sup>274</sup>

Nach Massenaufständen und Protesten gegen die unsoziale Politik Alemáns blieb dem anti-sandinistischen Präsidenten schließlich keine andere Wahl, als sich mit der FSLN an einen Tisch zu setzen, um eine Lösung für die gesellschaftlichen Unruhen zu verhandeln. Doch aufgrund der „Fadenscheinigkeit des Unternehmens“<sup>275</sup> – die Liberalen waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit – verließ die Opposition alsbald den Dialog. Die Einigung kam dann auf einem ganz anderen Weg zustande: als Pakt zwischen den einstigen Gegnern Daniel Ortega und Alemán. So lösten sie das Problem der Eigentumsverteilung, das noch seit Chamorro in der Luft hing und einer der Auslöser für die Aufstände war, auf eine Weise, die zwar größtenteils die sandinistischen Regelungen bestätigte, für Bereiche der armen Bevölkerung jedoch den Ruin bedeutete, da ihnen keine Eigentumstitel zugestanden wurden.<sup>276</sup>

Das eigentliche Ziel der „semi-secret“ Verhandlungen war jedoch die Aufteilung und Sicherung der Macht zwischen den beiden Protagonisten unter Ausschluss aller übrigen Akteure. Dafür nahmen sie insgesamt 33 institutionelle und wahlrelevante Veränderungen vor, die vor allem den kleineren Parteien zum Nachteil gereichten. Im Einzelnen ersetzten sie den Vorstand des Rechnungshofes (der sich zu genau mit den korrupten Machenschaften des Präsidenten beschäftigte) durch ein sechsköpfiges Gremium, dessen Mitglieder vom Parlament gewählt werden; die Zahl der Mitglieder im Obersten Gerichtshof und im CSE wurde erhöht, wobei die Amtszeit der letzteren auf fünf Jahre verkürzt wurde – damit entspricht sie nun einer Legislaturperiode.<sup>277</sup>

Die Reformen sicherten auch die Immunität der beiden Parteiführer, indem die Zahl der Abgeordneten, die für eine Aufhebung dieser erforderlich sind, von der absoluten auf die Zweidrittel-Mehrheit angehoben wurde. Daneben schufen sie auch ihre zukünftigen Arbeitsplätze, da ehemaligen Präsidenten von nun an automatisch Parlamentsabgeordnete werden, nachdem ihre Amtszeit abgelaufen ist; für Präsidentschaftskandidaten, die auf dem zweiten Platz gelandet sind, gilt das auch (bis dahin erhielten alle unterlegenen Kandidaten einen Sitz in der Nationalversammlung). Eine weitere Gesetzesänderung setzte die für einen Präsidentschaftssieg notwendige Mehrheit in der ersten Wahlrunde von 45 auf 40, oder gar 35 Prozent herunter, falls der Abstand zum Zweitplatzierten 5 Prozent übersteigt.

<sup>273</sup> Chamorro, Carlos F.: The Style of an Authoritarian Caudillo, in: Envio, Nr. 191, 1997. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2017>

<sup>274</sup> vgl. Chamorro, 1997, Bischoff-Peters, 2004, S. 112f, Dye, 2000, S. 4

<sup>275</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 116

<sup>276</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 117

<sup>277</sup> Die wichtigsten Vereinbarungen des Paktes in: Nitlapan-Envio team: Is the Game All Sewn Up? Questions and Contradictions, in: Envio, 1999, Nr. 218, In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2268>

„This change is regarded by most observers as a key concession by Alemán to Daniel Ortega, as it facilitates winning an election on the first ballot, thereby obviating a second round in which other contenders would unite against the FSLN.“<sup>278</sup>

Die Änderungen des Wahlgesetzes machten die Genese neuer Parteien nahezu unmöglich, indem sie besonders hohe Anforderungen für die Registrierung der Neulinge aufstellten, zum Beispiel das Vorhandensein von Führungsgremien der Partei nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern auch in allen 151 Kommunen Nicaraguas. Aber auch die Aufstellung von Parteibündnissen wurde erschwert, da dafür nun jede einzelne Bündnispartei Unterschriftenlisten von drei Prozent der Bevölkerung vorweisen muss. Des Weiteren wurde eine Vier-Prozent-Klausel eingeführt; falls eine bestehende Partei weniger als vier Prozent der Stimmen bei einer Wahl erhält, erlischt ihr Parteistatus und sie muss sich von neuem bewerben. Trotz lautstarker Kritik, seitens nicaraguanischer Intellektueller und aus den Reihen der FSLN, konnte der Pakt weder modifiziert noch verhindert werden, was ihn nicht mal als Abmachung der politischen Elite untereinander, sondern einzig und allein als Vereinbarung zwischen zwei „Caudillos“ kennzeichnet.<sup>279</sup>

Dies zeigt, dass trotz der Legitimierung der Regierung Alemáns durch das Volk, die undemokratischen Auswüchse seines Führungsstils nicht abgeschwächt werden konnten und es ihm zusammen mit dem Parteiführer der Sandinisten gelungen ist, die eigenen Interessen auf Kosten der Demokratie durchzusetzen und alle wichtigen politischen Institutionen des Landes unter die Kontrolle der beiden Parteien zu stellen.

Bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2001 konnten in Folge der vollzogenen Änderungen des Wahlgesetzes nur noch drei Parteien bzw. Parteibündnisse antreten: Neben der PLC, die zusammen mit zwei anderen Parteien ein Bündnis bildete und der FSLN in Allianz mit zehn kleinen Parteien, konnte sich noch die Konservative Partei (PC) für die Wahlen qualifizieren. Als Kandidaten traten der Vizepräsident der scheidenden Regierung Bolaños, der bis dahin im Schatten Alemáns gestanden hatte und keine politischen Erfolge vorweisen konnte, Daniel Ortega für die FSLN und der Universitätsprofessor Saborío für die PC an, nachdem aussichtsreiche Kandidaten die Partei wegen zweifelhafter Entscheidungen verlassen mussten.<sup>280</sup>

Die Wahlen verliefen unter breiter nationaler und internationaler Überwachung, wobei aufgrund eines erwartet knappen Wahlergebnisses über 15.000 Polizisten und Soldaten eingesetzt wurden, um die Sicherheit und Ordnung am Wahltag zu garantieren. Ansonsten verliefen die Wahlen ohne Besonderheiten und bescherten Bolaños den Sieg und der PLC die absolute Mehrheit im Parlament. Nach der neuen Verfassung zogen auch Alemán und Orte-

<sup>278</sup> Dye, 2000, S. 8

<sup>279</sup> Bischoff-Peters, 2004, S. 119, Dye, 2000, S. 9f

<sup>280</sup> vgl. Schmid, Georg: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua am 4. November 2001, in: KAS, 12. Jg., Nr. 12/01, 2001, S. 95ff

ga in die Nationalversammlung ein, was ihren Einfluss auf die Politik der nächsten Jahre sicherstellte.<sup>281</sup>

Trotz vorheriger Befürchtungen gelang es dem neuen Präsidenten, sich von Alemán zu emanzipieren, mehr noch, er brachte den PLC Vorsitzenden aufgrund von Korruptionsvorwürfen sogar ins Gefängnis. Doch auch von da aus arbeitete der mit Daniel Ortega zusammen, dem es gelungen war, seinen Einfluss auf die nicaraguanische Judikative auszuweiten. „Rumors that the caudillos were discussing stripping the president of his immunity so that he could be tried for election offenses“<sup>282</sup>, zeigten den ungebrochenen Willen Alemáns und Ortegás, ihre Macht mit allen Mitteln zu verteidigen, auch wenn dies den Sturz eines gewählten Präsidenten erforderte. Gegen mehrere Mitglieder aus Bolaños' Regierung sollte ein Gerichtsverfahren gestartet werden, nachdem es der FSLN und Teilen der PLC, die sich immer noch mit Alemán verbunden fühlten, gelungen war, ihre Immunität aufzuheben. Alemán konnte mit Hilfe PLC-loyaler Richter in Hausarrest entlassen werden und übte seitdem verstärkt Druck auf Bolaños aus. Dieser vermochte es nicht, die Mehrheitspartei hinter sich zu vereinen und sah sich daher als Opfer eines sich anbahnenden Staatsstreichs. Das Äußerste konnte jedoch letztendlich durch eine Absprache zwischen Ortega und Bolaños verhindert werden.<sup>283</sup>

Auch von Seiten der Bevölkerung blieb ihm die Unterstützung verwehrt, denn trotz der offensichtlichen Erfolge Bolaños' im Kampf gegen die Korruption und für die Rechtsstaatlichkeit, spürte die Mehrheit der Bürger Nicaraguas in erster Linie die tiefen sozialen Einschnitte, die aus seinem Bekenntnis zur neoliberalen Wirtschaftspolitik resultierten. Eine Studie von Brot und die Welt ergab, dass 69,2 Prozent der ländlichen Bevölkerung im Zustand chronischen oder extremen Hungers leben. Neben fehlenden Ländereien ist, laut der Studie, auch die mangelnde Bildung für die Armut verantwortlich.<sup>284</sup> Angesichts dieser wirtschaftlichen Situation waren die unteren Bevölkerungsschichten bei den Wahlen 2006 nach 16 Jahren sozialer Sparmaßnahmen nicht mehr bereit, die liberal-demokratische Politik weiter mitzutragen. So wählten knapp 38 Prozent der Stimmberechtigten den Sandinistenführer Daniel Ortega zum aktuellen Präsidenten des Landes. Durch die im Pakt festgehaltenen Reformen konnte Ortega einen zweiten Wahlgang umgehen. Auch diese Wahlen wurden, genauso wie die vier vorangegangenen, als fair und frei bezeichnet.<sup>285</sup>

---

<sup>281</sup> vgl. Schmid, 2001, S. 105f

<sup>282</sup> Dye, David R.: Democracy Adrift: Caudillo Politics in Nicaragua, Hemisphere Initiatives, 2004, S. 32. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/democracyadrift.pdf>

<sup>283</sup> Nitlápán-Envío Team: Golpes y contragolpes, propuestas y contrapropuestas, in: Envío, 2005, Nr. 280. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2978>

<sup>284</sup> Neue Studie zeigt erschreckendes Ausmaß an Hunger in ländlichen Gebieten Nicaraguas, in: Nicaragua-Forum Heidelberg, 2005. In: <http://www.nicaragua-forum.de/05/nns2908.htm#1>

<sup>285</sup> Nitlápán-Envío Team: Daniel Ortega Presidente: del poder “desde abajo” al gobierno, in: Envío, November 2006, Nr. 296, In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3418>

#### 4.2.3.2 Noch immer kein Machtwechsel in El Salvador

In El Salvador sind die Probleme im Zusammenhang mit Wahlen anders gelagert als in Nicaragua, wo trotz der geringen positiven Auswirkungen der angepriesenen Demokratie, die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen auf nationaler Ebene bei über 70 Prozent lag. Beim zentralamerikanischen Nachbarn erreichte die Partizipation selbst bei den Jahrhundertwahlen 1994 gerade mal 53 Prozent, bei den Wahlen im Jahr 2000 stieg die Wahlenthaltung gar auf 63 Prozent. Obwohl die Wahlen in der Nachkriegszeit ohne größere Beeinträchtigungen sauber verlaufen sind, sank das Interesse der Bevölkerung daran zunehmend. Dabei hat die Wahlbeteiligung der Bürger auch über die eigentlichen Wahlen – also die selbstständige Bestimmung der politischen Führung – hinaus eine Bedeutung für das politische System eines Landes. Vor allem wenn es sich, wie El Salvador, im Prozess der Friedenskonsolidierung und Demokratisierung befindet. Schließlich stellt die Beteiligung an Wahlen die einfachste Form politischer Partizipation dar, die es der Bevölkerung erlaubt friedlich Einfluss auf die Politik ihres Landes zu nehmen. Gerade wenn es darum geht, aus früheren Untertanen aktive und mündige Bürger zu machen, die sich ihrer Rechte bewusst sind und von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, ist das breite Engagement aller gesellschaftlichen Schichten entscheidend für die Konstruktion eines demokratischen Systems. Eine hohe Wahlenthaltung in dieser Transformationsphase deutet hingegen auf Unzulänglichkeiten bei der Etablierung der Demokratie hin.<sup>286</sup>

In El Salvador lässt sich die Wahlenthaltung einerseits durch das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen des Landes erklären, andererseits gibt es dafür auch technische Gründe. Die technischen Hindernisse für eine hohe Wahlbeteiligung liegen im komplizierten Wahlsystem El Salvadors begründet, dessen grundlegende Reform bis heute ausgeblieben ist. So müssen sich die Wähler vor der Wahl in dafür eingerichteten Büros registrieren lassen, was vor allem für die arme ländliche Bevölkerung mit großem Aufwand verbunden ist, da es teilweise große Distanzen zu überwinden gilt. Darüber hinaus gibt es nicht genügend Wahllokale, sodass die Wähler mit langen Wartezeiten rechnen müssen und teilweise bereits vor ihrem Aufbruch zur Wahl durch Radiomeldungen über lange Schlangen oder Beschwerden von anderen Wählern von der Wahl abgeschreckt werden. Darüber hinaus bietet das TSE wenig Unterstützungsmaßnahmen beim Registrierungsprozess genauso wie bei den Wahlen an, sodass die Wähler auf sich alleine gestellt sind und vor allem die armen und ungebildeten Schichten der Bevölkerung aufgrund mangelnder Kenntnisse und Erfahrungen nicht an Wahlen teilnehmen.<sup>287</sup> Doch wirklich problematisch ist die Annahme einiger Autoren, dass die rechtskonservative ARENA, die seit Jahren die Regierung stellt, nicht an einer Steigerung der Wahlbeteiligung interessiert ist. Da vor allem die unteren Bevölkerungsschichten in El Salvador nicht an Wahlen teilnehmen, könnte es durchaus sein,

---

<sup>286</sup> Barnes, 1998, S. 69

<sup>287</sup> vgl. Barnes, 1998, S. 73

dass sie sich im Falle eines Wahlgangs für die linke FMLN entscheiden würden und somit den Sieg der ARENA gefährden. Deswegen vermeidet es die Regierung aus politischem Kalkül, Vereinfachungen des Systems und Hilfskampagnen für die Wähler durchzuführen.<sup>288</sup>

Da jedoch die technischen Schwierigkeiten teilweise auch in Nicaragua vorhanden sind, müssen die Gründe in der psychologischen Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Politik gesucht werden, die sich sogar mit Apathie beschreiben lässt. Für die Bürger scheint es nicht von Bedeutung zu sein, wer die Führung des Landes innehat, da sich außer den jeweiligen Personen sowieso nichts grundlegend verändern oder gar verbessern wird. Diese Gleichgültigkeit erklärt sich mit den enttäuschten Erwartungen der Salvadorianer nach jahrelanger Erfahrung mit dem vermeintlich demokratischen System, das im Anschluss an den Bürgerkrieg etabliert werden sollte. Davon versprachen sich die Bürger die Lösung ihrer sozioökonomischen Probleme. Die demokratisch legitimierte Regierung vermochte dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen, schlimmer noch: zehn Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrags meint fast die Hälfte der Bevölkerung, die wirtschaftliche Lage sei unverändert geblieben oder habe sich sogar verschlechtert. Außerdem ist nach dem Ende des Krieges ein anderes Problem hinzugekommen, das die Bürger in ähnlicher Weise beschäftigt: die steigende Kriminalität und Gewalt. Während die politische Gewalt in den letzten Jahren größtenteils eingedämmt werden konnte, ist es bisher nicht gelungen, effektiv gegen die Banden- und Drogenkriminalität vorzugehen. Aufgrund dieser wachsenden Sicherheitsbedrohung verlieren die Bürger nicht nur das Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes, die nicht mit dem Problem fertig werden, sie stellen gar das demokratische System in Frage. „Salvadorans have begun to question whether the democratic society that the accords attempted to build is really useful for living in peace and tranquility.“<sup>289</sup> Daraus erklärt sich auch die geringe Kritik gegen das harte Vorgehen der Regierung gegen die Maras, im Rahmen der Pläne „Mano Dura“ und „Super Mano Dura“.

Diese Einstellung und das fehlende Vertrauen richten sich nicht nur gegen die seit 1989 regierende ARENA, sondern auch gegen die FMLN, die auf nationaler Ebene noch keine Möglichkeit hatte, ihre Regierungsfähigkeit zu demonstrieren. Zwar stellt sie seit 1997 den Bürgermeister in der Hauptstadt San Salvador, in den übrigen Kommunen des Landes konnte ARENA aber größtenteils ihre Vormachtstellung behaupten. Aus der Opposition heraus ist es der FMLN bislang nicht gelungen, eine für die Mehrheit wählbare Alternative zu bieten und die Bürger aus ihrer Passivität heraus zu reißen.<sup>290</sup> Dies liegt unter anderem daran, dass die

<sup>288</sup> vgl. Cardenal, Rodolfo: El ausentismo cuestiona al sistema politico, in: Ders./González, Luis Armando (Hrsg.): El Salvador: la transición y sus problemas, San Salvador, 2004, S. 268, Zamora, Ruben I.: Participación y democracia en El Salvador, in: Córdova Macías, Ricardo/Maihold, Günther/Kurtenbach, Sabine (Hrsg.): Pasos hacia una nueva convivencia: Democracia y Participación en Centroamérica, San Salvador, 2001, S. 80

<sup>289</sup> Cruz, Jose Miguel: The Nature of the Political Transition: Advances and Setbacks in Democratic Consolidation, in: Arnsperg, Cynthia J. (Hrsg.): El Salvador's Democratic Transition ten Years after the Peace Accord, Washington D.C., 2002, S. 29

<sup>290</sup> vgl. Cardenal, 2004, S. 268

FMLN sich in ihrem Aufbau, trotz ihrer Vergangenheit als Guerillabewegung, die massenhafte Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren hat, nicht von den übrigen Parteien El Salvadors unterscheidet. Diese sind in erster Linie Wahlkampfmaschinen, die allein dem Zweck dienen an die Macht zu gelangen, über eine breite politische Basis verfügen sie jedoch nicht. Dies wird im folgenden Kapitel näher untersucht.

#### **4.2.4 Die Entwicklung der Parteien**

Wie bereits aus der Darstellung der politischen Systeme der beiden Länder deutlich geworden ist, spielen die Parteien auch über die Parlamente und Regierungen hinaus eine große Rolle in allen politischen Institutionen Nicaraguas und El Salvadors. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die gesellschaftliche Entwicklung der Parteien und ihren internen Aufbau genauer zu betrachten. Denn aufgrund des Verhältniswahlsystems, das in den Ländern bei Parlaments- und Kommunalwahlen angewandt wird, müssen sich die Wähler zwischen den einzelnen Parteien entscheiden und haben keinen Einfluss auf die Kandidaten. Diese werden von den Parteien selbst bestimmt. Falls ihr innerer Aufbau nicht demokratisch ist, führt dies dazu, dass die Parteispitze nur ihr gegenüber loyale Kandidaten benennt und diese dann in hohem Maße von ihr abhängig sind.

##### **4.2.4.1 Politischer Caudillismo in Nicaragua**

Das Parteiensystem in Nicaragua weist vor allem seit dem Pakt von Alemán und Ortega eine klare Tendenz zum Zwei-Parteiensystem auf. Denn auch wenn es da schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts zwei dominierende Parteien gegeben hat, ist der Pakt darauf ausgerichtet die kleineren Parteien, deren Rolle seit der sandinistischen Revolution langsam gewachsen ist<sup>291</sup>, gänzlich zur Bedeutungslosigkeit verkommen zu lassen oder sie allein für die Zwecke der beiden großen zu instrumentalisieren, zum Beispiel im Rahmen einer Wahlallianz. Daher spielt die Vielzahl der kleinen Parteien, die heute noch vor allem im Vorfeld von Wahlen in Erscheinung tritt, keine bedeutende Rolle im politischen System; es dominieren allein die beiden großen. Dadurch wird die bestehende Polarisierung der Gesellschaft in Sandinisten und Anti-Sandinisten weiter verstärkt, was die politischen Eliten der beiden Gruppen jedoch nicht daran hindert zusammen zu arbeiten. Wie es dazu gekommen ist, soll im Folgenden an der Entwicklung der FSLN und ihres derzeitigen Gegners, der PLC, betrachtet werden.

Was die großen Parteien betrifft, so weist die FSLN die längste politische Tradition im System Nicaraguas auf. Durch die bewaffnete Revolution 1979 an die Macht gekommen, verfolgte sie damals das Ziel, mit Hilfe ihrer vielfältigen Basisorganisationen ein ganzheitlich demokratisches System aufzubauen und die Interessen der unteren Gesellschaftsschichten

---

<sup>291</sup> Ortega Hegg, 2001, S. 127

zu befriedigen. Obwohl es der FSLN in den ersten Jahren gelungen ist, eine Menge sozialer Reformen auf die Beine zu stellen, die das Leben der unterprivilegierten Klassen verbesserten, verlor sie bald ihren direkten Bezug zur Bevölkerung, da die meisten Entscheidungen genauso wie Personalfragen vom neunköpfigen Nationaldirektorat (DN) der Partei getroffen wurden. Auf diese Weise hatten weder die elf parteinahen Bürgerorganisationen noch die regionalen Gremien die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik der FSLN zu nehmen. Diese Situation verschärfte sich seit dem Beginn des Contra-Krieges, der die Konzentration auf die Parteispitze maximierte. Die steigenden Kriegskosten führten neben der stagnierenden Wirtschaft dazu, dass sie ihre Sozialprogramme nicht mehr finanzieren konnte und dadurch weite Teile der Bevölkerung endgültig in die Arme der sich formierenden Opposition trieb.<sup>292</sup>

Nach ihrer Wahlniederlage beging die Partei einen folgenschweren Fehler, der sie in den Augen ihrer Anhänger für lange Zeit diskreditieren sollte: die *piñata*. Dabei einigte sich die Führungsspitze widerrechtlich Immobilien und andere Güter an, um trotz des Machtverlusts nicht mit leeren Händen da zu stehen. In der unübersichtlichen Zeit, als die alte Regierung bereits abgewählt, die neue aber noch nicht im Amt war, legalisierte sie rasch alle Besitztümer, die sie im Laufe ihrer Regierungszeit erworben hatte. Obwohl dieses Vorgehen öffentlich kritisiert wurde, unternahm die neue Präsidentin nichts dagegen, sondern akzeptierte die Bereicherung stillschweigend.<sup>293</sup>

In der Folgezeit fiel es den Sandinisten nicht leicht, sich mit ihrer neuen Rolle als Opposition anzufreunden. Zwar versuchte die Partei, sich den harten Einschnitten in der Sozialpolitik und Lohnsenkungen im öffentlichen Sektor zu widersetzen, doch gleichzeitig ging die Führung Kompromisse mit der Regierung ein und beharrte nicht auf der Erfüllung der Forderungen, die von den protestierenden Gesellschaftsgruppen – großteils Wählern der FSLN – gestellt wurden. Dies führte nicht nur zum Vertrauensverlust bei den sandinistischen Anhängern und zur Loslösung der Massenorganisationen von der FSLN, sondern zog letztendlich auch die Spaltung der Partei nach sich. Die Trennungstendenzen machten sich bereits auf der ersten Parteiversammlung (wohlgermerkt nach 30-jährigem Bestehen) bemerkbar. Dabei prallten die Ansichten der Reformer und der Orthodoxen aufeinander, da die alte Elite um Daniel Ortega nicht für Erneuerungen der Parteistruktur oder die Anpassung des Sandinismus an die gewandelten Verhältnisse zu haben waren. Obwohl die Reformer in der Fraktion die Mehrheit hatten und bereits mit anderen gemäßigten Kräften gegen den exklusiven Führungsstil der Regierung Verfassungsänderungen verabschiedet hatten, setzte sich dennoch die hierarchische Entscheidungsstruktur durch und schloss den Anführer der Erneuerer – Ramírez aus der Partei aus. Dieser gründete seine eigene sozialdemokratische Partei, die

---

<sup>292</sup> Connell, Dan: *Rethinking Revolution, New strategies for democracy & social justice; the experiences of Eritrea, South Africa, Palestine & Nicaragua*, Lawrencevill, 2002, S. 258

<sup>293</sup> vgl. Monroy Garcia, 2001, S. 51

zwar von vielen Intellektuellen unterstützt wurde, bei den Wahlen jedoch keine Chance gegen die mächtige FSLN hatte.<sup>294</sup>

Schließlich ist es der Partei gelungen, die sandinistischen Anhänger wieder hinter sich zu vereinen; wahrscheinlich auch als Antwort auf den anti-sandinistischen Wahlkampf der AL unter der Führung Alemáns. Bei den Wahlen musste die FSLN jedoch erneut eine Niederlage hinnehmen und Ortega sah die einzige Möglichkeit, seine schwindende Macht aufrecht zu erhalten, im politischen Pakt mit seinem Erzrivalen Alemán. Auch letzterer war daran interessiert, um seinen Einfluss auf die staatlichen Institutionen des Landes zu erweitern. Damit versagten die beiden großen Parteien ganz bei der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, der Repräsentation der Wählerinteressen auf der politischen Ebene. Die FSLN und die PLC Alemáns waren alleine auf die Aufteilung und Maximierung ihrer Macht aus, wobei sie sich dabei weder an demokratische Prinzipien hielten noch für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme eintraten. Es verwundert daher nicht, dass in Folge dieses Abkommens das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien im Jahr 2004 auf elf Prozent gesunken ist.<sup>295</sup>

Genauso wenig wie die FSLN weist die PLC, die sich in den letzten Jahren als einzige ernst zu nehmende Konkurrenz behauptet hat, demokratische Strukturen bei ihrem inneren Aufbau auf. Die liberale Partei, deren Ursprünge noch in die Ära Somozas zurückreichen, ist als eine der 14 Bündnispartner in der UNO erfolgreich gegen die Sandinisten angetreten. Doch als die Präsidentin keinen harten Kurs gegenüber der FSLN praktizierte, spaltete sie sich mit anderen rechten Parteien ab, um sich bei den nächsten Wahlen in der AL um das Amt des Präsidenten bewerben zu können. Doch nach dem Sieg bröckelte die Allianz und der Präsident sah sich gezwungen, mit den oppositionellen Sandinisten zu kooperieren, um die von ihm gewünschten Verfassungsreformen durchs Parlament zu bringen. Da der Bevölkerung bei den folgenden Wahlen keine andere Alternative blieb, entschied sie sich zum dritten Mal gegen Ortega und für die PLC.<sup>296</sup> Trotz des neuen Präsidenten blieb die Mehrheit der Partei Alemán verbunden und arbeitete wieder mit der FSLN zusammen, um den Ex-Präsidenten aus und den amtierenden ins Gefängnis zu bringen.<sup>297</sup>

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2006 gelang Ortega bei seinem vierten Anlauf schließlich der Sieg. Diesen verdankt er der grassierenden Armut in der Bevölkerung, die in der Hoffnung auf die Revision der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die linke Partei an den ersten Platz wählte. Dass sich an der internen Struktur noch immer nichts geändert hat, lässt sich an der wiederholten Kandidatur Ortegas ablesen, der ihr unangefochtener Führer geblieben ist.

---

<sup>294</sup> vgl. dazu näher: Smith, Steven Kent: Renovation and Orthodoxy: Debate and Transition within the Sandinista National Liberation Front, in: Latin American Perspectives, Jg. 24, Nr. 2, 1997, S. 102-116

<sup>295</sup> vgl. Nolte, Dieter: Zur Institutionalisierung der politischen Parteien in Lateinamerika: Kontinuität und Wandel, in: KAS, 22. Jg., Nr. 11/06, 2006, S. 99

<sup>296</sup> vgl. Schmid, 2001, S. 104

<sup>297</sup> Spence, 2004, S. 77

Ein wichtiger Grund, der eine solche Entwicklung des nicaraguanischen Parteiensystems forciert hat, ist die Fortsetzung der traditionellen klientelistischen Beziehungen unter der Bevölkerung. Diese Art von sozialer Beziehung gründet auf der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Herrschenden und Beherrschten, indem für die materielle Unterstützung mit politischer Loyalität und persönlicher Bindung an die Machthabenden bezahlt wird. Dieses System hat bis heute Bestand in Nicaragua und verhindert das Entstehen einer demokratischen politischen Kultur, in der sich die Bürger nicht vorbehaltlos der politischen Führung einer Elite unterwerfen, sondern als eigenständige Individuen aktiv Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Die Veränderung des Klientelsystems wird aber sicher noch viel Zeit benötigen, denn „die Reproduktion dieser Beziehungen ist nicht einfach eine von den Herrschenden geplante Aktion, sondern ein struktureller Prozess, zu dessen Fortbestand die Unterworfenen beitragen.“<sup>298</sup>

#### 4.2.4.2 Polarisiertes Parteiensystem in El Salvador

Das Parteiensystem in El Salvador ist von einer wachsenden Polarisierung und einem Trend zum Zwei-Parteien-System gekennzeichnet, bei dem die Zentrumsparteien immer weniger Zuspruch von Seiten der Wähler bekommen. „En El Salvador el centro político tiene dificultades para implantarse como un proyecto con un perfil no solo definido, sino políticamente viable.“<sup>299</sup> Die beiden Pole, die um die Macht des Landes konkurrieren, sind die Unterzeichner des Friedensvertrages ARENA und FMLN. Bei Wahlen können diese Kräfte etwa 70 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, wobei das restliche Drittel auf drei kleinere Parteien entfällt, von denen die PDC und PCN dem rechten Lager zugerechnet werden können. Während diese beiden Anfang der 80er Jahre dominierten, entwickelte sich ARENA bis zum Ende des Jahrzehnts zur stärksten Macht und wurde neben der FMLN zum entscheidenden Akteur in den Friedensverhandlungen, was ihr auch in der folgenden Zeit den Zuspruch der Bevölkerung zusicherte. Der FMLN gelang nach dem Ende des Bürgerkrieges die Wandlung von der Guerilla in eine politische Partei, die sich unter anderem über ihre Gegnerschaft zu ARENA definierte. Dies wird vor allem in Rahmen von Wahlkämpfen deutlich, wo beide Parteien „weniger als politische Gegner, denn als Todfeinde wie zu Zeiten des Bürgerkriegs“<sup>300</sup> auftreten. Unter anderem dieser Mangel an gegenseitiger Akzeptanz und die Unfähigkeit, in einen konstruktiven Dialog miteinander zu treten, um die gesellschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, sind entscheidend für die Geringschätzung der Partei-

<sup>298</sup> vgl. Serra Vázquez, 1998, S. 206

<sup>299</sup> „In El Salvador hat das politische Zentrum Schwierigkeiten damit, sich als Projekt mit einem nicht nur klaren, sondern politisch lebensfähigem Profil einzubürgern.“ (Übers. des Autors), González, Luis Armando: A propósito de la „polarización“, in: Ders./Cardenal, Rodolfo (Hrsg.): El Salvador: la transición y sus problemas, San Salvador, 2004a, S. 289

<sup>300</sup> Rupp, Helen: Alles neu macht der Mai, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 383, 2006. In: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/868.html>

en in der salvadorianischen Bevölkerung. Weitere Gründe sollen im Folgenden betrachtet werden.

Der Blick auf die Geschichte der Parteien in El Salvador zeigt, dass diese stets schwache politische Institutionen waren, die größtenteils vom Militär dominiert wurden, oder wie die relativ junge ARENA, im Dienste mächtiger Großunternehmer gestanden haben. Außer der FMLN, die als Guerilla breite Unterstützung in der Bevölkerung erfahren hatte, konnte keine Partei einen festen Wählerstamm oder gar hohe Mitgliedszahlen für sich beanspruchen. Nach dem Kriegsende wurde den Parteien hingegen eine große Bedeutung für die demokratische Transformation der Gesellschaft zugesprochen, da das Militär aus seiner gesellschaftlichen Führungsrolle entlassen wurde. Die Parteien hatten jedoch keine Möglichkeit, sich an die neue Situation anzupassen, also demokratische Strukturen oder zumindest konsistente Programme zu entwickeln, mit deren Hilfe sie die Demokratisierung des Landes vorantreiben konnten. Auch die erbitterte Gegnerschaft von ARENA und FMLN aus den Kriegszeiten besteht heute noch fort und führt zur Polarisierung des Systems.<sup>301</sup>

Dieser Mangel an innerparteilicher Demokratie und gewachsener Tradition als geschlossenes Ganzes führen dazu, dass alle salvadorianischen Parteien in Flügelkämpfe verstrickt sind, die zu Abspaltungen von Gruppierungen und vielen Neugründungen von Parteien führen. Die Neuen können sich jedoch im politischen Spektrum nicht durchsetzen und verschwinden nach kurzer Zeit wieder. Nichtsdestotrotz setzt sich diese Dynamik fort, ohne dass ein zu erwartender Konzentrationsprozess eintritt. Meist ist der Kampf um Macht das dominierende Thema bei internen Streitigkeiten, die entweder zu Parteiausschlüssen oder dem freiwilligen Rücktritt der Unterlegenen führen. Die Entscheidung über Sieger und Verlierer wird jedoch bei allen Parteien, außer der FMLN, nicht durch Abstimmungen, sondern durch die Führungsgremien getroffen und selbst bei der linken Ausnahme können erhebliche Defizite bei der Durchführung demokratischer Verfahren verzeichnet werden.<sup>302</sup> – Vor allem bei der FMLN haben die parteiinternen Kämpfe dazu geführt, dass sie bei den Präsidentschaftswahlen von 1999 und 2004 nicht die Führung des Landes übernehmen konnte. ARENA nutzte die Differenzen bei der FMLN zur Diffamierung ihres Gegners und konnte durch geschlossenes Auftreten bei den Wahlkämpfen die Präsidentschaft erringen. Auch wenn ARENA nicht vor inneren Auseinandersetzungen gefeit ist, gelang es ihr aufgrund der klaren hierarchischen Struktur, diese rechtzeitig vor den Wahlen zu befrieden.<sup>303</sup> Diese Atmosphäre der inneren Spaltung und Zerstrittenheit führt dazu, dass die Bürger ein negatives Bild von den Parteien entwickeln, das auch ihre Einschätzung der Problemlösungsfähigkeit der Parteien nicht zum Besseren beeinflusst. Die persönlichen Querelen innerhalb der Par-

---

<sup>301</sup> vgl. Zamora, 2001, S. 79

<sup>302</sup> vgl. Fischer-Bollin, Peter: Politische Parteien und Demokratie in El Salvador, in: KAS, 14. Jg., Nr. 09/98, 1998, S. 24ff

<sup>303</sup> vgl. Spence, 2004, S. 74

teilen lassen außerdem ihre eigentlichen Aufgaben, die Integration und Repräsentation von Wählerinteressen in den Hintergrund treten.

Doch um für die Interessen der Bürger eintreten zu können, muss man sie kennen und dafür in ständigem Kontakt mit der Parteibasis stehen. Das ist den salvadorianischen Parteien aber nur sehr begrenzt möglich, da sie neben ihrer Tätigkeit im Parlament nur zu Wahlkampfzeiten aktiv in Erscheinung treten. Selbst dort sorgen sie sich aber in erster Linie um die Wahlkampffinanzierung statt um ihre Mitglieder. Diese machen allerdings insgesamt nicht mehr als drei Prozent der Bevölkerung aus und haben wenn überhaupt, dann einen äußerst geringen Einfluss auf die Bestimmung des Parteiprogramms.<sup>304</sup>

Ein weiteres, in der Bevölkerung vielfach kritisiertes Manko der salvadorianischen Parteien ist ihre Neigung, untereinander geheime Absprachen zu treffen. Vor allem ARENA greift gerne auf Kuhhandel zurück, wenn es darum geht, fehlende Stimmen für die Verabschiedung eines Gesetzes zu gewinnen. Dabei wendet sie sich bevorzugt an die PDC oder PCN, denen sie Ämter in politischen Institutionen, wie zum Beispiel dem Rechnungshof als Gegenleistung für ihre Kooperation verspricht. ARENA schreckt jedoch auch nicht davor zurück, Einfluss auf das Führungspersonal der kleineren Parteien auszuüben, indem sie die von ihr favorisierten Kandidaten massiv unterstützt – mit dem Ziel verlässige Koalitionspartner zu schaffen. Durch diese Praktiken wird nicht nur die Unabhängigkeit der kleinen Parteien beschädigt, ARENA gelingt es so auch, sie gegeneinander auszuspielen und ein geschlossenes Auftreten der Opposition zu verhindern.<sup>305</sup> Auch bei den Wählern können die kleinen Parteien auf diese Weise kein Vertrauen gewinnen und das politische Zentrum zwischen den beiden Polen ausfüllen.

All diese genannten Probleme haben dazu geführt, dass es den Parteien nicht gelungen ist, den nach dem Kriegsende hoch gesteckten Erwartungen gerecht zu werden. Umfrageergebnisse belegen, dass 69,5 Prozent der Bevölkerung eine Verschlechterung der allgemeinen Situation seit 1992 feststellen und nicht mal 5 Prozent dem Präsidenten und dem Parlament zutrauen, etwas daran zu verändern.<sup>306</sup> Aufgrund ihrer undemokratischen Strukturen, machtorientierten Führungseliten, fehlender Bürgernähe, korrupter Taktiken und kaum erzielter Fortschritte sind die Parteien weit davon entfernt, Vertrauen in der Bevölkerung zu wecken. Im Gegenteil, sie werden mit Misstrauen und Abneigung betrachtet und können nicht, wie eigentlich geplant, als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft dienen. Daher interessiert sich auch die Mehrheit der Bevölkerung nicht für die politischen Belange des Landes, was nicht nur die Entwicklung einer partizipativen politischen Kultur verhindert,

---

<sup>304</sup> González, Luis Armando in: Ders./Cardenal, Rodolfo (Hrsg.): El Salvador: la transición y sus problemas, San Salvador, 2004b, S. 279

<sup>305</sup> vgl. Zamora, 2001, S.79, Gonzáles, 2004b, S. 275

<sup>306</sup> Moreno, Ismael: Resultados electorales: vísperas y perspectivas, in: Envío, Nr. 216, 2000. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/995>

sondern sogar die Wahlbeteiligung auf das alarmierende Niveau von 52,6 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen sinken lässt.<sup>307</sup>

#### 4.2.5 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es beiden Ländern nicht gelungen ist, über die Abhaltung freier Wahlen hinaus demokratische Strukturen im politischen System zu etablieren und die Unabhängigkeit politischer Institutionen zu stärken. Die Gründe dafür liegen vor allem darin, dass die Eliten der Länder nicht bereit waren, sich den demokratischen Prinzipien zu unterwerfen und auf die vorrangige Verfolgung ihrer eigenen Interessen bei der Regierungsführung zu verzichten. Die Opposition hat entweder dabei mitgewirkt, wie in Nicaragua, oder war zu stark in interne Flügelkämpfe verwickelt, um eine wirkliche Alternative zu der Regierung zu bieten, wie in El Salvador.

Bei der Einführung der Rechtsstaatlichkeit sieht die Lage nicht besser aus. Eine wichtige Einschränkung dieses Prinzips wurde bereits am Anfang des Friedenskonsolidierungsprozesses vorgenommen, als beide Staaten darauf verzichteten, ehemalige Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und damit vor allem gegenüber der zivilen Bevölkerung, die meist Opfer von Menschenrechtsverletzungen war, Gerechtigkeit walten zu lassen. Auch wenn die Regierungen beider Länder damit argumentierten, die Verabschiedung von Amnestiegesetzen würde dem innergesellschaftlichen Versöhnungsprozess von größerem Nutzen sein, war wohl der eigentliche Beweggrund für die Straflosigkeit, die Angst selbst ins Visier der Gerichte zu geraten oder politische Verbündete damit in die Bredouille zu bringen. Doch selbst heute ist es darum nicht viel besser gestellt. So blieb der grausame Mord an zwei Aktivisten, der stark an das Vorgehen der Todesschwadronen erinnerte, ungeklärt und die Täter sind auf freiem Fuß. Dabei weist Einiges daraufhin, dass die politische Führung an den gescheiterten Ermittlungen nicht unbeteiligt ist. Und dies ist kein Einzelfall in der jüngsten Vergangenheit El Salvadors.<sup>308</sup> Darüber hinaus wurden bei friedlichen Protestaktionen gegen die Regierungspolitik, 14 Menschen festgenommen und über 60 Personen verletzt. An dieser Aktion wirkten sowohl die Polizei als auch Kräfte von der Armee mit. Vom zuständigen Gericht wurden die Festnahmen als angemessene Maßnahmen gegen terroristische Subversion bezeichnet. Dieses harte Vorgehen der staatlichen Institutionen gegen das Aufkommen sozialer Bewegungen, die mit der FMLN verbunden sind, wird als Taktik verstanden, die FMLN und ihre Anhänger einzuschüchtern. Denn offensichtlich ist die Regierung unter keinen Umständen bereit, die Linke bei den nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnen zu lassen.<sup>309</sup>

<sup>307</sup> vgl. Grigsby, William: Elecciones 2006: un balance contradictorio, in: Envio, Nr. 289, 2006. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3233>

<sup>308</sup> Kohler, 2006, S. 297

<sup>309</sup> vgl. Freedman, Elaine: The Democratic Facade Has Fallen Away, in: Envio, Nr. 314, 2007. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3649>

Auch in Nicaragua besteht die Straflosigkeit gegenüber rechtswidrigem staatlichen Handeln noch fort, obwohl die Übergriffe hier ganz anderer Natur sind, so zum Beispiel willkürliche Entlassungen von Staatsbeamten oder noch immer nicht geregelte Ansprüche bezüglich Landeigentümern.<sup>310</sup>

Dass diese Probleme nicht gelöst werden, liegt an der Unzulänglichkeit der Parteien, Verantwortung für die Demokratisierung der Länder nach dem Ende der Bürgerkriege zu übernehmen. Stattdessen entwickelten die Parteien die ihnen eigenen Praktiken von „pactismo“ und Korruption nicht weiter, was zur ihrer allgemeinen Diskreditierung durch die Bevölkerung beitrug und sich auch auf andere politische Institutionen negativ auswirkte. In Nicaragua hat das verantwortungslose Agieren der beiden großen Parteien sogar zu Rückschritten auf der institutionellen Ebene der Demokratisierung und zur „Erosion verfassungs- und rechtsstaatlicher Instanzen“<sup>311</sup> geführt. Während das korrupte und ineffektive Verhalten der salvadorianischen Parteien ebenfalls nicht zur Stärkung der politischen Institutionen beigetragen hat, wirkte es sich außerdem negativ auf die Partizipation der Bürger bei Wahlen aus und trug dazu bei, dass sie das Vertrauen in die politischen Akteure verloren haben.

In Zentralamerika

„the combination of weak party structures, persistent personalist leadership, and family networks, reproduces and updates a traditional political culture of backroom dealings and bargains among leaders; a culture which by deepening the distance between them and their constituencies opens the gates to direct conflict, violence and repression, as well as to apathy or feelings of powerlessness.“<sup>312</sup>

Diese noch heute zutreffende Aussage über die politische Situation in den zentralamerikanischen Ländern wurde bereits vor elf Jahren gemacht. Allein daran sieht man, wie gering die Fortschritte sind, die seitdem erzielt wurden.

---

<sup>310</sup> vgl. Carrion Maradiaga, Gonzalo: We're Still Concerned about the Human Rights Situation, in: Envio, Nr. 312, 2007. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3604>

<sup>311</sup> Bischoff-Paters, 2004, S. 125

<sup>312</sup> Vilas, Carlos M.: Prospects for Democratisation in a Post-Revolutionary Setting: Central America, in: Journal of Latin American Studies, 28. Jg., Nr. 2, 1996, S. 488

## 5. Zusammenfassung und Bewertung

Abschließend sollen die Faktoren, die maßgeblich den Verlauf der Friedenskonsolidierungsprozesse beeinflusst haben und die wichtigsten Akteure, die am Prozess mitgewirkt haben, auf ihre Rolle in den beiden Nachkriegsgesellschaften zusammenfassend bewertet und verglichen werden.

Bei der Implementierung der sicherheitspolitischen Dimension in El Salvador bildete der detaillierte Friedensvertrag die Grundlage für die Demobilisierung und Reintegration der Kombattanten sowie die Demilitarisierung der Gesellschaft. An seiner Aushandlung und Verifizierung waren neben den beiden Konfliktparteien auch die Vereinten Nationen beteiligt. Die Gegner hatten sich auf einen genauen Zeitplan beim Vollzug der geplanten Maßnahmen verständigt und das Fortschreiten des Prozesses von ihrer beidseitigen Befolgung des Vertrages abhängig gemacht, die von ONUSAL überwacht werden sollte. Doch trotz dieser Vorbereitung und der zugesicherten Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft traten bei der Implementierung einige Schwierigkeiten auf, die nicht immer abschließend gelöst werden konnten.

Zwar gelang hier nach etlichen Verzögerungen schließlich die erfolgreiche Demobilisierung der beiden Truppenkontingente und auch die Reintegration verlief größtenteils gewaltlos, bezüglich der Landreform gab es jedoch einige Probleme. Denn die salvadorianische Regierung zeigte sich bei der Reintegration der ehemaligen Kämpfer und Soldaten als begrenzt kooperativ, wenn es darum ging den Demobilisierten die versprochenen Ländereien zuzuteilen. Dies liegt einerseits darin begründet, dass die Landreform nicht mit der nötigen Genauigkeit ausgehandelt worden war, was in der Folge zu divergierenden Vorstellungen der beiden Seiten führte. Andererseits erweckte jedoch das Verhalten der Regierung den Anschein, dass sie auf diesen schwierigen Teil des Friedensprozesses gern verzichtet hätte. Mehrmals mussten die Vereinten Nationen bei der Lösung dieser Frage eintreten, um die Stabilität des gerade erlangten Friedens zu garantieren. Denn anfangs weigerte sich der Präsident den Forderungen der Begünstigten nachzukommen, weil ihre Zahl unklar und die geographische Verteilung sehr unübersichtlich war. Zweitens entsprachen die Preise, die die zuständige Bank für den Kauf der Ländereien verlangte, nicht dem tatsächlichen Wert der Grundstücke und sie wurden zusätzlich durch die bereits vollzogene Einstellung der Kampfhandlungen durch die FMLN in die Höhe getrieben. Drittens wurde die Zahl der Leistungsempfänger beinahe um ein Drittel reduziert, da sich der Prozess übermäßig in die Länge gezogen hat und nicht mehr alle Ansprüche registriert werden konnten. Die vernachlässigten Kombattanten, die großteils aus den Reihen der Armee kamen, erhoben sich nach kurzer Zeit zum bewaffneten Protest, ohne jedoch viel dadurch zu erreichen.<sup>313</sup>

---

<sup>313</sup> vgl. Spence, 2004, S. 83

Zur Befolgung der vorgesehenen „Säuberung“ der oberen Militärränge nach den Ergebnissen der Ad-hoc-Kommission war wiederholter Druck durch die internationale Gemeinschaft nötig. Denn die Regierung entließ nur widerwillig Offiziere, die während des Bürgerkrieges für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren und bei einigen entging sie dieser Forderung, indem die betroffenen Militärs einfach in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes versetzt wurden. Noch heute sind unter hochrangigen Beamten oder sogar Regierungsmitgliedern ehemalige Kriegsverbrecher zu finden. Und solche, die bereits verstorben sind, werden entweder weiterhin in Militärkreisen unter der Hand verehrt oder öffentlich vom Präsidenten bei Feierlichkeiten geehrt.

Die aktuelle Situation in El Salvador zeigt, dass es bei der Demilitarisierung der Gesellschaft ebenfalls einige Schattenseiten zu verzeichnen gibt, vor allem angesichts der bereits mehrmaligen Einsätze der Armee zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung. Die FAES wurde sowohl zu Zwecken der Verbrechensbekämpfung an die Seite der Polizei gestellt als auch bei der Unterdrückung von Massenaufständen und Protesten, die nicht immer von gewalttätigem Charakter waren. Außerdem gibt das vielerorts vermutete Wiederaufleben von Todesschwadronen Anlass zur Sorge, denn diese illegalen Kampfgruppen waren für ihr brutales Vorgehen gegen politische Gegner und FMLN-Anhänger zu Zeiten des Bürgerkrieges bekannt und wenn sich ihre fortdauernde Existenz und Aktivität bewahrheiten sollte, so ist das ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Staat erneut auf Repressionsinstrumente zurückgreift.

Trotz des harten Vorgehens gegen das Verbrechen durch Armee, Polizei und möglicherweise Todesschwadronen konnte die steigende Kriminalität nicht eingedämmt werden. Da sich dieses Problem nach dem Ende des Bürgerkrieges erheblich verschärft hat, liegt die Vermutung nahe, dass die Täter in erster Linie ehemalige Kombattanten sind, deren Reintegration in die Gesellschaft aufgrund fehlender Ausbildung und einer gespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht gelungen ist, von Seiten des Staates aber auch nicht über die Landreform hinaus weiter verfolgt wurde. Heute sind jedoch nicht nur Ex-Soldaten und ehemalige Guerillas in die maras und den Drogenhandel verwickelt. Wegen der weit verbreiteten Armut in der Bevölkerung und der geringen Bildungsausgaben durch die Regierung sehen auch immer mehr Jugendliche keine Alternative zur Kriminalität.

In Nicaragua wurden die sicherheitspolitischen Maßnahmen nicht in jahrelangen Verhandlungen unter der Ägide der UN und der Einbeziehung aller betroffenen Akteure festgelegt, sondern eher ex prompt nach der Wahlniederlage der Sandinisten in geheimen Gesprächen der Parteiliten ausgehandelt. Die Contras wurden nicht an diesem Dialog beteiligt und sahen sich daher nicht an die dortigen Abmachungen gebunden. Erst nachdem die neue Regierung auch mit ihnen die Demobilisierung vereinbart hatte, konnte der Prozess beginnen.

Auch hier sollte die UN im Rahmen von ONUCA die Demobilisierung der Kombattanten überwachen. Doch war ihr Mandat auf Freiwilligkeit der Contras begründet und enthielt daher keinerlei Druckmöglichkeiten für den Fall der Nichtbefolgung. Dies war jedoch nicht der einzige Grund, warum der Prozess in Nicaragua mit erheblich mehr Schwierigkeiten verbunden war als in El Salvador.

Das größte Problem lag darin, dass die Regierung keinen umfassenden Plan für die Reintegration der ehemaligen Kämpfer und Soldaten entwickelt hatte. In Folge von bewaffneten Aufständen der Demobilisierten ging Chamorro immer wieder neue Kompromisse ein, die aber allesamt ihre finanziellen Möglichkeiten überstiegen und daher neuen Unmut seitens der „recontras“ und „recompas“ hervorriefen. Hier wäre in der Tat eine größere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft von Nöten gewesen, denn dann wäre es wahrscheinlich gar nicht erst zu solch unrealistischen Versprechungen gekommen. Die Befolgung der Absprachen könnte, wie später in El Salvador, überwacht und die Vorenthaltung von Geldern möglicherweise überwunden werden.

Umstrukturierungsmaßnahmen bezüglich der Armee waren in Nicaragua gar nicht erst geplant. Die Regierung begnügte sich damit, neue Verhaltensrichtlinien für das Militär zu verabschieden und Chamorro selbst zur Verteidigungsministerin zu ernennen. Der frühere Militärvorsitzende – der sandinistische Oberbefehlshaber Humberto Ortega – durfte weiterhin im Amt bleiben, obwohl das vom konservativen Teil der Regierungsfraktion bis zuletzt nicht akzeptiert wurde.

Auch in Nicaragua gab es aufgrund der gescheiterten Reintegration einen Anstieg der Kriminalität im Anschluss an den Bürgerkrieg zu verzeichnen. Doch die Probleme bei der Bekämpfung des Verbrechens liegen hier einerseits an der geringen Zahl der Polizisten (und auch der Armee), andererseits sind es schlicht die fehlenden finanziellen Ressourcen, die ein effektives Vorgehen verhindern.

Das sicherheitspolitische Bild zeigt somit in beiden Ländern erhebliche Defizite auf, die maßgeblich auf Staatsversagen zurückzuführen sind. Sei es aufgrund des fehlenden politischen Willens, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen und die neuen demokratischen Richtlinien zu verinnerlichen. Oder sei es aufgrund fehlender Pläne für die erfolgreiche Durchführung der Demobilisierung und anschließende Reintegration. In Nicaragua hindert außerdem die strikte Sparpolitik den Staat daran alle seine Aufgaben, vor allem die Gewährung von Sicherheit, befriedigend auszufüllen. All dies trägt dazu bei, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Fähigkeiten der einzelnen staatlichen Institutionen verliert und wieder auf Selbsthilfemaßnahmen oder, wer es sich leisten kann, auf private Sicherheitsdienste zurückgreift.

Die Ergebnisse der politischen Dimension sind ebenfalls wenig erfreulich und verstärken teilweise sogar die sicherheitspolitischen Probleme. So wirkt sich vor allem die Unrechtsstaatlichkeit negativ auf die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe aus. Da die Gerichte nicht unabhängig von den großen Parteien sind und von der Regierung beeinflusst werden können, schließen sie die Augen vor rechtswidrigem Verhalten durch Staatsdiener, fällen falsche Urteile zum Nachteil der Opfer oder können aufgrund von verabschiedeten Amnestiegesetzen gar nicht gegen begangene Verbrechen vorgehen. Die vollzogenen Reformen, die die Professionalisierung und Unabhängigkeit der Gerichte steigern sollten, werden nutzlos bleiben, solange die politischen Eliten durch Kuhhandel oder Pakte die Nominierung loyaler Richter durchsetzen und nicht auf menschenrechtskonformem Verhalten der Polizei, Armee und anderer Institutionen bestehen.

Doch die fehlende Rechtsstaatlichkeit ist nur die Folge von allgemeinen Fehlentwicklungen auf der politischen Ebene. Denn weder Nicaragua noch El Salvador ist es gelungen, demokratische Strukturen über das formale Bekenntnis zur Demokratie und die Abhaltung demokratischer Wahlen hinaus zu etablieren. Auch hierbei muss die Hauptverantwortung der politischen Führungsspitze der Länder angelastet werden.

Denn obwohl in El Salvador der Friedensvertrag verschiedene Reformen im Bereich der Judikative und des TSE vorsah und eine neue Institution zum Schutz der Menschenrechte einrichtete, wurden diese Vorgaben entweder nur unzureichend erfüllt, wie beim TSE – seine grundlegende Veränderung ist bis heute ausgeblieben, oder können trotz Reformen umgangen werden, wie bei den beiden anderen Institutionen.

Das nachlässige Verhalten der politischen Eliten gegenüber der innerstaatlichen Demokratie wirkt sich auf die übrigen Bereiche der Gesellschaft aus und beeinflusst auch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dieser Regierungsform genauso wie ihr Vertrauen in die politischen Akteure.

Vor allem in El Salvador hat dies Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung der Bürger und ihr Interesse für die politischen Belange des Landes. Wenn jedoch nur ein Teil der Bevölkerung - da sind es in erster Linie die gebildeten Gesellschaftsschichten - am politischen Geschehen partizipiert, so kann auch nur dieser Teil seine Vorstellungen vom System an die Führenden des Landes delegieren und im Falle einer Enttäuschung durch Abwahl der alten Regierung reagieren. In El Salvador ist dies eine der wenigen Möglichkeiten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Doch die unteren Schichten der Gesellschaft machen selbst davon keinen Gebrauch. Weil sie sich einerseits keine Veränderungen durch ihre Beteiligung versprechen – da es ihrer Ansicht nach an fähigen Akteure mangelt. Andererseits fehlen ihnen ebenso die Erfahrung und das Wissen, um an Wahlen teilzunehmen, vor allem angesichts des komplizierten Registrierungssystems in El Salvador. Seitens der politischen Führung werden keinerlei Maßnahmen unternommen, um diesem Problem zu begegnen. Im Rahmen ihrer Re-

gierungstätigkeit zeigen sich die Eliten in erster Linie dem persönlichen Machterhalt verpflichtet und kümmern sich nur begrenzt um die Probleme der Bevölkerung; die Machtfrage dominiert auch innerparteiliche Aktivitäten. Das Verhalten gegenüber anderen Parteien differiert je nach ihrer Ausrichtung. Die gegnerische Partei wird im Wahlkampf diffamiert und auch jenseits der Wahlkämpfe ist keine konstruktive Zusammenarbeit möglich; bei einer Partei, die als Koalitionspartner in Frage kommt, werden hingegen Bestechungsversuche unternommen oder Absprachen und Kuhhandel getroffen. Besonders ARENA, die seit vier Legislaturperioden den Präsidenten stellt und drei Mal die Mehrheit im Parlament erreichte, zeichnet sich durch das geschilderte Verhalten aus. Die oppositionelle FMLN konnte daraus jedoch nicht in ausreichendem Maße Nutzen schlagen, da auch sie von innerparteilichen Machtkämpfen geschwächt wird und das Vertrauen der Bevölkerung nicht gewinnen konnte.

In Nicaragua waren auch im Bereich der Judikative und Wahlkommission keine Änderungen bei den Friedensverhandlungen vereinbart worden, spätere Reformen wurden entweder abgeschwächt, so geschehen beim Kompromiss im Anschluss an die Verfassungskrise, oder aber die Veränderungen selbst haben zur Schwächung der Gerichte und des CSE beigetragen, wie beim Pakt zwischen Alemán und Ortega.

Obwohl sich die politische Elite in Nicaragua nicht durch eine demokratischere Einstellung oder bessere Regierungsleistung auszeichnet, liegt die Wahlbeteiligung dennoch auf relativ hohem Niveau. Dies lässt sich damit erklären, dass den Bürgern im Rahmen der bewaffneten Revolution der Sturz des autoritären Regimes gelungen ist, die breite Mehrheit also ihr politisches Ziel erreicht hat. In El Salvador ist der Umsturz hingegen gescheitert und mündete in den elfjährigen Bürgerkrieg, somit fehlt den Regimegegnern ein politisches Erfolgserlebnis. Des Weiteren waren die nicaraguanischen Erfahrungen mit Wahlen schon seit 1984 positiv, während in El Salvador gerade das Ende der 70er und der Beginn der 80er Jahre von massivem Wahlbetrug geprägt waren und im Laufe des Krieges keine linken Parteien zugelassen wurden. Zumindest in der Anfangszeit konnte die sandinistische Regierung soziale Programme durchführen und auf diese Weise den in sie gesetzten Erwartungen gerecht werden. Dies sichert der FSLN bis heute, trotz des inakzeptablen Verhaltens Ortegas in den letzten Jahren, den Ruf einer sozialen Partei, die sich für die Interessen der armen Bevölkerungsschichten einsetzt. Außerdem beteiligte sich die Bevölkerung unter der sandinistischen Führung in unterschiedlichen politischen Organisationen oder Gewerkschaften, was von Vazquez zwar als „gelenkte Mobilisierung“<sup>314</sup> bezeichnet wird, aber dennoch dazu beigetragen hat, dass zumindest irgendeine Form von politischer Partizipation praktiziert wurde. Den Salvadorianern fehlt diese Erfahrung aus der Vergangenheit und wenn sie sich jetzt allmäh-

---

<sup>314</sup> Serra Vázquez, 1998, S. 204

lich im Rahmen von NGOs oder friedlichen Demonstrationen für ihre politischen Interessen einsetzen, werden sie von der Regierung dafür bestraft.

Die Untersuchung der sicherheitspolitischen und politischen Dimension der Friedenskonsolidierungsprozesse in beiden Ländern hat gezeigt, dass obwohl die bewaffneten Konflikte beigelegt wurden, nur bescheidene Erfolge bei der Implementierung der übrigen Ziele des Konzepts verzeichnet werden können. Das Gewaltmonopol des Staates in Nicaragua und El Salvador ist zwar nach dem Ende der Bürgerkriege etabliert worden, doch heute scheint es nicht gegen die wachsende Gewalt und Kriminalität anzukommen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Auch bei der Etablierung der Demokratie in den politischen Systemen gibt es erhebliche Defizite zu verzeichnen. Obwohl sich die Regierungen regelmäßig freien Wahlen unterwerfen, hat dies in keinem der Länder dazu beigetragen, dass sie sich in der übrigen Zeit an die demokratischen Spielregeln halten. Die politischen Institutionen sind trotz durchgeführter Reformen so schwach wie eh und je, was ihre Anerkennung in der Bevölkerung gegen Null tendieren lässt. Auch die politischen Parteien, die nur marginal auf die Wünsche ihrer Basis eingehen, haben aufgrund ihrer Machtkämpfe und der hierarchischen Entscheidungsstruktur keine Verbindung zu den Bürgern aufbauen können. Da für die Parteien außerdem immer noch die Konfliktlinien aus der Zeit der Bürgerkriege gültig sind, haben sie die Polarisierung der Gesellschaften nicht aufgehoben, sondern durch ihre aggressiven Wahlkampagnen manifestiert.

Inwiefern die Vernachlässigung der psychosozialen und sozioökonomischen Dimensionen im Prozess der Friedenskonsolidierung dazu beigetragen haben, soll noch abschließend betrachtet werden.

In beiden Ländern hatte die psychosoziale Dimension keine Bedeutung nach dem Ende der Bürgerkriege gespielt. Obwohl in El Salvador eine Wahrheitskommission zur Aufklärung vor Kriegsverbrechen eingesetzt wurde, fanden ihre Empfehlungen keinen Anklang bei der salvadorianischen Regierung und die beschuldigten Institutionen wiesen jede Verantwortung von sich. In Nicaragua wurde keine einzige Maßnahme der psychosozialen Dimension implementiert. Auf diese Weise konnte in beiden Gesellschaften, die von den vergangenen Konflikten gespalten waren, kein Versöhnungsprozess angeregt werden, weshalb die Polarisierung noch heute fortbesteht und sich unter anderem im Fehlen eines politischen Zentrums offenbart.

Ein weiterer wichtiger Grund, der dazu beigetragen hat, dass der Prozess der Friedenskonsolidierung in beiden Gesellschaften nicht als Erfolg bezeichnet werden kann, war die ökonomische Ungleichheit, die in beiden Ländern eine der Hauptursachen für den Ausbruch der Bürgerkriege war. Nicht nur die fehlende Behandlung dieses Themas bei den anfänglichen

Gesprächen, sondern auch die darauf folgende liberale Wirtschaftspolitik, die den Staaten von Seiten der internationalen Währungsinstitute aufgetragen wurde, hat nicht zur Lösung des Problems beigetragen, sondern es im Gegenteil noch weiter verschärft.

In Nicaragua musste die Regierung Chamorros ein ökonomisches Stabilisierungsprogramm vollziehen, um der Hyperinflation im Land Einhalt zu gebieten und die wirtschaftliche Depression zu beenden, die durch die hohen Kriegskosten und die sandinistische Misswirtschaft verursacht wurde. Auch wenn die UNO aus eigenen Stücken einer Liberalisierung der Wirtschaft nicht abgeneigt war, blieb ihr nach dem Ende des Krieges gar keine andere Wahl als das Programm umzusetzen, das von der U.S. Agentur für internationale Entwicklung ausgearbeitet wurde und unter anderem die Reduzierung von sozialen Ausgaben, die Aufhebung von Preiskontrollen und Subventionen, die Liberalisierung des Bank- und Finanzsektors und die Absenkung von Importzöllen vorsah.<sup>315</sup> Diese Maßnahmen vermochten zwar der Wirtschaft des Landes zu einem bescheidenen Aufschwung zu verhelfen, die Kosten dafür waren jedoch unverhältnismäßig hoch, da die Einsparungen „deepened the distributional inequalities in Nicaraguan society and contributed to an absolute decline in living conditions for many – if not most – Nicaraguans.“<sup>316</sup> Sogar vom Beauftragten der UNDP in Nicaragua wurde festgestellt, dass das ökonomische Reformprogramm die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert hat, anstatt sie zu verbessern.<sup>317</sup>

Weitere Auswirkungen der Sparpolitik waren die steigende Bandenkriminalität, deren Ursache in der wachsenden Armut zu sehen ist und die Remobilisierung der ehemaligen Kombattanten, für deren erfolgreiche Wiedereingliederung dem Staat das Geld fehlte. Auch wurde die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert, was die Polarisierung der Gesellschaft verstärkt hat. Schließlich haben 16 Jahre liberaler Wirtschaftspolitik dazu geführt, dass die Bevölkerung den Glauben an dieses neue politische System verloren hat und den Sandinistenführer und ehemaligen Präsidenten Daniel Ortega ins höchste politische Amt des Landes gewählt hat.

In El Salvador sieht die wirtschaftliche Situation ganz ähnlich aus. Auch hier wurden dem Staat zur Kurierung des ökonomischen Systems von der Weltbank und dem IWF Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft und Kürzungen der Staatsausgaben verordnet. In Folge der Sparpolitik kam es hier ebenfalls zu einem Anwachsen der Wirtschaft, doch die Gewinne gingen größtenteils an die wirtschaftliche und politische Elite des Landes. Dadurch wurden Verhältnisse geschaffen wie sie schon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs geherrscht haben. Damals war ein sehr großer Teil des Vermögens bei einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung konzentriert. Diese ökonomische Ungleichheit war ein Grund für den Ausbruch des Bürgerkrieges.

---

<sup>315</sup> vgl. Paris, Roland: *At war's end, Building peace after civil conflict*, Cambridge, 2004, S. 117

<sup>316</sup> ebd.

<sup>317</sup> vgl. Nitalapan-Envio Team: *The United Nations Hits the Nail on the Head*, in: *Envio*, Nr. 197, 1997. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2055>

Heute ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die beigelegten Konflikte in El Salvador oder in Nicaragua wieder ausbrechen. Angesichts der Ergebnisse der vollzogenen Wirtschaftsprogramme muss man sich dennoch fragen, inwiefern die verbreitete Annahme, dass politische und wirtschaftliche Liberalisierung zusammen den Prozess der Friedenskonsolidierung nach vorne bringen, aufrecht erhalten werden kann. In den beiden zentralamerikanischen Ländern haben die ökonomischen Vorgaben genau zur gegenteiligen Entwicklung geführt, indem sie eine wichtige Ursache der Bürgerkriege nicht gelöst und den Vertrauensverlust der Bevölkerung in das neue politische System verschärft haben.

## Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (2000): Erscheinungsformen der impunidad und Gegenmaßnahmen. In: Fischer, Thomas; Krennerich, Michael (Hg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main: Vervuert (Lateinamerika-Studien, Bd. 41), S. S.231-258.
- Anderson, Leslie E.; Dodd, Lawrence C. (2005): Learning democracy. Citizen engagement and electoral choice in Nicaragua, 1990 - 2001. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Arnson, Cynthia J. (Hg.) (1999): Comparative peace processes in Latin America. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press.
- Artiga González, Alvaro (2004): Elitismo competitivo. Dos décadas de elecciones en El Salvador (1982 - 2003). San Salvador: UCA Eds.
- Bacevich, Andrew J. (1988): American military policy in small wars. The case of El Salvador. Special Report. Institute for Foreign Policy Analysis. Washington. (A publication of the Institute for Foreign Policy Analysis).
- Ball, Nicole; Halevy, Tammy (1996): Making peace work. The role of the international development community. Washington, DC: Johns Hopkins Univ. Press (Policy essay, 18).
- Barnes, William A. (1998): Incomplete Democracy in Central America: Polarization and Voter Turnout in Nicaragua and El Salvador. In: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Jg. 40, H. 3, S. 63–101.
- Bauer, Richard (2007): El Salvadors Gesellschaft in der Krise. In: Neue Zürcher Zeitung, Ausgabe 11, 15. Januar 2007, S. 5.
- Birdsall, Nancy; Vaishnav, Milan; Ayres, Robert L. (Hg.) (2006): Short of the goal. US policy and poorly performing states. Washington, DC: Center for Global Development.
- Bischoff-Peters, Uta (2004): Zivilgesellschaftliche Demokratiepoteziale im postsandinistischen Nicaragua. Eine Analyse der Beiträge von Zivilgesellschaft zur Konsolidierung der Demokratie. Münster: Lit (Demokratie und Entwicklung, 54).
- Bonner, Raymond (1985): Weakness and deceit. U.S. policy and El Salvador. London: Hamilton.
- Booth, John A. (1998): Electoral Observation and Democratic Transition in Nicaragua. In: Middlebrook, Kevin J. (Hg.): Electoral Observation and Democratic Transitions in Latin America. San Diego: Center for U.S.-Mexican Studies at the University of California S.18–210.
- Boutros-Ghali, Boutros (1995): An agenda for peace. 1995; with the new supplement and related UN documents. Second ed. Herausgegeben von United Nations. New York: United Nations.
- Boyce, James K.; Pastor, Manuel, JR. (1997): Macroeconomic Policy and Peace Building in El Salvador. In: Kumar, Krishna (Hg.): Rebuilding societies after civil war. Critical roles for international assistance. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers, S. 287–314.
- Bryant, Coralie; Kappaz, Christina (2005): Reducing poverty, building peace. Bloomfield CT: Kumarian Press.
- Buchanan, Cate; Widmer, Mireille (2006): Civilians, guns and peace processes: Approaches and possibilities. Briefing Paper: Negotiating Disarmament. Herausgegeben von Centre for Humanitarian Dialogue. Genf. (1). In: [http://www.hdcentre.org/datastore/Small%20arms/Neq\\_Dis/NDBP1\\_Web.pdf](http://www.hdcentre.org/datastore/Small%20arms/Neq_Dis/NDBP1_Web.pdf); (26.08.2007).
- Burgerman, Susan D. (2000): Building the Peace by Mandating Reform: United Nations-Mediated Human Rights Agreements in El Salvador and Guatemala. In: Latin American Perspectives, Jg. 27, H. 3, S. 63–87.
- Burgerman, Susan D. (2006): Making Peace Perform in War-Transition Countries: El Salvador, Guatemala, and Nicaragua. In: Birdsall, Nancy; Vaishnav, Milan; Ayres, Robert L. (Hg.): Short of the goal. US policy and poorly performing states. Washington, DC: Center for Global Development, S. 245–285.
- Call, Charles T. (2002): Assessing El Salvador's Transition from Civil War to Peace: Ending civil wars. The implementation of peace agreements. Herausgegeben von Stephen John Stedman, Donald Rothchild und Elizabeth M. Cousens. Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers, S. 383–420.

- Cañas, Antonio; Dada, Hector (1999): Political Transition and Institutionalization in El Salvador. In: Arnson, Cynthia J. (Hg.): Comparative peace processes in Latin America. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press, S. S. 69-96.
- Cardenal, Rodolfo (2002): El ausentismo cuestiona al sistema político. In: Cardenal, Rodolfo; González, Luis Armando (Hg.): El Salvador. La transición y sus problemas. San Salvador: UCA Ed. (Textos universitarios, 47), S. 261–273.
- Cardenal, Rodolfo; González, Luis Armando (Hg.) (2002): El Salvador. La transición y sus problemas. San Salvador: UCA Ed. (Textos universitarios, 47).
- Carrión Maradiaga, Gonzalo (2007): “Nos sigue preocupando la situación de los derechos humanos”. In: Envío, Jg. 26, H. 304. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3596>; (27.08.2007).
- Chamorro, Carlos F. (1997): The Style of an Authoritarian Caudillo. In: Envío, H. 191. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2017>; (21.09.2007).
- Child, Jack (1992): The Central American peace process, 1983 - 1991. Sheathing swords, building confidence. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Close, David (1999): Nicaragua. The Chamorro years. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Close, David (2004a): Undoing democracy in Nicaragua. In: Close, David; Deonandan, Kalowatie (Hg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, MD: Lexington Books, S. 1–16.
- Close, David (2004b): President Bolanos Runs a Reverse, or How Arnaldo Aleman Wound Up in Prison. In: Close, David; Deonandan, Kalowatie (Hg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, MD: Lexington Books, S. 167–182.
- Close, David/Deonandan, Kalowatie (Hg.) (2004): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, MD: Lexington Books.
- Connell, Dan (2002): Rethinking revolution. New strategies for democracy & social justice; the experiences of Eritrea, South Africa, Palestine & Nicaragua. Lawrenceville, NJ: The Rea Sea Press.
- Córdova Macías, Ricardo; Kurtenbach, Sabine; Maihold, Günther (Hg.) (2001): Pasos hacia una Nueva Convivencia: Democracia y Participación en Centroamérica. San Salvador: Fundaungo.
- Cottam, Martha L. (1992): The Carter Administration's Policy toward Nicaragua: Images, Goals, and Tactics. In: Political Science Quarterly, Jg. 107, H. 1, S. 123–146.
- Cousens, Elizabeth M.; Kumar, Chetan; Wermester, Karin (Hg.) (2001): Peacebuilding as politics. Cultivating peace in fragile societies; [a project of the International Peace Academy]. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Cruz, Consuelo (2005): Political culture and institutional development in Costa Rica and Nicaragua. World making in the tropics. New York: Cambridge Univ. Press.
- Cruz, Jose Miguel: The Nature of the Political Transition: Advances and Setbacks in Democratic Consolidation, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): El Salvador's Democratic Transition ten Years after the Peace Accord, Washington D.C., 2002, S.13–39.
- Cuadra, Elvira (2004): Violence and Personal Insecurity: The Aleman Administration's Authoritarian Response. In: Close, David; Deonandan, Kalowatie (Hg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, MD: Lexington Books, S. 103–118.
- Deonandan, Kalowatie (2004): The Caudillo is Dead: Long Live The Caudillo. In: Close, David; Deonandan, Kalowatie (Hg.): Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo. Lanham, MD: Lexington Books, S. 183–198.
- Domínguez, Jorge I.; Lindenberg, Marc (Hg.) (1997): Democratic transitions in Central America. Gainesville: Univ. Press of Florida.
- Doyle, Michael W.; Johnstone, Ian; Orr, Robert C. (Hg.) (1997): Keeping the peace.
- Dye, David R. (2000): Patchwork Democracy. Nicaraguan Politics Ten Years After the Fall. Unter Mitarbeit von Jack Spence und George Vickers. Cambridge, Massachusetts. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/patchwork.pdf>; (25.09.2007).
- Dye, David R. (2004): Democracy Adrift. Caudillo Politics in Nicaragua. Cambridge, Massachusetts. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/democracyadrift.pdf>; (25.09.2007).

- Dye, David R.; Butler, Judy; Abu-Lughod, Deena; Spence, Jack (1995): *Contesting Everything, Winning Nothing: The Search for Consensus in Nicaragua, 1990-1995*. Unter Mitarbeit von George Vickers. Cambridge, Massachusetts: Hemisphere Initiatives.
- Envio Team (1987): *Movimiento popular: una nueva situación*. In: Envio, H. 69. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/514>; (21.09.2007).
- Envio team (1990a): *A Vote for Peace—Will It Come?* In: Envio, H. 104. In [www.envio.org.ni/articulo/2586](http://www.envio.org.ni/articulo/2586); (23.09.2007).
- Envio team (1990b): *Grassroots Power: Defending the Revolution*. In: Envio, H. 104. In <http://www.envio.org.ni/articulo/2589>; (23.09.2007).
- Envio team (1990c): *On the Verge of Peace, or Civil War?* In: Envio, H. 105. In <http://www.envio.org.ni/articulo/2596>; (23.08.2007).
- Envio Team (1992): *A estas alturas, ¿qué significa estabilidad?* In: Envio, H. 132. In <http://www.envio.org.ni/articulo/750>; (21.09.2007).
- Everingham, Mark (2001): *Agricultural Property Rights and Political Change in Nicaragua*. In: *Latin American Politics and Society*, Jg. 43, H. 3, S. 61–93.
- Ferdowsi, Mir A. (1997): *Kriege in den Entwicklungsregionen. Möglichkeiten und Grenzen der Prävention*. In: *Internationale Politik*, H. 12, S. 51–56.
- Ferdowsi, Mir A.; Adomeit, Hannes; Matthies, Volker; et.al. (2004): *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Konzeptionen - Akteure - Regionen*. 3., aktual. und erw. Aufl. Herausgegeben von Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit. München.
- Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker (2003): *Kriege, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. In: Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker (Hg.): *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*. Bonn: Dietz, S. 14–41.
- Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker (Hg.) (2003): *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*. Bonn: Dietz.
- Fischer, Thomas (2000): *Die Rekonstruktion politischer Gewalt. Zur Rolle von Wahrheitskommissionen in Lateinamerika*. In: Fischer, Thomas; Krennerich, Michael (Hg.): *Politische Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert (Lateinamerika-Studien, Bd. 41), S. S.259–290.
- Fischer, Thomas; Krennerich, Michael (Hg.) (2000): *Politische Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert (Lateinamerika-Studien, Bd. 41).
- Fischer-Bollin, Peter (1998): *Politische Parteien und Demokratie in El Salvador*. In: *KAS-Auslandsinformationen*, Jg. 14, H. 09/98, S. 17–29.
- Franco, Silvio de; Velazques, Jose Luis (1997): *Democratic Transitions in Nicaragua*. In: Domínguez, Jorge I.; Lindenberg, Marc (Hg.): *Democratic transitions in Central America*. Gainesville: Univ. Press of Florida, S. 85–110.
- Freedman, Elaine (2007): *The Democratic Facade Has Fallen Away*. In: Envio, H. 314. In <http://www.envio.org.ni/articulo/3649>; (29.09.2007).
- Gietl, Willibald (1987): *"Counterinsurgency" und Demokratisierung in El Salvador und Guatemala*. Ebenhausen: Stiftung Wiss. und Politik.
- Gómez, Mayra (2003): *Human rights in Cuba, El Salvador and Nicaragua. A sociological perspective on human rights abuse*. New York, London: Routledge (Studies in international relations).
- González, Luis Armando (2002a): *A propósito de la "polarización"*. In: Cardenal, Rodolfo; González, Luis Armando (Hg.): *El Salvador. La transición y sus problemas*. San Salvador: UCA Ed. (Textos universitarios, 47), S. 284–292.
- González, Luis Armando (2002b): *El Salvador: partidos políticos y democracia*. In: Cardenal, Rodolfo; González, Luis Armando (Hg.): *El Salvador. La transición y sus problemas*. San Salvador: UCA Ed. (Textos universitarios, 47), S. 274–283.
- Grigsby, William (2006): *Elecciones 2006: un balance contradictorio*. In: Envio, H. 289. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3233>; (27.09.2007).
- hacia una nueva convivencia democracia y participación en Centroamérica*. San Salvador, El Salvador: FUNDAUNGO.
- Hartzell, Caroline A. (2002): *Peace in Stages: The Role of an Implementation Regime in Nicaragua: Ending civil wars. The implementation of peace agreements*. Herausgegeben

- von Stephen John Stedman, Donald Rothchild und Elizabeth M. Cousens. Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers, S. 353–382.
- Heinrich, Wolfgang (2003): Es gibt keine Formel für den Frieden. In: E+Z, Jg. 44, H. 1, S. 19–22.
- Highet, Keith (1987): Evidence, the Court, and the Nicaragua Case. In: *The American Journal of International Law*, Jg. 81, H. 1, S. 1–56.
- Hollifield, James Frank; Jillson, Calvin (Hg.) (2000): *Pathways to democracy. The political economy of democratic transitions*. New York: Routledge.
- Hoyt, Katherine (2004): *Parties and Pacts in Contemporary Nicaragua*. In: Close, David; Deonandan, Kalowatie (Hg.): *Undoing democracy. The politics of electoral caudillismo*. Lanham, MD: Lexington Books, S. 17–42.
- Instituto de Derechos Humanos de la UCA (2007): Cuidado con ese militar que lleva dentro... TEXTO APARECIDO EN EL SEMANARIO "PROCESO". NOS. 1242-43, MAYO 2007. In: *Envío*, Jg. 26, H. 304. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3600>; (27.08.2007).
- Junne, Gerd; Verkoren, Willemijn (Hg.) (2005): *Postconflict development. Meeting new challenges*. Boulder: Rienner.
- Kampwirth, Karen (1998): Feminism, Antifeminism, and Electoral Politics in Postwar Nicaragua and El Salvador. In: *Political Science Quarterly*, Jg. 113, H. 2, S. 259–279.
- Kohler, Judith (2006): Mord auf Befehl. In: *iz3w*, H. 297, S. 12–13.
- Krennerich, Michael (2000): Politische Gewalt, Bürgerkriege und Friedensprozesse in Zentralamerika. In: Fischer, Thomas; Krennerich, Michael (Hg.): *Politische Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert (Lateinamerika-Studien, Bd. 41), S. S.61–100.
- Kumar, Krishna (Hg.) (1997): *Rebuilding societies after civil war. Critical roles for international assistance*. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Kurtenbach, Sabine (1995): El Salvador - Friedensprozeß auf tönernen Füßen. In: Matthies, Volker (Hg.): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen: Edition Temmen, S. S.184–200.
- Kurtenbach, Sabine (2003): Nicaragua und El Salvador: Frieden mit schwachem Fundament. In: Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker (Hg.): *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*. Bonn: Dietz, S. 272–301.
- Larry Diamond (März, 1997): Consolidating Democracy in the Americas. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, H. 550, S. 12–41.
- LeoGrande, William M. (1986): Rollback or Containment? The United States, Nicaragua, and the Search for Peace in Central America. In: *International Security*, Jg. 11, H. 2, S. 89–120.
- LeVine, Mark (1997): Peacemaking in El Salvador. In: Doyle, Michael W.; Johnstone, Ian; Orr, Robert C. (Hg.): *Keeping the peace. Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 227–254.
- MacLeod, Lisa A. Hall (2006): *Constructing peace. Lessons from UN peacebuilding operations in El Salvador and Cambodia*. Lanham: Lexington Books.
- Mark Peceny; William Stanley (2001): Liberal Social Reconstruction and the Resolution of Civil Wars in Central America. In: *International Organization*, Jg. 55, H. 1, S. 149–182.
- Matthies, Volker (1995a): Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden – ein vernachlässigtes Forschungsfeld. In: Matthies, Volker (Hg.): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen: Edition Temmen, S. 8–38.
- Matthies, Volker (1995b): Nicht mehr Krieg und noch nicht Frieden. In: *der Überblick*, H. 1, S. 94.
- Matthies, Volker (1997a): Zwischen Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Frieden machen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 527–558.
- Matthies, Volker (1997b): *Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung*. Bonn: Dietz (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, 4).
- Matthies, Volker (Hg.) (1995): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen: Edition Temmen.
- McCormick, David H. (1997): From peacekeeping to peacebuilding: restructuring military and police institutions in El Salvador. In: Doyle, Michael W.; Johnstone, Ian; Orr, Robert C.

- (Hg.): Keeping the peace. Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador. Cambridge: Cambridge University Press, S. 282–311.
- Middlebrook, Kevin J. (Hg.) (1998): Electoral Observation and Democratic Transitions in Latin America. San Diego: Center for U.S.-Mexican Studies at the University of California.
- Midlarsky, Manus I.; Roberts, Kenneth (1985): Class, State, and Revolution in Central America: Nicaragua and El Salvador Compared. In: *The Journal of Conflict Resolution*, Jg. 29, H. 2, S. 163–193.
- Miller, Andrew P. (2006): Military disengagement and democratic consolidation in post-military regimes. The case of El Salvador. Lewiston, NY: The Edwin Mellen Press.
- Monroy García, Juan José (2001): Transición a la democracia en Nicaragua 1990-1996. Herausgegeben von Universidad Autónoma del Estado de México. Colección Ciencias sociales ;Serie Sociología y política.
- Montgomery, Tommie Sue (1998): International Missions, Observing Elections, and the Democratic Transition in El Salvador. In: Middlebrook, Kevin J. (Hg.) (1998): *Electoral Observation and Democratic Transitions in Latin America*. San Diego: Center for U.S.-Mexican Studies at the University of California, S.115–140.
- Moore, John J., JR. (1991): Problems with Forgiveness: Granting Amnesty under the Arias Plan in Nicaragua and El Salvador. In: *Stanford Law Review*, Jg. 43, H. 3, S. 733–777.
- Moreno, Ismael (2000): Resultados electorales: vísperas y perspectivas. In: *Envío*, H. 216. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/995>; (27.09.2007).
- Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nicaragua-Forum Heidelberg (Hg.) (2005): Neue Studie zeigt erschreckendes Ausmaß an Hunger in ländlichen Gebieten Nicaraguas. In: <http://www.nicaragua-forum.de/05/nns2908.htm#1>; (21.09.2007).
- Nitlapan-Envío Team (1995): Not Yet to the Root of the Crisis. In: *Envío*, H. 169. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1882>; (21.09.2007).
- Nitlapan-Envío Team (1997): The United Nations Hits the Nail on the Head. In: *Envío*, H. 197. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2055>; (29.09.2007).
- Nitlapan-Envío Team (1999): Is the Game All Sewn Up? Questions and Contradictions. In: *Envío*, H. 218. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2268>; (27.09.2007).
- Nitlapan-Envío Team (2005): Golpes y contragolpes, propuestas y contrapropuestas. In: *Envío*, H. 280. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/2978>; (21.09.2007).
- Nitlapan-Envío Team (2006): Daniel Ortega Presidente: del poder “desde abajo” al gobierno. In: *Envío*, H. 296. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3418>; (23.09.2007).
- Nolte, Detlef (2006): Zur Institutionalisierung politischer Parteien in Lateinamerika: Kontinuität und Wandel. In: *KAS-Auslandsinformationen*, Jg. 22, H. 11/06, S. 93–122.
- Orr, Robert C. (2001): Building Peace in El Salvador: From Exception to Rule. In: Cousens, Elizabeth M.; Kumar, Chetan; Wermester, Karin (Hg.): *Peacebuilding as politics. Cultivating peace in fragile societies*; [a project of the International Peace Academy]. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers, S. 153–182.
- Ortega Hegg, Manuel (2001): Participación y Democracia en Nicaragua. In: Córdova Macías, Ricardo; Kurtenbach, Sabine; Maihold, Günther (Hg.): *Pasos hacia una nueva convivencia democracia y participación en Centroamérica*. San Salvador, El Salvador: FUNDAUNGO, S. 115–146.
- Paris, Roland (1997): Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism. In: *International Security*, Jg. 22, No. 2,, H. 2, S. 54–89.
- Paris, Roland (2000): Broadening the Study of Peace Operations. In: *International Studies Review*, H. 3, S. 33.
- Paris, Roland (2004): *At war's end. Building peace after civil conflict*. Cambridge.
- Perthes, Volker (2000): Wege zum zivilen Frieden. Nachbarer Kriegssituationen im Vergleich. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4, S. 445–455.
- Reed, Roger (1984): *El Salvador and the crisis in Central America*. Washington D.C.: Council for Inter-American Security.
- Roberts, Kenneth (1990): Bullying and Bargaining: The United States, Nicaragua, and Conflict Resolution in Central America. In: *International Security*, Jg. 15, H. 2, S. 67–102.

- Robinson, Linda (1991): The end of El Salvador's war. In: *Survival*, Jg. 33, H. 5, S. 387–400.
- Rocha, José Luis (2006): Mareros y pandilleros: ¿Nuevos insurgentes, criminales? In: *Envío*, H. 293. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/3337>; (21.09.2007).
- Rupp, Helen (2006): Alles neu macht der Mai. Bei den Kommunal- und Parlamentswahlen verlieren vor allem die kleineren Parteien. In: *Lateinamerika Nachrichten*, Jg. 33, H. Nr. 383. In: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/868.html>; (27.09.2007).
- Schmid, Georg (2001): Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua am 4. November 2001. In: *KAS-Auslandsinformationen*, Jg. 17, H. 12/01, S. 87–108.
- Schneckener, Ulrich (2005): Frieden machen: Peacebuilding und peacebuilder. In: *Die Friedens-Warte*, Jg. 80, H. 1-2, S. 17–39.
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1997): *Frieden machen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Serrano, Omar (1993a): Ecos del "buzonazo" de Managua. In: *Envío*, H. 139. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/795>; (26.08.2007).
- Serrano, Omar (1993b): From Insanity to Hope? In: *Envío*, H. 142. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1682>; (27.09.2007).
- Smith, Steven Kent (1997): Renovation and Orthodoxy: Debate and Transition within the Sandinista National Liberation Front. In: *Latin American Perspectives*, Jg. 24, H. 2, S. 102–116.
- Smith, Wayne S. (1987): Lies about Nicaragua. In: *Foreign Policy*, H. 67, S. 87–103.
- Spalding, Rose J. (1999): From Low-Intensity War to Low-Intensity Peace: The Nicaraguan Peace Process. In: Arnson, Cynthia J. (Hg.): *Comparative peace processes in Latin America*. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press, S. 31–64.
- Spence, Jack (2004): War and Peace in Central America. Comparing Transitions Toward Democracy and Social Equity In Guatemala, El Salvador, and Nicaragua. Herausgegeben von Hemisphere Initiatives. Brookline, Massachusetts. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/warpeace.pdf>; (25.09.2007).
- Spence, Jack; Dye, David R.; Lanchin, Mike; Thale, Geoff (1997): *Chapultepec Five Years Later. El Salvador's Political Reality and Uncertain Future*. Unter Mitarbeit von George Vickers. Herausgegeben von Hemisphere Initiatives. Cambridge, Massachusetts. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/chapultepec.htm>; (29.09.2007).
- Spence, Jack; Lanchin, Mike; Thale, Geoff (2001): From Elections to Earthquakes. Reform and Participation in Post-War El Salvador. Herausgegeben von Hemisphere Initiatives. Cambridge, Massachusetts. In: <http://www.hemisphereinitiatives.org/earthquakes.pdf>; (25.09.2007).
- Spencer, Denise (1997): *Demobilization and Reintegration in Central America*. Bonn: Bonn International Center for Conversion.
- Stahler-Sholk, Richard (1994): El Salvador's Negotiated Transition: From Low-Intensity Conflict to Low-Intensity Democracy. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Jg. 36, H. 4, S. 1–59.
- Stahler-Sholk, Richard (1999): Central America: A Few Steps Backward, a Few Steps Forward. In: *Latin American Perspectives*, Jg. 26, H. 2, S. 3–12.
- Stanley, William; Call, Charles T. (1997): Building a New Civilian Police Force in El Salvador. In: Kumar, Krishna (Hg.): *Rebuilding societies after civil war. Critical roles for international assistance*. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers, S. 107–134.
- Stedman, Stephen John; Rothchild, Donald; Cousens, Elizabeth M. (Hg.) (2002): *Ending civil wars. The implementation of peace agreements*. Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers.
- Torres-Rivas, Edelberto (1997): Insurrection and civil war in El Salvador. In: Doyle, Michael W.; Johnstone, Ian; Orr, Robert C. (Hg.): *Keeping the peace. Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 209–226.
- UCA El Salvador (2003): Plan "Mano Dura": violencia estatal contra las maras. In: *Envío*, H. 258. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/1283>; (21.09.2007).
- Uhlig, Mark A. (1991): Nicaragua's permanent crisis: ruling from above and below. In: *Survival*, Jg. 33, H. 5, S. 401–424.

- Valenzuela, Arturo (2000): External Actors in the Transitions to Democracy in Latin America. In: Hollifield, James Frank; Jillson, Calvin (Hg.): Pathways to democracy. The political economy of democratic transitions. New York: Routledge, S. 116–133.
- van der Borgh, Chris (2005): Donors in War-Torn Societies: A Case Study of El Salvador. In: Junne, Gerd; Verkoren, Willemijn (Hg.): Postconflict development. Meeting new challenges. Boulder: Rienner, S. 249–272.
- Vickers, George R.: Renegotiating Internal Security: The Lessons of Central America, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America, Washington D.C., 1999, S.389–414.
- Walker, Thomas W. (2003): Nicaragua. Living in the shadow of the eagle. 4. ed. Boulder, Colorado, Oxford: Westview Press.
- Wheelock Román, Jaime (1997): Revolution and Democratic Transition in Nicaragua. In: Domínguez, Jorge I.; Lindenberg, Marc (Hg.): Democratic transitions in Central America. Gainesville: Univ. Press of Florida, S. 67–84.
- Wilkins, Timothy A. (1997): The El Salvador Peace Accords: using international and domestic law norms to build peace. In: Doyle, Michael W.; Johnstone, Ian; Orr, Robert C. (Hg.): Keeping the peace. Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador. Cambridge: Cambridge University Press, S. 255–281.
- Wood, Elisabeth Jean (2000): Forging democracy from below. Insurgent transition in South Africa and El Salvador. Cambridge, New York, NY, Oakleigh, Vic.: Cambridge Univ. Press. Cambridge studies in comparative politics.
- Wrobel, Paulo S. (1997): Disarmament and conflict resolution project - managing arms in peace processes. Nicaragua and El Salvador. Herausgegeben von Institute for Disarmament Research. New York [u.a.]: United Nations.
- Zamora, Ruben (1997): Democratic Transition or Modernization? The Case of El Salvador since 1979. In: Domínguez, Jorge I.; Lindenberg, Marc (Hg.): Democratic transitions in Central America. Gainesville: Univ. Press of Florida, S. 165–179.
- Zamora, Ruben (2001): Participación y Democracia in El Salvador. In: Córdova Macías, Ricardo; Kurtenbach, Sabine; Maihold, Günther (Hg.): Pasos hacia una nueva convivencia democracia y participación en Centroamérica. San Salvador, El Salvador: FUNDAUNGO, S. 57–94.

## Internetquellen

- Amnesty International Deutschland: Regierung von El Salvador muss Amnestiegesetz aufheben! Gemeinsame Presseerklärung von Organisationen, Solidaritätsgruppen und Personen. Pressemitteilung vom 17.03.2005. In: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/El-Salvador/amnesty.html>; (27.09.2007).
- Friedensvertrag von Chapultepec. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_01161992\\_toc.html](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_01161992_toc.html); (29.09.2007).
- Mexico Agreements. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_04271991\\_mexico.html#2](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_04271991_mexico.html#2); (29.09.2007).
- New York Act. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_12311991\\_nyact.html](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_12311991_nyact.html); (29.09.2007).
- New York Agreement. In: [http://www.usip.org/library/pa/el\\_salvador/pa\\_es\\_09251991\\_ny.html](http://www.usip.org/library/pa/el_salvador/pa_es_09251991_ny.html); (29.09.2007).
- Report des UN-Generalsekretärs über ONUSAL: S/1994/1000 vom 26 August 1994, S.7. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N94/342/45/PDF/N9434245.pdf?OpenElement>; (29.09.2007).
- Tela Abkommen, S.5. In: <http://www.envio.org.ni/articulo/600>; (29.09.2007).

## Abkürzungsverzeichnis

|         |  |
|---------|--|
| ADEFAES | Asociación de Desmovilizados de la Fuerza Armada     |
| AL      | Alianza Liberal                                      |
| ARENA   | Alianza Republicana Nacionalista                     |
| CIA     | Central Intelligence Agency                          |
| CIAV    | Comisión Internacional de Apoyo y Verificación       |
| CIVS    | Comisión Internacional de Verificación y Seguimiento |
| COPAZ   | Comisión Nacional para la Consolidación de la Paz    |
| CSE     | Consejo Supremo Electoral                            |
| DN      | Dirección Nacional del FSLN                          |
| EPS     | Ejército Popular Sandinista                          |
| FAES    | Fuerza Armada de El Salvador                         |
| FDN     | Fuerza Democrática Nicaragüense                      |
| FDR     | Frente Democrático Revolucionario                    |
| FMLN    | Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional   |
| FN 3-80 | Frente Norte 3-80                                    |
| FSLN    | Frente Sandinista de Liberación Nacional             |
| IWF     | Internationaler Währungsfonds                        |
| JGRN    | Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional         |
| MNR     | Movimiento Nacional Revolucionario                   |
| NGO     | Non-Governmental Organization                        |
| NR      | Nicaraguan Resistance                                |
| OAS     | Organisation Amerikanischer Staaten                  |
| ONUCA   | United Nations Observer Group in Central America     |
| ONUSAL  | United Nations Observer Mission in El Salvador       |
| PC      | Partido Conservador                                  |
| PCN     | Partido de Conciliación Nacional                     |
| PDC     | Partido Demócrata Cristiano                          |
| PLC     | Partido Liberal Constitucionalista                   |
| PN      | Policía Nacional                                     |
| PNC     | Policía Nacional Civil                               |
| PRUD    | Partido Revolucionario de Unificación Democrática    |
| SIU     | Special Investigative Unit                           |
| TSE     | Tribunal Supremo Electoral                           |
| UdSSR   | Union der sozialistischen sowjetischen Republiken    |
| UEA     | Anti-Narcotics Executive Unit                        |
| UN      | United Nations                                       |
| UNO     | Unión Nacional Opositora                             |
| USA     | United States of America                             |
| USAID   | United States Agency for International Development   |
| USARSA  | United States Army School of the Americas            |
| VENBATT | Venezuelan Battalion                                 |